

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

WAS DIE
„BASISDIPLOMATIE“ VERMAG

NEUE ZEIT



ERDBEBEN
NACH PLAN

IM MEKONG-
DELTA

LUXEMBURG:
WELTOFFENE FESTUNG

Nr. 17 • APRIL 1987

ISSN 0233-8335

1917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

„Finstere Tage sind für die Heimat Tolstois, Dostojewskis, Mendelejews, Pawlows, Mussorgskis, Glinkas und anderer weltbekannter Persönlichkeiten angebrochen... Ich bitte alle ehrlichen Menschen Europas und Amerikas, dem russischen Volk schnell zu helfen. Gebt Brot und medizinische Hilfe.“ Dieses Telegramm Maxim Gorkis ging im Sommer 1921 um die Welt. Die junge Sowjetrepublik, die nicht einmal eine Atempause nach den Kriegen und der Intervention hatte, wurde von einer schweren Mißernte heimgesucht. Der Hunger erlaßte das Wolga-Gebiet, die Ural-Region, den Kaukasus und die Südukraine.

Das Sowjetland tat alles, um den Opfern der Naturkatastrophe zu helfen. Eine Regierungskommission wurde eingesetzt. Die Kinder aus den Katastrophengebieten wurden evakuiert, und Transporte mit Getreide aus dem ganzen Land gingen in die betroffenen Regionen. Mit den bescheidenen Goldreserven wurde Getreide im Ausland gekauft. Und doch war es sehr schwer, den Hunger zu besiegen. Da wandte sich Sowjetrußland an die Menschen guten Willens in aller Welt.

Die Regierungen westlicher Länder, die zuvor bereitwillig Unsummen für die Intervention und den Unterhalt der weißen Armeen bereitgestellt hat-

ten, weigerten sich, den Hungernden zu helfen. Sie hofften, der Hungertod werde schaffen, was die Waffen nicht vermocht hatten — die Sowjetmacht zu beseitigen. Doch die Werktätigen urteilten anders. In Italien, Großbritannien, den USA, Deutschland, Japan und Frankreich entstanden Hilfskomitees für Sowjetrußland. Arbeiter, Bauern und Handwerker sammelten buchstäblich jeden Pfennig, kauften dafür



ПОМОГИ

Brot und Medikamente, charterten Schiffe, um die Hilfsgüter nach Rußland zu bringen.

Progressive Maler, Schriftsteller und Wissenschaftler unterstützten diese Aktion: Bernard Shaw, Albert Einstein, Theodore Dreiser. Anatole France spendete seinen Friedensnobelpreis. Um die Hilfe für die Hungernden zu organisieren, stellte der legendäre Polarforscher Fridtjof Nansen für gewisse Zeit den Traum von der Bezwingung des Nordpols zurück. Er vermochte viele zu überzeugen, nur nicht die Regierungen des Völkerbundes. Später sagte er voll Zorn: „In vielen Ländern jenseits des Atlantik herrschte ein sol-

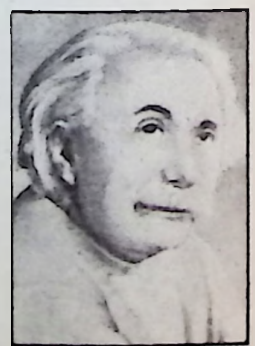
cher Überfluß an Mais, daß die Farmer nicht wußten, wie sie ihn loswerden sollten und mit ihm Loks befeuerten. In den Häfen Amerikas und Europas warteten die Schiffe auf Ladung... All das geschah zu einer Zeit, da 30 Millionen Menschen im Wolga-Gebiet vom Hungertod bedroht waren, die Politiker in aller Welt aber diverse Vorwände suchten, um Rußland nicht zu helfen, wobei sie behaupteten, Rußland selbst, sein bolschewistisches System, sei an allem schuld.“

Die internationale Solidarität half dem Sowjetland aus der Not. Jene, die uns in schwerer Stun-

de die Hand reichten, werden wir immer in Erinnerung behalten. Das betonte auch der 9. Gesamtrussische Sowjetkongreß im Dezember 1921. Er verabschiedete u. a. eine Grußbotschaft „An den Bürger Fridtjof Nansen“, in der es hieß: „Das russische Volk wird den Namen des großen Wissenschaftlers, Forschers und Bürgers Fridtjof Nansen nie vergessen, der heldenhaft den Weg durch das ewige Eis des Nordens bahnte, sich jedoch als machtlos erwies, die grenzenlose Brutalität, den Egoismus und die Herzlosigkeit der herrschenden Klassen der kapitalistischen Länder zu überwinden.“



Plakate des Jahres 1921 von D. Moor und S. Tschechonin; A. France, T. Dreiser, F. Nansen, B. Shaw und A. Einstein. Sie halfen, den Hunger zu besiegen...



IN DIESEM HEFT:

2
**KREATIVER FAKTOR
UMBAU**

Aus Michail Gorbatschows Ansprache
auf dem 20. Komsomolkongreß

8
Panorama

11
USA
G. Sidorowa. **MERLYN, HARRY
UND DER PRÄSIDENT**

13
Archiv aktuell
G. Jumatow. **MIT GOTT UND
FUSSVOLK**

14
Vietnam
M. Domogazkich. **EINE SCHALE REIS**

16
Diskussion mit dem Leser
Z. Horeni, Chefredakteur
der "Rude Pravo". **EINE WAHRE
REVOLUTION**

18
Wirtschaft
I. Faminski. **GEMEINSCHAFTS-
UNTERNEHMEN: NEUE WEGE,
VIELE FRAGEN**

20
Afghanistan
W. Okulow.
HUNDERT HISTORISCHE TAGE



330 000 afghanische Bauern haben
nach der Revolution Grund und
Boden erhalten.



Japan--USA.
Wer bestimmt die Spielregeln!



Luxemburg. Über 20 Invasionen in
seiner tausendjährigen Geschichte.

22
Zeitgeschichte
B. Borodin. **DAS ERBE EINES
KÄMPFERS**

24
J. Tawrowski. **JAPANS NEUES
SELBSTBEWUSSTSEIN**

26
Afrika
K. Andrejew. **KNOTEN
WESTSAHARA**

28
Wissenschaft
I. Gubin. **ERDBEBEN UND
IHRE PROGNOSE**

30
UdSSR--BRD
A. Tolpegin. **PARTNERSTÄDTE**

31
Luxemburg
A. Grigorjanz. **WELTOFFENE
FESTUNG**

Titelbild: Foto von W. Gippenreiter

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO
Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLIAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEV,
A. PIN,
B. PISTCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur)

**Verantwortlicher
Redakteur der
deutschen Ausgabe**
R. KRESTJANINOW



3,6

Ist eine kernwaffenfreie Welt möglich! Das ist der zentrale Punkt
unserer Umfrage, die wir seit Beginn d. J. durchführten. Heute schließen
wir sie mit Georgi Kornijenkos Artikel „WENN MAN BILANZ
ZIEHT“ ab.

Die UdSSR fordert die USA auf, die nukleare Abrüstung mit einem
Abkommen über Mittelstreckenraketen einzuleiten. Wie wahrscheinlich
ist ein solches Abkommen! Auf diese Frage antwortet Viktor Karpow.

KREATIVER FAKTOR UMBAU

Aus der Rede Michail Gorbatschows auf dem 20. Komsomolkongreß

Wohl noch nie hatte ich so an einer Diskussion teilnehmen wollen wie heute, auf dem jetzigen Kongreß des Leninschen Komsomol.

... Für die Partei ist eure Position von enormer politischer Bedeutung.

Wir wollen, daß sie alle aktive, bewußte Teilnehmer des Umbaus sind. Ich möchte es sogar so sagen: Nehmt nicht alles für bare Münze. Bemüht euch, alles zu verstehen, und zieht auf der Grundlage dieses Verständnisses die erforderlichen Schlüsse für euer Leben, für eure Tätigkeit. Gerade eine solche klare, durchdachte Position ist notwendig, um die Aufgaben des Umbaus zu lösen.

Jetzt sind es schon zwei Jahre her, seit wir mit dem Umbau aller Lebensbereiche unserer Gesellschaft begannen.

In kurzer Zeit haben wir eine nach historischen Maßstäben beträchtliche Wegstrecke zurückgelegt.

Die tiefgreifende Analyse der Lage im Lande, die scharfe Kritik an negativen Erscheinungen und die zunehmende Demokratisierung des Lebens wurden zum Beginn der moralischen Läuterung der Gesellschaft, der Befreiung des Bewußtseins der Menschen und der Zunahme ihrer gesellschaftlichen Aktivität.

Wir haben auf dieser Etappe das Wesentlichste erreicht: Die Ideen der Erneuerung und der revolutionären Veränderungen haben sich des Bewußtseins von Millionen bemächtigt und die überwältigende Mehrheit unseres Volkes für sich gewonnen. All das zeugt davon, daß die Anhänger des Umbaus den Ton in unserem gesellschaftlichen Leben angeben.

Das ZK der KPdSU ruft immer wieder alle zum Handeln auf. Handeln, handeln und handeln - darin liegt die Gewähr für den Erfolg des Umbaus auf der heutigen Etappe. Weniger laute Worte, mehr greifbare Taten.

Der entstandene Bremsmechanismus existierte nicht für sich allein. Er hat konkrete Träger auf der Ebene des ZK und der Regierung, in den Ministerien, den Republiken und Gebieten. Auch in den Arbeitskollektiven und beim Komsomol gibt es sie...

...Ein Problem wie der Kampf gegen den Bürokratismus sei besonders hervorgehoben. Auf eurem Kongreß wurde deutlich, daß ihr die Wichtigkeit dieser Aufgabe erkennt. Hat die Gesellschaft eine Gewähr für den erfolgreichen Kampf gegen den Bürokratismus? Ja, die hat sie. Und wir wissen ebenso wie ihr, was dafür zu tun ist. Vor allem ist Offenheit erforderlich, sind Kritik und die Weiterentwicklung der demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft nötig.

Das ist kein auf augenblicklichen Nutzen bezogenes, vorübergehendes Bedürfnis, wie manche meinen.

Was aber die Handlungen von Menschen angeht, die sich zur persönlichen Bereicherung an der Demokratie gesundstoßen wollen, so sind auch hier

Offenheit und die Schaffung einer öffentlichen Meinung, die Egoismus, demagogische Zügellosigkeit und Versuche, die Demokratie für sich einzuspannen, aufdeckt, das beste Mittel des Kampfes.

Und wenn gewisse Leute versuchen, unter den neuen Bedingungen ungeeignete Tendenzen und Erscheinungen wiederzubeleben, die wir auf dem Parteitag vor dem ganzen Land verurteilt haben, was die volle Billigung der sowjetischen Menschen gefunden hat, so meine ich: Wir dürfen das nicht zulassen.

Die aktuellste Aufgabe ist es, den Umbau praktisch zu sichern. Jene, die sich auf Gerede über den Umbau beschränken möchten, müssen entschieden zurückgedrängt werden.

Doch auch die Haltung jener, die versuchen, sich dem Umbau anzupassen und es bei Phrasendreschelei belassen wollen, darf nicht gerechtfertigt und akzeptiert werden. Wir müssen wachsam sein.

Um die Jugend zur Erfüllung der überaus komplizierten Aufgaben, wie wir sie verstehen, zu mobilisieren, reichen Appelle und Losungen nicht. Die Begeisterung der Jugend muß durch wahre Fürsorge um das Schicksal der jungen Menschen untermauert werden.

Was meinen wir damit?

Erstens. Alle Voraussetzungen für die massenhafte Teilnahme der Jugend am Prozeß der Erneuerung und der Demokratisierung der Gesellschaft müssen geschaffen werden, man hat ihr zu helfen, sich die politische Kultur des Sozialismus in der Praxis anzueignen.

Ihr müßt das gesamte Arsenal der Mittel der Volksmacht beherrschen, müßt eure junge Energie für die Demokratisierung des Lebens unseres Landes einsetzen.

Zweitens. Wir haben uns ernsthaft für die ständige Erneuerung und die Bereicherung des geistigen Potentials der Gesellschaft einzusetzen.

...Wir müssen mit euch zusammen noch die nächsten zwei bis drei schweren Jahre durchstehen, müssen große Probleme lösen und alle - politischen, ökonomischen, organisatorischen, juristischen, psychologischen, geistigen und moralischen - Voraussetzungen für den Umbau schaffen. Und wir müssen uns gleichzeitig in allen Richtungen voranbewegen.

Drittens. Das komplizierte Bündel der Probleme der sozialen Entwicklung der Jugend verlangt die angespannteste Aufmerksamkeit.

Wir verstehen, daß von der Lösung dieser Fragen das soziale Befinden, die soziale Grundstimmung der Jugend abhängt.

Die sozialistische Lebensweise kann nur eine Rangordnung kennen - die der persönlichen Würde, gegründet auf die Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen, die Charakterstärke und das Streben nach hohen gesellschaftlichen Idealen.

16. April



IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

Wir beenden die Veröffentlichung von Materialien unserer internationalen Umfrage. Insgesamt beteiligten sich 52 Personen, bekannte Staatsmänner, Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Schriftsteller und Wissenschaftler. Wir bedanken uns bei allen, die Beiträge eingesandt haben.

Wenn man Bilanz zieht

Georgi KORNIJENKO

Damit die Antwort auf diese Frage, die von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Menschheit ist, überzeugend ausfällt, scheint es notwendig zu sein, konsequent über verschiedene Aspekte nachzudenken — sie werden auch in der Umfrage Ihrer Zeitschrift (NZ/87 1–7, 9, 10 und 12–16) deutlich.

I.

Vor allem stellt sich die Frage, soll man überhaupt nach einer kernwaffenfreien Welt streben, ist sie wünschenswert? Unter den Interviewpartnern der Zeitschrift fanden sich Politiker (allerdings nicht viele, wenngleich es in Wirklichkeit mehr davon gibt), die eine positive Antwort nicht als selbstverständlich betrachten. Vielmehr suchen sie das Gegenteil zu beweisen, und es wäre meiner Meinung nach voreilig, die Wirksamkeit ihrer Argumentation zu unterschätzen. Im Gegenteil, davon, wie es gelingen wird, diese Argumentation zu zerpfücken und allen ihre Haltlosigkeit klarzumachen, wird weitgehend auch die Antwort auf die Frage abhängen, ob eine kernwaffenfreie Welt möglich wird.

Wie sehen nun die Argumente der Gegner einer kernwaffenfreien Welt aus?

Das Hauptargument, zu dem die Anhänger von Atomwaffen meist Zuflucht nehmen, offenbar in der Meinung, es sei "unwiderlegbar", läuft auf folgendes hinaus: Gerade dank dem Vorhandensein von Nuklearwaffen habe es jetzt

schon mehr als 40 Jahre keinen "großen Krieg" gegeben, während die konventionellen Waffen zwei Weltkriege nicht verhindern konnten. Das wurde insbesondere auch von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher bei ihrem Moskau-Besuch gepredigt.

Doch erstens hat niemand bewiesen — und niemand kann es beweisen —, daß sich das Ausbleiben des dritten Weltkrieges durch das Vorhandensein der Nuklearwaffen erklärt und daß er ohne diese Waffen unbedingt ausbrechen würde. Viel logischer wäre es anzunehmen, daß, wenn die USA nicht die Atombombe besäßen, die gewissen Leuten in Washington den Kopf verdreht hat und dazu führte, daß Nuklearwaffen auch bei anderen Mächten auftauchten, die Chancen größer wären, die Forderung der UNO-Charta nach Schaffung eines Systems der allgemeinen Sicherheit erfolgreich zu verwirklichen. Der Frieden wäre heute viel sicherer. Zumindest führt die Logik keineswegs zu einem Kausalzusammenhang zwischen der Existenz von Nuklearwaffen und der Tatsache, daß nach dem zweiten Weltkrieg mehr Zeit vergangen ist, als zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg.

Zweitens bestätigt das Eingeständnis dessen, daß konventionelle Waffen zwei Weltkriege nicht verhindert haben, nur, daß der Rüstungswetlauf nicht zur Abschreckung, sondern zur Entfesselung eines Krieges führt. Hier sei auch an folgende historische Tatsache erinnert:

Als Alfred Nobel das Dynamit erfand, prophezeite er, von nun an seien Kriege undenkbar. Das gleiche dachte der Erfinder des Revolvergeschützes, Gatling, von seinem Erzeugnis. Und die Brüder Wright meinten, Flugapparate würden einen Krieg unmöglich machen. Doch keine dieser Prophezeiungen ist, wie wir wissen, eingetroffen und konnte auch nicht eintreffen: Allein die Existenz von Waffen, so schrecklich sie auch sein mögen, kann einen Krieg nicht verhüten. Das können und müssen nur die Menschen tun.

Drittens — und das ist das Wichtigste —, wenn man den Streit darüber, ob es ohne Nuklearwaffen zu einem dritten Weltkrieg kommen würde oder nicht, einmal beiseite läßt, dann kann sich doch niemand dafür verbürgen, daß dies auch in Zukunft nicht geschehen wird und diese Waffen nicht eingesetzt werden. Die NATO-Militärdoktrin schließt bekanntlich den Einsatz von Nuklearwaffen keineswegs aus. Und auch die Theoretiker der "nuklearen Abschreckung" (wie der in der NZ zitierte Karl Kaiser) versprechen höchstens, es werde kaum zum Einsatz von Nuklearwaffen kommen, dies sei fast undenkbar. Doch wem ist mit diesem "kaum" und "fast" gedient? Und kann sich der menschliche Verstand mit einer beliebigen, selbst der geringsten (und in Wirklichkeit keineswegs geringen), Möglichkeit der Selbstvernichtung der Menschheit abfinden?

Ein weiteres Argument, zu dem Gegner einer kernwaffenfreien Welt greifen, ist die Behauptung, man könne Kernwaffen deshalb nicht loswerden, weil die entsprechenden Kenntnisse und die Technologie ihrer Produktion bestehenbleiben und folglich diese Waffen in Zukunft erneut auftauchen können. Dieses Argument wird von Karl Bildt in seiner Antwort auf die NZ-Umfrage angeführt. Auch Margaret Thatcher griff in ihrem Interview für sowjetische Journalisten zu ähnlichen Argumenten.

Wie unlogisch derartige Behauptungen sind, zeigt allein schon die Tatsache, daß dies in gleichgelagerten Fällen — bei bakteriologischen und chemischen Waffen — kein Hindernis war, eine internationale Konvention zur Ächtung der bakteriologischen Waffen (einschließlich

der Vernichtung ihrer Arsenale) zu schließen und jetzt an die Ausarbeitung einer entsprechenden Konvention bei den chemischen Waffen zu gehen.

Kurz gesagt, beide Argumente — die angeblich positive, stabilisierende Rolle der Nuklearwaffen wie die behauptete Unmöglichkeit, sie grundsätzlich loszuwerden — helfen einer kritischen Prüfung nicht stand.

II.

Also ist eine kernwaffenfreie Welt notwendig und grundsätzlich möglich. Doch es bleibt die Frage: Ist sie praktisch erreichbar, und wie kann man sie näherbringen?

Eine realistische und durchaus konkrete Antwort auf diese Frage findet sich in der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, vom 15. Januar 1986.

Bekanntlich trat die Sowjetunion stets für ein Verbot und letztlich für die vollständige Vernichtung der Nuklearwaffen ein, dafür, sie weltweit zu beseitigen — ihren ersten entsprechenden Vorschlag unterbreitete sie bereits 1946 in der UNO.

Doch jetzt wurde erstmals ein detailliertes Programm für die etappenweise Befreiung der Menschheit von den Nuklearwaffen nicht in einer unbestimmten, fernen Zukunft, sondern in einem historisch kurzen Zeitraum — bis zum Jahr 2000 — vorgeschlagen. Der Charakter und der Umfang konkreter Maßnahmen auf jeder Etappe, ihre Verbindlichkeit anfangs für die UdSSR und die USA, dann auch für die anderen Nuklearmächte — alles in diesem Programm ist so durchdacht, daß keinen Augenblick irgend jemandes Sicherheit leidet, sondern die allgemeine Sicherheit mit jedem Schritt gefestigt wird.

Der pragmatische Charakter des Programms zeigt sich auch daran, daß

die Beseitigung der Nuklearwaffen in Verbindung mit anderen Faktoren, die das militärstrategische Gleichgewicht bilden, angegangen wird.

Einerseits ist die Beseitigung dieser Waffen objektiv davon abhängig, daß die Entwicklung und die Aufstellung einer neuen Waffenkategorie, der Weltraumwaffen, nicht zugelassen wird.

Andererseits sieht das sowjetische Programm vom 15. Januar 1986 neben der Liquidierung der Kernwaffen die Beseitigung der anderen jetzt vorhandenen Arten von Massenvernichtungswaffen vor — der chemischen Arsenale — sowie die Reduzierung der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte. Wenig später wurden auch detaillierte Vorschläge für die eine wie für die andere Richtung der Abrüstung unterbreitet. Deshalb sind jegliche Spekulationen darüber, bei einer Beseitigung der Nuklearwaffen wäre der Westen in anderen Bereichen schwächer als der Osten, völlig unbegründet.

Die vielversprechende Position bei den Kontrollmaßnahmen über die Einhaltung der erreichten Vereinbarungen, einschließlich, falls erforderlich, der Inspektion vor Ort, ist fester Bestandteil aller jüngsten sowjetischen Vorschläge zur Begrenzung der Rüstungen und zur Abrüstung. Also gibt es auch hier keine unlösbaren Probleme, natürlich wenn man sich von Sacherwägungen leiten läßt, nicht aber Fragen der Kontrolle ad absurdum führt, in der klaren Absicht, jede praktische Vereinbarung zu blockieren.

Dabei dürfen natürlich die Schwierigkeiten, die mit der Ausarbeitung und Verwirklichung so radikaler Maßnahmen wie einer vollständigen Beseitigung der Nuklearwaffen und entsprechender Begleitschritte verbunden sind, nicht heruntergespielt werden. Doch zweifellos ist auch, daß bei Vorhandensein des ent-

sprechenden politischen Willens **all** das objektiv realisierbar ist.

III.

Hier nähern wir uns dem meiner Meinung nach schwierigsten Teil der Antwort auf die Frage, ob eine kernwaffenfreie Welt möglich ist. Und zwar: Wird es gelingen, die objektiv gegebene Möglichkeit zu nutzen, mit anderen Worten, den Widerstand jener zu überwinden, die bewußt den Vormarsch zu einer kernwaffenfreien Welt behindern?

Starke Kräfte wehren sich dagegen: die Monopole, die an der Fortsetzung und Forcierung des Wettrüstens als einer unversiegbaren Quelle von Milliardenproften interessiert sind, ebenso wie reaktionäre politische Kreise, die immer noch von sozialer Revanche träumen, und Militaristen aller Schattierungen. "Diese Kreise verfügen über die politische Macht, die ökonomischen Hebel und mächtige Informationsinstrumente", sagte Michail Gorbatschow. "Ihre Kraft sollte weder zu hoch eingeschätzt noch unterschätzt werden. All das zeigt natürlich, daß der Kampf schwer sein wird."

Nichtsdestoweniger meine ich, daß Anlaß besteht, optimistisch in die Zukunft zu schauen, da jeder Tag neue Beweise dafür bringt, daß die Idee einer kernwaffenfreien Welt immer mehr Anhänger, ja aktive Verfechter findet. Davon zeugen auch die meisten Antworten auf die NZ-Umfrage.

Natürlich war Reykjavik von entscheidender Bedeutung dafür, daß immer mehr Menschen von der Idee einer kernwaffenfreien Welt ergriffen werden.

Dort wurden keinerlei endgültige Vereinbarungen erzielt, weil Präsident Reagan das SDI-Projekt als "heilige Kuh" betrachtete.

Doch die Menschen sahen, als sie erfuhren, daß die Seiten in Reykjavik fast

Heinz Fischer:

FÜNF

KRITERIEN

Heinz Fischer, der stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs und Fraktionschef der SPÖ

Wie die Geschichte unserer Zivilisation zeigt, wurde bisher noch jedes Waffensystem, das die Menschen einmal erfunden hatten, letztendlich auch angewandt. Gerade deshalb muß sich jeder vor Augen führen, daß selbst die schrecklichste Waffe in bestimmten Situa-

tionen zum Einsatz kommen kann. Jeder Mensch, der sich der Verantwortung für sein Handeln bewußt ist, muß unwillkürlich zu dem Schluß kommen, daß alle Nuklearwaffen vernichtet werden müssen oder Bedingungen zu schaffen sind, die ihren Einsatz unmöglich machen.

Dieses Ziel ist nicht leicht zu erreichen. Man muß es aber anstreben. Vor diese historische Aufgabe ist die Menschheit heute gestellt. Wir müssen sie lösen — im Namen unserer Kinder und der nachfolgenden Generationen.

Dabei stellt sich natürlich die Frage, wie wir an diese zweifellos schwierige Aufgabe herangehen sollen. Meiner Meinung nach ist folgendes zu tun:

Erstens: Man muß verhindern, daß sich die Zahl der kernwaffenführenden Staaten weiter erhöht. Je mehr Länder über solche Waffen verfügen, um so schwieriger werden die Verhandlungen über deren Abbau.

Zweitens: Das Wachstum der in einigen Staaten schon bestehenden atomaren Arsenale ist einzudämmen.

zu einer Vereinbarung gelangt waren, erstmals die reale Möglichkeit, das Abgleiten der Welt in ein nukleares Inferno zu verhindern und in naher Zukunft überhaupt die Nuklearwaffen loszuwerden.

Nicht lange davor, im Zusammenhang mit dem von der Sowjetunion verkündeten Programm für die Beseitigung der Nuklearwaffen bis zum Jahr 2000, hörte man nicht selten: "Gut wäre es ja, doch ob es real ist?" Jetzt aber haben die Menschen die Gewißheit erhalten, daß eine kernwaffenfreie Welt real ist, so schwer der Weg zu ihr auch sein mag. Ist ja bekannt, wie wichtig der Glauben an die Realisierbarkeit von Plänen ist. Eine qualitativ neue Situation hat sich ergeben: Da es in Reykjavik gelang, die Tür zu einer kernwaffenfreien Welt einen Spalt zu öffnen, wollen die Menschen nicht zulassen, daß sie wieder für alle Zeiten zugemauert wird.

Diese qualitativ neue Situation fand ihren Ausdruck auch in der Arbeit des unter allen Aspekten — sowohl den Dimensionen als auch der Zusammensetzung der Teilnehmer und den Ergebnissen nach — außergewöhnlichen Moskauer Forums "Für eine kernwaffenfreie Welt, für das Überleben der Menschheit".

IV.

Die Voraussetzungen für Fortschritte in Richtung auf eine kernwaffenfreie Welt können natürlich ihre Verkörperung nur in konkreten Taten finden.

Unter ihnen gibt es eine Schlüsselfrage, deren Lösung von entscheidender Bedeutung dafür ist, den Prozeß der nuklearen Abrüstung einzuleiten und zu Ende zu führen.

Und zwar muß ausgeschlossen werden, daß parallel zur Reduzierung der Nuklearwaffen ein Rüstungswettlauf bei neuen, nicht weniger entsetzlichen Waffenarten — den Weltraumwaffen — be-

ginnt. Gemeint ist das amerikanische SDI-Programm, das sich, wie Michail Gorbatschow nach Reykjavik sagte, "der Beendigung des Wettrüstens und der Befreiung von den Nuklearwaffen in den Weg stellte und zum Haupthindernis für eine kernwaffenfreie Welt wurde".

Um dieses Hindernis zu beseitigen, ist erforderlich, daß die USA sich ebenso wie die UdSSR strikt an den von ihnen 1972 unterzeichneten unbefristeten Vertrag über Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) halten. Eine der Bestimmungen dieses Vertrages verbietet eindeutig die Entwicklung, Erprobung und Aufstellung von Systemen und Komponenten eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems.

Die grundlegende Bedeutung des ABM-Vertrages besteht darin, daß staatsmännische Weisheit und politischer Mut jener darin Ausdruck fanden, die entgegen der traditionellen Vorstellung von Verteidigung zu begreifen und vor ihren Völkern und vor der ganzen Welt offen einzugestehen vermochten, daß im Nuklearzeitalter der gegenseitige Verzicht auf eine solche Verteidigung, d. h. ein Verzicht auf die Entwicklung landesweiter Raketenabwehrsysteme, die einzig vernünftige und bestmögliche Methode ist, bis zu einer Beseitigung der Nuklearwaffen schlechthin, sich vor diesen Waffen zu schützen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der ABM-Vertrag faktisch eine der ersten Manifestationen des neuen Denkens, von dessen Notwendigkeit in den internationalen Fragen wir heute sprechen. Und es wäre unverzeihlich, diesen ersten Keim umkommen zu lassen.

Die jetzige US-Administration, die begreift, daß eine offene Aufkündigung des ABM-Vertrags eine zu große Provokation wäre und der US-Kongreß das nicht billigen würde, versucht be-

kanntlich das gleiche Ziel — die Zerstörung des ABM-Vertrages — durch dessen "weite Auslegung", die angeblich die Entwicklung und Erprobung weltraumgestützter Raketenabwehrsysteme zuläßt, zu erreichen.

Auf die völlige Haltlosigkeit einer solchen Interpretation, die das Wesen des Vertrages aushöhlt, verwies überzeugend u. a. US-Senator Sam Nunn, Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des Senats.

Für den ABM-Vertrag und gegen alle Versuche, ihn zu untergraben, engagierten sich auch sechs ehemalige US-Verteidigungsminister, Vorgänger von Caspar Weinberger.

Nicht alle, die für den ABM-Vertrag eintreten, sind Verfechter einer kernwaffenfreien Welt. Doch sie verstehen, daß, sollte dieser Vertrag in sich zusammenbrechen, jeder Schritt zum Abbau der Nuklearwaffen überhaupt unmöglich würde — im Gegenteil, der nukleare Rüstungswettlauf würde sich nur beschleunigen.

Um so wichtiger ist es, daß sich alle Anhänger einer kernwaffenfreien Welt voll der entscheidenden Bedeutung des ABM-Vertrags, der Notwendigkeit, ihn zu verteidigen, bewußt werden, damit der Traum von einer kernwaffenfreien Welt nicht nur ein Traum bleibt.

Zusammenfassend läßt sich mit Gewißheit sagen: Die Antwort auf die Frage, ob eine kernwaffenfreie Welt möglich ist, muß in theoretischer wie in praktischer Hinsicht eindeutig bejaht werden.

Doch damit diese Möglichkeit zur Realität wird, sind immer größere Anstrengungen erforderlich, um den Widerstand jener, die weiter am Rande eines Nuklearkrieges balancieren möchten, zu überwinden.

Drittens: Die Verhinderung eines einseitigen nuklearen Übergewichts. Es ist eine Situation auszuschließen, in der eine Atommacht der anderen drohen kann, ohne einen Gegenschlag zu fürchten. Das Gleichgewicht des Schreckens ist zwar selbst unmoralisch, darf aber nicht von einem Ungleichgewicht abgelöst werden.

Viertens: Wir müssen die politischen Anstrengungen zur Beseitigung von Konfliktherden verstärken.

Fünftens: Die bestehenden atomaren Potentiale sind mit dem langfristigen Ziel ihrer vollständigen Beseitigung nach und nach zu verringern. Es müssen Vereinbarungen erreicht werden, solche Waffen weder anzuwenden noch zu produzieren oder zu lagern.

Dies alles in kürzester Frist zu verwirklichen, ist zweifellos sehr schwer. Viele notwendige Bedingungen fehlen. Der Gedanke einer kernwaffenfreien Welt ist heute eine langfristige Vision, von deren Verwirklichung jedoch die Entwicklung im nächsten Jahrhundert abhängen wird. Die menschliche Zivilisation würde nicht zum ersten Mal beweisen, daß die Utopien von heute Realität von übermorgen sein können. Bei der Frage nach einer kernwaffenfreien Welt müssen wir eben Realismus mit Optimismus verbinden.

Die Sowjetunion hat in den letzten Monaten Vorschläge zur atomaren Abrüstung gemacht, von denen einer weiter geht als der andere. Was gestern noch als Grenze des Möglichen angesehen wurde, ist heute schon überschritten. Wir

schätzen die Initiativen Gorbatschows als äußerst positiv ein. Ohne jede Bedenken kann ich sagen: Die letzten Schritte der UdSSR zeugen von einem äußerst verantwortungsbewußten Herangehen und symbolisieren neues Denken.

Meinen Standpunkt in dieser Frage teilen, wie ich meine, nicht nur viele europäische Sozialisten und Sozialdemokraten, sondern auch Menschen mit anderen politischen Anschauungen. Wir hoffen, daß aus den USA eine gut durchdachte und ausgewogene Antwort auf die Vorschläge der UdSSR erfolgt. Mit der Bereitschaft Moskaus, in neuen Kategorien zu denken, ist auch Washington aufgefordert, die Situation neu zu analysieren und verantwortungsbewußt zu reagieren.

Weg zum Erfolg: Europa raketenfrei

Gleich nach George Shultz' Moskau-Besuch sprach unser Korrespondent Nikita Sholkwer mit Viktor KARPOW, Leiter der Verwaltung für Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung im sowjetischen Außenministerium.

Die abschließende Pressekonferenz des US-Außenministers war für viele hoffnungserweckend. Streitpunkte bleiben noch offensichtlich, Veränderungen zum Besseren überwiegen aber wohl doch. Oder sind Sie anderer Meinung?

Nein, warum? Man muß sagen, daß die Hoffnung besteht, die Hoffnung auf den Abschluß von Abkommen mit den USA über eine Frage, die sowohl für unsere bilateralen Beziehungen als auch für die Konsolidierung der allgemeinen Sicherheit und die Bannung der Gefahr eines Nuklearkrieges sehr wichtig ist.

Unser Standpunkt ist: Bei allen Komplikationen in unseren Beziehungen und bei allen amerikanischerseits oft konstruierten Problemen, wie etwa der jüngsten angeblichen Spionageaffäre in der US-Botschaft, darf die Hauptsache nicht aus den Augen verloren werden: die Notwendigkeit, nach Lösungen für Fragen zu suchen, die mit den Kern- und Weltraumwaffen, dem Nuklearteststopp und dem Abbau von Truppen und Rüstungen in Europa zusammenhängen. Hier ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Allerdings ist er vor allem der UdSSR zu verdanken, wenn George Shultz auch den Eindruck zu erwecken suchte, das sei Ergebnis seines Moskau-Besuchs. Was bei seinen Gesprächen mit Michail Gorbatschow, Nikolai Ryschkow und Eduard Schewardnadse erzielt wurde, muß auf die Anstrengungen der UdSSR zurückgeführt werden, den Verhandlungen auf einen gangbaren Weg zu helfen. Das vor allem auf einem Gebiet, das, wie sich in Reykjavik zeigte, am aussichtsreichsten ist. Das ist der Fragenkreis um die Mittelstreckenraketen in Europa. Wir halten uns weiterhin an die Reykjavik-Formel. Die USA sind ebenfalls dafür, diese Formel einem künftigen Abkommen zugrunde zu legen. Neuerdings bestehen sie jedoch darauf, daß gleichzeitig mit dem Problem der Mittelstreckenraketen auch das der Raketen mit Reichweiten von 500–1000 km gelöst werde. Wir sind ihnen weit entgegengekommen: Wenn die Frage der operativ-taktischen Raketen auch nur im ge-

ringsten Maße das Abkommen über die Mittelstreckenraketen behindern kann, sind wir bereit, unsere operativ-taktischen Raketen in Europa einseitig sowie relativ bald und zu einem festgesetzten Zeitpunkt völlig zu liquidieren. Es ist wünschenswert, daß der US-Außenminister die amerikanischen NATO-Bündnispartner, die er sofort nach seinem Moskau-Besuch treffen wollte, darüber genau informiert.

Den ersten Mitteilungen aus Brüssel zufolge berichtete George Shultz dem NATO-Rat recht vage über die Moskauer Gespräche. Die westeuropäischen Partner Washingtons zeigen ebenfalls keine große Begeisterung. Was also behindert ein baldiges Abkommen über die Mittelstreckenraketen im Zusammenhang mit den operativ-taktischen Raketen noch?

Meines Erachtens bestehen keine objektiven Hindernisse - wenn man sie nicht eigens schafft. Die amerikanische Hauptthese vor Shultz' Moskau-Besuch hieß: Die Russen seien den USA bei den operativ-taktischen Raketen voraus, und solange diese Scharte nicht durch Erhöhung eines solchen Raketenarsenals in den USA ausgewetzt sei, gebe es kein Abkommen über Mittelstreckenraketen, denn das würde der UdSSR wiederum einseitige Vorteile gewähren. Jetzt hat dieses ohnehin zweifelhafte Argument jeden Sinn verloren.

Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unseren Lesern auch nach seinen Veröffentlichungen in der „Neuen Zeit“ bekannt, schrieb vor kurzem im „Hamburger Anzeiger“, bei den Raketen mit Reichweiten von 150–1000 km habe „die Sowjetunion eine 10fache Überlegenheit gegenüber dem Westen“.

Die Frage der Raketen mit Reichweiten von weniger als 500 km ist an den Haaren herbeigezogen, davon war bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen überhaupt keine Rede. Wozu tun sie das? Entweder ist das ein erneuter Probestich, um festzustellen, ob sich die Verhandlungen dadurch viel-

leicht erschweren lassen, oder der Autor des Artikels weiß nicht, wovon er schreibt.

Das Problem der taktischen Raketen (Reichweiten bis zu 500 km) ist in den sowjetischen Vorschlägen ebenfalls präsent. Michail Gorbatschow erklärte ohne Umschweife, daß die UdSSR zu ihrer Beseitigung bereit ist. Die entsprechenden kollektiven Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten wurden bereits im Juni v.J. im Budapest Appell formuliert: die taktischen Kernwaffen nach Maßgabe des Abzugs jener Verbände zu reduzieren, denen solche Raketen beigegeben sind. Wir sind, wie Michail Gorbatschow betonte, bereit, jetzt noch weiter, zur völligen Liquidierung der Waffen dieser Klasse, zu gehen. Rühes Erwägungen entbehren also jeder Grundlage.

Es könnte sein, daß bei Menschen, die sich in militärtechnischen Fragen nicht besonders gut auskennen, Mißverständnisse wegen des Durcheinanders in den Bezeichnungen entstehen. Man spricht von Raketen mittlerer, geringerer, intermediärer Reichweite, von operativ-taktischen und regionalen Raketen, usw. usf. Könnten Sie hier Klarheit schaffen, was die sowjetische und die amerikanische Klassifikation betrifft?

Nach unserer Terminologie bestehen interkontinentale strategische Raketen (Reichweite: 5500 km und darüber), Mittelstreckenraketen (1000–5500 km), operativ-taktische Raketen (500–1000 km) und taktische Raketen (Reichweite unter 500 km). Unsere Definition der ICBM deckt sich mit der in der NATO üblichen, weiter aber bestehen Unterschiede. In der NATO spricht man bei einer Reichweite von 1800–5500 km von intermediären Raketen größerer und bei einer Reichweite von 500–1800 km von intermediären Raketen geringerer Reichweite. Unterhalb 500 km sind es taktische Raketen, auch hier stimmen die Bezeichnungen überein.

Kann die unterschiedliche Einteilung die Erzielung von Vereinbarungen nicht erschweren?

Warum sollte sie? Reichweite ist ein völlig konkretes Kriterium. Wenn der Wunsch vorliegt, eine Obereinkunft zu erzielen, dürften die terminologischen Unterschiede kein Hindernis darstellen.

Nach Erklärungen von US-Politikern zu urteilen, sollen die USA an der völligen Liquidierung der Mittelstreckenraketen interessiert sein. Warum besteht die UdSSR darauf, daß jede Seite 100 Gefechtsköpfe beibehält?

Weil wir nicht außer acht lassen können, daß es amerikanische Kernwaffen im asiatisch-pazifischen Raum gibt. Die USA haben dort Hunderte - jawohl, Hunderte - von Trägemitteln für Kernwaffen, sowohl Raketen als auch

Flugzeuge. Einige davon befinden sich in unmittelbarer Nähe des sowjetischen Territoriums. So wird der Stützpunkt in Misawa (Honshu) für die Aufnahme moderner kernwaffentragender F-16-Flugzeuge ausgebaut. Die USA gehen daran, taktische Kernwaffen in Südkorea zu stationieren; vorläufig sind das die Lance-Raketen mit einer Reichweite von 130 km. Wo ist die Garantie, daß sie nicht durch Raketen größerer Reichweite ersetzt werden? Deshalb müssen wir ein Potential haben, das als Gegengewicht dazu dient. Sollten die USA aber die gegenseitige Reduzierung und Beseitigung dieser Potentiale ansprechen, würden wir keine Einwände erheben.

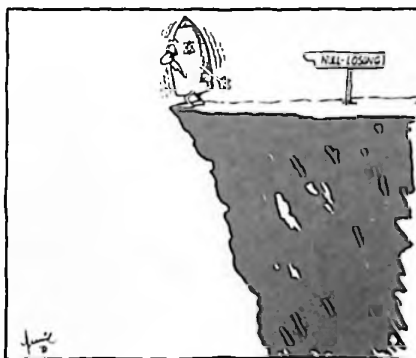
Es läuft darauf hinaus, daß wir den USA mit diesen 100 Gefechtsköpfen auf Ihrem Territorium sozusagen ein Geschenk machen. Die 100 im asiatischen Teil der UdSSR sind ja, wie Sie sagen, das Gegengewicht nicht zu diesen Gefechtsköpfen.

Ich will das gern präzisieren. Uns geht es darum (und das muß eine unerläßliche Bedingung des Abkommens sein), daß jene Gefechtsköpfe auf Mittelstreckenraketen, die die USA auf ihrem Territorium belassen, nicht das sowjetische Territorium erreichen können. Wir fordern die genaue Einhaltung dieser Bedingung, und zwar aus folgendem Grund. Gegenwärtig gibt es auf amerikanischem Boden keine Mittelstreckenraketen, die uns erreichen könnten, ebenso wie wir keine Mittelstreckenraketen haben, die das US-Territorium erreichen könnten. Wenn wir nun die Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil der UdSSR reduzieren, die USA aber zugleich 100 Gefechtsköpfe stationieren, die unser Territorium erreichen können, würde das Abkommen, das zur Senkung der nuklearen Konfrontation UdSSR-USA führen sollte, sie im Gegenteil steigern. Unserer Meinung nach entspräche ein solches Resultat nicht den Sicherheitsinteressen der UdSSR.

Kehren wir nach Europa zurück, insbesondere zur Position Großbritanniens und Frankreichs. Aus den Stellungnahmen offizieller Vertreter dieser Nuklearmächte hört man ihre eindeutig negative Haltung zu einem kernwaffenfreien Europa heraus. Sie wünschen ihre eigenen Kernwaffen aus den Verhandlungen ausgeklammert zu sehen. Man darf jedoch nicht endlos die Augen davor verschließen, daß diese Potentiale nicht nur bestehen, sondern auch erhöht werden.

Ja, das ist richtig. Mit unserem Schritt, der den Weg zur Liquidierung sowjetischer und amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa öffnet, gehen wir ein bestimmtes Risiko ein. Das bedeutet jedoch nicht, daß unsere Vorschläge sich über das Vorhandensein des französischen und des britischen Nuklearpotentials hinwegsetzen. Nein, wir meinen nur, daß die Beseitigung

amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen in Europa ein erster Schritt dazu sein muß, dort alle Kernwaffen zu liquidieren. Selbstverständlich müßten sich auch Großbritannien und Frankreich diesem Prozeß anschließen. In dem von Michail Gorbatschow am 15. Januar 1986 verkündeten Programm der nuklearen Abrüstung ist das für die



Aus „Frankfurter Rundschau“ (BRD)

zweite Etappe vorgesehen, nachdem die UdSSR und die USA die 50prozentige Reduzierung ihrer nuklearen Potentiale verwirklicht haben.

Bei George Shultz' Moskauer Gesprächen wurde auch das SDI-Problem berührt. In diesem Zusammenhang heißt es, Moskau habe seine Position im Hinblick auf Weltraumwaffen geändert. Was ist neu an Moskaus Haltung?

Im Grunde handelt es sich um die Weiterentwicklung der Position, von der wir bereits gesprochen haben, nämlich der Position in Reykjavik. Das Wesen bleibt unverändert: Die UdSSR tritt für die strikte und vollständige Einhaltung des ABM-Vertrages ein. Washingtoner Politiker befürworten eine neue („weite“) Interpretation des Vertrages, zu der jedoch weder der Wortlaut des Dokuments selbst noch der ihm beiliegenden vereinbarten Erklärungen, noch die Verhandlungsgeschichte berechtigen. Seit Oktober 1985, als man in den USA erstmalig von einer „erweiterten“ Auslegung zu reden begann, besteht ein gewisser Unterschied in der Vertragsauffassung. Wir schlagen den USA vor, alle Meinungsverschiedenheiten über die Grenze, die bei der Erforschung, Entwicklung und Erprobung von Raketenabwehrmitteln nicht übertreten werden darf, zu bereinigen. Dazu sollen unsere Experten feststellen, was nicht in den Weltraum zur Erprobung bzw. Stationierung befördert werden darf, damit der ABM-Vertrag nicht verletzt wird. Die Amerikaner aber weichen aus oder sind sogar kategorisch gegen einen solchen Vorschlag. Das ist begreiflich: Jede Erörterung der Grenze des Zulässigen zieht ihre „erweiternde“ Auslegung des Vertrags in Zweifel. Das ist uns klar. Geht man aber von der einheitlichen, gemeinsamen, d. h. der

einzig möglichen Vertragsauffassung aus, so ist eine solche gegenseitige Abstimmung unerläßlich. Die Amerikaner warfen uns vor, wir hätten nicht genau bestimmt, was unter dem Laborrahmen zu verstehen sei. Jetzt haben wir es getan: Es handelt sich nicht nur um eine Forschungsinstitution mit dem Schild „Laboratorium“ an der Tür, sondern auch um Versuchsgelände und Betriebsflächen für Tests. Das Wichtigste ist, Verstöße gegen Art. 5 des Vertrags zu vermeiden (der Artikel verbietet die Entwicklung, Erprobung und Stationierung raumgestützter Raketenabwehrsysteme oder -komponenten). Dazu muß zuerst unbedingt festgelegt werden, welche Anlagen nicht zur Erprobung oder Stationierung in den Weltraum befördert werden dürfen.

Welche Tests sind laut Vertrag nicht verboten? Was soll auf den erwähnten Prüfgeländen erprobt werden?

Beispielsweise Komponenten eines Raketenabwehrsystems, wenn sie zum Ersetzen der vom Vertrag zugelassenen bestimmt sind. Wir dürfen in der Umgebung von Moskau 100 Raketenabwehrraketen, 100 Startanlagen und eine bestimmte Zahl von Radarstationen haben. Eine Anlage, die zwar keine genaue Kopie des Vorhandenen ist, sondern z. B. ein Laser, der eine Startrampe oder eine Raketenabwehrrakete ersetzen soll, darf erprobt werden. Allerdings in stationärer, nicht für den Weltraum bestimmter Ausführung. Das verbietet der Vertrag nicht.

Wird es auf die Weise nicht möglich, auf Prüfgeländen Komponenten eines künftigen raumgestützten Raketenabwehrsystems zu testen, ohne sie in den Weltraum zu befördern?

Theoretisch läßt sich eine Raketenabwehrrakete im Weltraum unterbringen. Dazu braucht man nur eine Plattform auf eine Satellitenbahn zu bringen und darauf eine Raketenabwehrrakete zu montieren. Das läßt sich selbst ohne Weltraumerprobungen verwirklichen. Auch ein Laser kann in einem künstlichen Vakuum auf der Erde oder, unter bestimmten Korrekturen, in der Luft getestet werden. Auf der Erde dürfen solche Anlagen geprüft werden, dafür bestehen keine Beschränkungen. Es geht jedoch darum, daß ein Laser, wenn er Bestandteil raumgestützter Raketenabwehrsysteme werden soll, nach einer durchgearbeiteten Technologie auf eine Umlaufbahn zu befördern und mit entsprechenden Energiequellen zu versorgen ist. Das ist nicht einfach. Um eine Garantie zu haben, daß ein Lasersystem zur Bekämpfung ballistischer Raketen im Weltraum funktioniert, muß man Tests im Weltraum durchführen.

Am 23. April beginnt in Genf eine neue sowjetisch-amerikanische Verhandlungsrunde. Wir wollen keine überstürzten Prognosen anstellen, und doch: Was erwartet Moskau von dieser Runde?

Am 23. April tritt die Gruppe für Mittelstreckenraketen wieder zusammen.

Sie arbeitet am gemeinsamen Wortlaut des Vertragsentwurfs über die Liquidierung sowjetischer und amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und über entsprechende Beschränkungen im asiatischen Teil der UdSSR und auf amerikanischem Territorium weiter. Wir erarbeiten unseren Kompromißentwurf, der dem US-Standpunkt Rechnung trägt und Lösungen für Fragen, die noch Meinungsverschiedenheiten auslösten, vorschlägt. Wir hoffen, daß dieser Entwurf den Weg zur fertigen Arbeit am Vertrag öffnen wird.

Darf bei einer günstigen Situation in Genf ein neuer Gipfel noch in diesem Jahr erwartet werden?

Nicht nur erwartet, denn im Grunde

schlagen wir ein solches Treffen vor. Aber es muß Resultate zeitigen. Konkret besteht unser Vorschlag darin, bis zum Treffen den Entwurf des Vertrages über Mittelstreckenraketen vorzubereiten, damit er dort unterzeichnet wird, und zugleich ein Dokument zu entwerfen, das, wenn nicht den vollen Wortlaut von Abkommen über den Weltraum und die strategischen Offensivwaffen, so doch wenigstens die Grundlage für solche Dokumente enthalten würde. Wir haben den Amerikanern den Entwurf der Hauptbestimmungen der Abkommen schon zugeleitet. Er umfaßt Fragen der völligen, garantierten Einhaltung des ABM-Vertrags innerhalb der nächsten 10 Jahre ohne das Recht der Seiten, von

Art. 15 Gebrauch zu machen, der die Möglichkeit bietet, unter außergewöhnlichen Umständen aus dem Vertrag auszusteigen. Der Entwurf sieht ferner die 50prozentige Reduzierung der strategischen Rüstungen vor. Diese Formel basiert voll und ganz auf Reykjavik. Schließlich enthält der Entwurf den Vorschlag, umfassende Verhandlungen über einen Nuklearteststopp einzuleiten. Sollten unsere Vorschläge bei der US-Delegation Billigung finden, so könnten sie Gehalt und Ergebnis des Gipfeltreffens ausmachen. In diesem Fall stünde der Weg nach Washington offen.

Genosse Karpow, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

PANORAMA

NAHOST

Zur Einheit

● AM 20. APRIL TRAT IN ALGIER DAS PALÄSTINENSISCHE PARLAMENT ZUSAMMEN.

An der Tagung beteiligten sich 340 Delegierte von führenden palästinensischen Organisationen, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbänden. Der Tagung war ein Treffen der Führer der acht PLO-Hauptorganisationen vorausgegangen. Sie hatten eine große Arbeit geleistet, um die Differenzen zu beseitigen, die in den letzten Jahren in der Palästinensischen Widerstandsbewegung bestanden. Nach diesem Treffen erklärten Yasser Arafat, Vorsitzender des PLO-Exekutivkomitees, das 1985 mit Jordanien geschlossene Abkommen von Amman für annulliert. In der PLO war dieses Abkommen als Hindernis auf dem Weg zu einem unabhängigen palästinensischen Staat scharf kritisiert worden. Auch andere wichtige Übereinkünfte zur Beseitigung von Meinungsverschiedenheiten und der Wiederherstellung der PLO-Einheit kamen zustande. Als politische Basis diente die "Deklaration von Tripolis über die Wiederherstellung der

PLO-Einheit", angenommen im März in der libyschen Hauptstadt auf einer Konferenz von Leitern und Vertretern palästinensischer Organisationen. Die Deklaration betonte die Notwendigkeit, die PLO-Einheit auf antiimperialistischer und antizionistischer Grundlage wiederherzustellen. Man bekannte sich wieder zu dem politischen Programm, das die Wahrnehmung der legitimen Rechte des arabischen Volkes Palästinas vorsieht, einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung und einen eigenen unabhängigen Staat. Die Teilnehmer der Konferenz in Tripolis unterstützten die Idee einer internationalen Konferenz zur Beilegung des Nahostkonfliktes. Sie hoben hervor, daß die PLO als die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an diesem Forum gleichberechtigt teilnehmen müsse. In der Deklaration wurden kapitulantenhafte Pläne abgelehnt, wie etwa die Abkommen von Camp David und der berühmte Reagan-Plan. Es wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen sowie nichtpaktgebundenen Staaten zu festigen.

Die ernststen Meinungsverschiedenheiten in der PLO, die sie an den Rand der Spaltung brachten, entstanden bald nach dem Abzug der Einheiten der Palästinensischen Widerstandsbewegung aus Beirut 1982. Die damaligen Ereignisse stimmten einen Teil der palästinensischen Bour-

geoisie in Hinblick auf die Perspektiven des weiteren Kampfes pessimistisch. In diesen Kreisen setzten sich versöhnlerische Tendenzen durch, und das wirkte sich auf den Verwaltungs- und Militärapparat der PLO aus. Die USA und Israel, "strategische Verbündete" in ihrem antiarabischen Komplott, sahen in dieser Situation die Chance, das Palästina-Problem selbstherrlich zu liquidieren: entweder den Palästinensern in den okkupierten Gebieten eine "Verwaltungsautonomie" aufzuzwingen, oder zu erreichen, daß Israel mit einem arabischen Nachbarstaat die gemeinsame Verwaltung dieser Gebiete aushandelt. Israel wollte seine Art Regelung durch Massenterror und Ermordung von PLO-Aktivisten durchdrücken. Die Bevölkerung des westlichen Jordans und des Ghaza-Streifens protestierte gegen die Willkür der Okkupanten.

Die Einheit der PLO-Reihen ist unerschüttert. Israel und seine Verbündeten versuchten vergeblich, die Situation zu nutzen. Am Wesen des Palästina-Problems, dem springenden Punkt des arabisch-israelischen Konflikts, hat sich nichts geändert. Die erste Bedingung für eine Normalisierung im Nahen Osten ist die Wiedereinsetzung des palästinensischen Volkes in seine nationalen Rechte.

Die Weltöffentlichkeit sah sich, während sich die PLO zerstritt, darin bestätigt, daß der beste Weg zu einer Nahostregelung eine interna-

tionale Konferenz sei, an der sich alle Interessierten und die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes beteiligen.

Unerläßliche Bedingung für eine solche Konferenz und ihren erfolgreichen Ausgang ist, daß die Spaltung der arabischen Länder überwunden und die PLO-Einheit wiederhergestellt wird.

Das jüngste Treffen der palästinensischen Führer in Algier und die Tagung des palästinensischen Nationalrates, der wegen der Meinungsverschiedenheiten seit 1985 nicht mehr zusammengetreten war, sprechen dafür, daß diese Einheit möglich ist. Bei der Eröffnung der Tagung dankte man Algerien, der UdSSR und Libyen, die zur Wiederherstellung der PLO-Einheit beigetragen hatten. Die Tagungsteilnehmer haben das von den Führern der acht palästinensischen Hauptorganisationen ausgearbeitete politische Programm zu erörtern und zu bestätigen.

A. KAPRALOW

ARGENTINIEN

Provokation von Militärs

● MITTE APRIL BRACH IN ARGENTINIEN EIN PUTSCH AUS.

Eine Gruppe von Offizieren unter dem Kommando von

"NEUE ZEIT" 17.87

Oberstleutnant Aldo Rico nahm eine Infanterieschule in der Kleinstadt Campo de Mayo 70 km von Buenos Aires entfernt ein und hielt sie vier Tage besetzt. In ebendiesen Tagen weigerte sich das 14. Luftlanderegiment, das im Norden, in Cordoba, stationiert ist, die Anweisungen der Zivilregierung zu befolgen. Die Meuterer verlangten die Freilassung der Militärangehörigen, die wegen Verbrechen in den Jahren der Diktatur verurteilt worden waren, sowie den Rücktritt des Chefs des Hauptstabes der Landstreitkräfte, General Hector Rios Erenu, der für seine Verfassungstreue bekannt ist. Doch die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zwangen die Putschisten zur Aufgabe.

Um diese auf den ersten Blick unerwartete Provokation der Militärs zu erklären, wollen wir uns den Ereignissen von vor fast vier Jahren zuwenden. Im Oktober 1983 ging die Bürgerlich-Radikale Union aus allgemeinen Wahlen als Sieger hervor, und ihr Führer Raul Alfonsin wurde Präsident Argentiniens. Als Regierungschef löste er das Militärregime ab, das im März 1976 bei einem Umsturz an die Macht gekommen war. Die Militärs hinterließen eine verheerte Wirtschaft, zerstörte Verfassungsinstitute und offiziellen Angaben zufolge mehr als 9000 "Verschollene" (nach Angaben gesellschaftlicher Organisationen ca. 30 000).

Im Dezember 1983 verkündete Raul Alfonsin einen Erlass, dem zufolge hohe Militärs — Generale und Admirale — gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden sollten. Im April 1985 begann ein mehrmonatiger Prozeß.

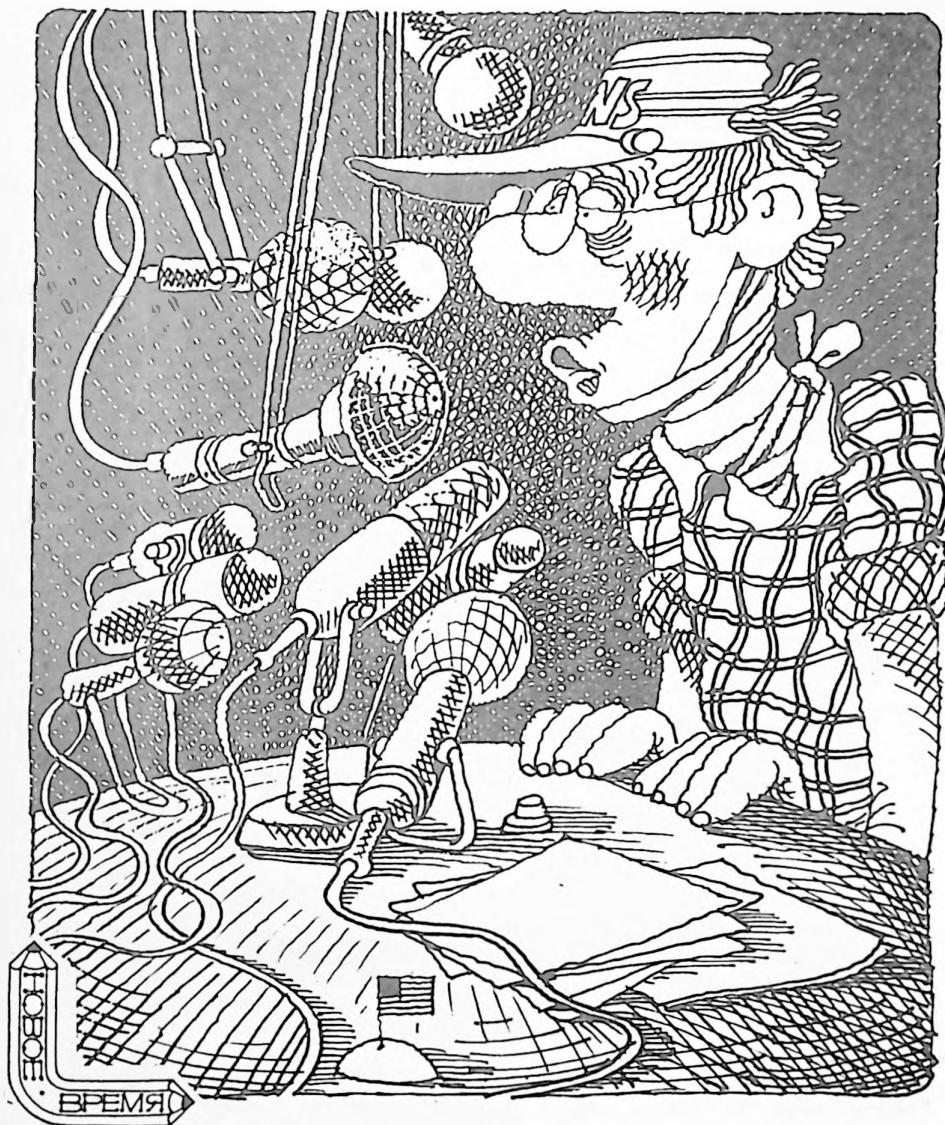
Vor den Richtern traten Hunderte von Zeugen auf — Menschen, die selbst gefoltert worden und nur durch ein Wunder dem Tod entgangen waren, sowie Verwandte und Freunde der "Verschollenen". Zeugen, darunter auch Militärangehörige, die an den Greueltaten beteiligt gewesen waren, berichteten Entsetzliches: Unschuldige waren in geheime Konzentrationslager deportiert und wochenlang systematisch gefoltert worden, um "Geständnisse" zu erzwingen,

Schwangere waren gefoltert, Mädchen vergewaltigt worden, Häftlinge waren aus Flugzeugen in den Rio de la Plata gestoßen oder von Bulldozern in die Erde eingegraben worden.

Mit verständlicher Zustimmung nahmen die Argentinier das Ende 1985 gefällte Urteil auf: Ex-Präsident, Generalleutnant Jorge Rafael Videla und

der ehemalige Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Emilio Eduardo Massera, erhielten lebenslänglich; ein anderer ehemaliger Präsident, Generalleutnant Roberto Eduardo Viola, wurde zu 17 Jahren Gefängnis, Admiral Lambrucini zu 8 Jahren und der Ex-Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte, General Orlando Ramon Agosti, zu viereinhalb Jahren verurteilt.

In dem Urteilsspruch hieß es, daß die Militärs ein Regime des "geheimen, brutalen und feigen Staatsterrorismus" im Lande errichtet hatten. Sie suchten ihre Verbrechen mit der von Washington suggerierten "Doktrin der nationalen Sicherheit" zu rechtfertigen. Diese Doktrin besagt, daß die Streitkräfte der Länder Lateinamerikas nicht zur Abwehr äußerer Aggression, sondern



"Liebe Hörer! Von dem vielen Gerede über Ihre Transparenz bin ich ganz heiser geworden, so daß ich bei unseren Problemen nur noch flüstern kann."

Zeichnung: W. Arsenjew

zum Kampf gegen den "inneren Feind", d. h. gegen diverse progressive Organisationen, nötig seien.

Natürlich rief das gerechte Urteil bei gewissen Leuten Unzufriedenheit hervor. Bereits während des Prozesses hatte die einheimische Reaktion mit Unterstützung von außen eine Welle von Gewalt ausgelöst. Extremisten verübten Sprengstoffanschläge (unter anderem auf den Stab der Landstreitkräfte) und schickten Drohbriefe an namhafte Politiker. Nach dem Prozeß verstärkte sich das subversive Treiben der Rechten, und letztlich war die Atmosphäre so angeheizt, daß die Regierung für zwei Monate den Belagerungszustand verhängen mußte.

Um eine Normalisierung herbeizuführen, verabschiedete die Regierung Ende v. J. ein Gesetz über die Einstellung der gerichtlichen Verfolgung von Militärs, gegen die bis zum 22. Februar 1987 keine Anklage erhoben worden ist. Die Regierung ließ sich davon leiten, daß die Dreijahresfrist nach Annahme des Erlasses von 1983 voll ausreichen müßte, um alle Schuldigen zu bestrafen. Dieses Gesetz galt natürlich nicht für Militärangehörige, gegen die bereits ermittelt wurde. Letztere weigerten sich demonstrativ, vor Gericht zu erscheinen. Daraufhin kam es zu Verhaftungen. So wurden Ende Februar d. J. sechs Admirale und einige hohe Offiziere der Kriegsmarine und der Polizei festgenommen. Im März wurde eine weitere Gruppe von Offizieren verhaftet. Die Rechtselemente in den Streitkräften putschten daraufhin.

Die Meuterei ist gescheitert. Vor allem, weil die Streitkräfte des Landes, alle Parteien und die Allgemeine Arbeitskonföderation ihre Unterstützung für die Regierung bekundeten. Und doch hat die regierungsfeindliche Provokation der Militärs deutlich gemacht, wie schwach die verfassungsmäßige Ordnung in Argentinien noch ist und daß es dort noch manchen gibt, der in die finstere Vergangenheit zurück will.

A. MEDWEDENKO

MITTELAMERIKA

Raubzüge der Contras

Werfen Sie einmal einen Blick auf diese Landkarte aus der nikaraguanischen Zeitschrift "Soborania"! Dort sehen Sie den an der Pazifikküste gelegenen Golf von Fonseca, eingefäßt von drei Ländern Mittelamerikas: El Salvador, Honduras und Nicaragua.

Gerade dieser Golf figuriert am häufigsten in Erfindungen der US-Administration, die Sandinisten würden ihre Revolution in die Nachbarländer "exportieren". Bereits die Vorgänger des jetzigen US-Präsidenten behaupteten, daß "Kuba und andere kommunistische Länder, die eine Intervention in Mittelamerika vorbereiten, geheime Waffenlieferungen an die salvadorianischen Aufständischen vornehmen". Wie? Von See aus, über den Golf von Fonseca. Ist es ja gar nicht so schwer, diesen kleinen Golf zu über-

winden und die Waffen an der salvadorianischen Küste abzuladen.

Doch die dortigen Küstengewässer werden von Wachbooten der salvadorianischen und der hondura-



nischen Kriegsmarine intensiv kontrolliert. Die im Golf dominierende honduranische Insel El Tigre wurde zu einem Militärstützpunkt ausgebaut, wo sich eine Funkortungsstation befindet, die den Flugverkehr über dem Golf sowie über den Territorien von El Salvador und Honduras koordiniert.

Fregatten und Zerstörer der US Navy laufen den Golf von Fonseca an. Über ihm fliegen US-Spionageflugzeuge, die in der Panamakanalzone und in Honduras stationiert sind.

Nichtsdestoweniger wird der Golf von Fonseca überquert — nur nicht von den angeblichen Revolutionsexporturen aus Nicaragua, sondern von real existierenden Somoza-Banden. Und zwar tun sie das von El Salvador aus. Mit amerikanischem Geld wurde im Küstenort Punta Ruco die Ausbildung von "Marinekommandos" der nikaraguanischen Contras organisiert. Nicht selten greifen sie nikaraguanische Küstensiedlungen unter dem Vorwand an, dort befänden sich Partisanen der salvadorianischen Nationalen Befreiungsfront.

Die Pfeile auf der Karte kennzeichnen die Richtungen dieser Überfälle — die nikaraguanische Provinz Chinandega und den Hafen Corinto.

"US-Experten für militärische Planung", schrieb die "Washington Post", "sprechen von dem kargen Landstreifen zwischen den Bergen und dem winzigen kleinen Golf von Fonseca als dem geeignetsten Weg für eine Invasion in Nicaragua". Ein amerikanischer Berater in der honduranischen Hauptstadt bezeichnete den Golf von Fonseca als besten Weg für eine Invasion.

A. BARYSCHEW

Kongreßmitglieder in Moskau

Auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR besuchte eine Kongreßdelegation der USA die Sowjetunion. Sie wurde vom Sprecher des Repräsentantenhauses James Wright geleitet. Michail Gorbatschow empfing die amerikanischen Kongreßmitglieder. Die Gäste trafen mit weiteren sowjetischen Spitzenpolitikern und Parlamentariern zusammen. Sie statteten Kiew einen Besuch ab.

„Wir begrüßen Ihren Aufenthalt hier um so mehr“, sagte Michail Gorbatschow, „als es uns im Moment besonders darauf ankommt, von der amerikanischen Regierung und von den Amerikanern verstanden zu werden. In unseren Beziehungen ist in letzter Zeit etwas in Bewegung gekom-

men. Das übersehen wir nicht. Bislang sind jedoch noch so gut wie keine Auswirkungen auf unsere Zusammenarbeit bemerkbar. Ihr Umfang entspricht weder den Möglichkeiten noch den Verpflichtungen unserer beiden Länder.“

Man informierte die amerikanische Delegation ausführlich über den Inhalt der Gespräche mit George Shultz, besonders über die Bereitschaft der UdSSR, in der Vernichtung der operativ-taktischen Raketen initiativ zu werden. In diesem Zusammenhang äußerten die sowjetischen Vertreter sich befremdet über die merkwürdige Logik, die in Versuchen zum Ausdruck kommt, mit Nachrüstung auf diese Initia-



James Wright auf der Pressekonferenz

Foto: TASS

tive der UdSSR zu antworten.

Vor seiner Abreise aus Moskau charakterisierte James Wright auf einer Pressekonferenz die Gespräche als "offen und ehrlich". Der amerikanische Delegationsleiter sagte: "Unseres Erachtens ist jetzt, seit 15 Jahren, der geeignetste Zeitpunkt gekommen, um eine konstruktive Vereinbarung zu Abrüstungsfragen zu erreichen."

"NEUE ZEIT" 17.87

Merlyn, Harry und der Präsident

Die Diplomatie von unten provoziert

USA-Stippvisite. Zeit- und Raumverschiebung in sieben Tagen komprimiert. Wieder in Iowa und Minnesota, Bundesstaaten, die ich schon von der Mississippi-Friedenskreuzfahrt letzten Sommer her kannte und in denen ich bekannte und neue Gesichter sah. Zwei Tage Washington: Eine von Frühlingshauch überzogene Stadt rotiert im politischen Strudel.

Kann man in derart schnell verbrachten Tagen den Herzschlag Amerikas fühlen und neue Prozesse im gegenwärtigen Leben dieses widersprüchlichen Landes erkennen? Ich hatte so meine Zweifel und sprach darüber mit Howard Frazier, dem Vorsitzenden der amerikanischen Organisation "Für einen stabilen Frieden", als er unsere Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees in Empfang nahm. Wir kamen, um zu sehen, wie es um die sowjetisch-amerikanische Unterschriftensammlung, den gemeinsamen Appell unserer Völker für den Frieden bestellt war. Diese Aktion begann letztes Jahr im August im UNO-Gebäude am East River und wird in beiden Ländern fortgesetzt. Howard ließ mich ausreden und kramte in seiner arg mitgenommenen Aktentasche, bis er eine wuchtige Mappe zutage förderte, unser minutiös geplantes Programm: Begegnungen, Gespräche, Interviews.

Projekte in Iowa

Unsere Inlandsmaschine mit 20 Sitzplätzen, wegen ihrer besonderen Form und Kompaktheit boshaft als "Zigarre" bezeichnet - selbst ein Mensch von geringer Körpergröße stößt, wenn er in ihrem Bauch sitzt, mit dem Kopf an die Decke -, zog ächzend ihre Bahnen über Iowa, dem fruchtbarsten Stück Erde der Vereinigten Staaten. Hin und wieder peilte ich nach unten und versuchte so gut es ging, mich in die im Nachbarstaat Minnesota gekauften Zeitungen zu vertiefen. Immer wieder stieß ich auf Meldungen wie diese: "Neue Auktion", "Jones-Farm ausverkauft"... 30 000 Farmern in Minnesota droht in diesem Jahr der Ruin. Gleich daneben eine Nachricht aus Iowa: Innerhalb der letzten zwei Jahre sind Tausende Farmer und mindestens 20 landwirtschaftliche Kreditanstalten pleite gegangen. Dann wieder

eine Auktion, wieder wird eine Farm ausverkauft...

Ich sehe ein wettergegerbtes sonnengebräuntes Gesicht vor mir auftauchen. Merlyn Bradley, 64, Farmer in der vierten Generation, hatte uns letzten Sommer freundlich auf seiner Farm empfangen. Wie es ihm wohl geht?

Einen Tag später traf ich mit Merlyn zusammen. Mit Erleichterung hörte ich, daß es in seinem Leben angenehme Veränderungen gegeben hatte. Der Sohn hat geheiratet. Die Farm läuft weiter. Jedoch...

"Viele meiner Nachbarn haben im vergangenen Jahr ihre letzte Ernte eingefahren", erzählt Merlyn. "Jetzt sind sie pleite. Es gab Selbstmorde. Das ist entsetzlich, wenn Du merkst, daß Du nie wieder die Möglichkeit haben wirst, das zu machen, was Dein Leben ausgemacht hat. Was sind wir denn ohne diesen Boden? Wieder irgendwo von vorne anfangen? Überall die gleiche Lage."

"Warum gehen die Farmer pleite?"

"Die Getreidepreise sind jetzt zweimal niedriger als die Produktionskosten. Wir werden unsere Erzeugnisse nirgendwo mehr los. Der Binnenmarkt ist übersättigt. Die Exportpolitik läßt auch zu wünschen übrig." (In den letzten 5 Jahren ging der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse um 39% zurück - die Red.).

"Wer ist daran schuld?"

"Die in Washington natürlich. Die machen schließlich die Politik. Genauer gesagt, machen sie nicht. Die Landwirte haben nur noch eine Hoffnung, die Agrarkreditprogramme der Bundesbehörden. Allerdings streicht die Regierung auch die noch zusammen."

"Ich habe gelesen, daß der Haushalt 1987 für Iowa 126 Millionen Dollar für diese Kreditprogramme vorsieht. 1985 waren es noch 404 Millionen..."

"Sehen Sie? Das ist es ja gerade: Statt den Farmern zu helfen, investieren sie in die Rüstung. Viermal in acht Jahren verhängen sie ein Embargo über den Verkauf von Getreide an die UdSSR. Wer hat denn nun dabei gewonnen? Die Farmer haben auf jeden Fall verloren."

Um vernünftige Politik drehten sich unsere Gespräche in Iowa und Minnesota ständig. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Die in den letzten Jahren aufgestaute Spannung im Verhältnis UdSSR-USA mit ihren unvermeidlichen

Auswirkungen auf die Militärausgaben, mit Handelsbeschränkungen usw. drücken immer spürbarer auf den Wohlstand der Amerikaner. Vieler Amerikaner.

Gesellschaftliche, religiöse und Organisationen der Farmer Iowas haben sich zu einem Bündnis unter der Leifformel "Brot statt Raketen!" zusammengeschlossen. Sie wollen durchsetzen, daß 600 Mio Dollar aus dem Haushalt des Pentagon an einen regionalen Agrarkreditfonds überwiesen werden.

Jean Lloyd-Jones ist Senatorin der gesetzgebenden Versammlung in Iowa.



Farmer Merlyn Bradley aus Iowa: „Wir brauchen eine vernünftige Politik...“

Gleichzeitig leitet sie das "Friedensinstitut", eine Organisation von Politikern und Geschäftsleuten aus Iowa, die sich das Ziel gesetzt haben, Verständigung, Handel und Kontakte mit dem Ausland zu fördern.

"Die Wirtschaft Iowas ist exportorientiert", sagt Jean. „Wir haben ausgedehnte internationale Verbindungen. Dann kamen wir auf den Gedanken, das Friedensinstitut zu organisieren. Wir glauben, daß man über Zusammenarbeit einen festen Frieden erreichen kann. Wir arbeiten auf zwei Ebenen, praktisch und analytisch. Dazu ziehen wir Colleges, Universitäten und gesellschaftliche Organisationen heran. Der Friedensappell der Völker war sehr interessant für uns, weil er neue Möglichkeiten für gemeinsame Projekte eröffnet...“

Im Verlauf der Unterschriftenaktion sollen nämlich nicht nur Unterschriften

gesammelt, sondern auch der Bedarf festgestellt werden, den verschiedene Gruppen an Ort und Stelle anmelden. Das gilt sowohl für die USA als auch für die UdSSR. Schulen, Kirchen, Universitäten, Krankenhäuser, Rathäuser, Friedensorganisationen, Frauenverbände, Geschäftsleute usw. wünschen Direktverbindungen zu Partnern auf der anderen Seite. Unser Ziel ist, Kontakte zu pflegen, und zwar durch den Austausch von Informationen, Briefen, gegenseitige Besuche, durch Vereinbarungen über gemeinsame Projekte auf regionaler Ebene. Oder anders gesagt, durch eine Diplomatie von unten.

Ein Professional spricht

Eine außerplanmäßige Begegnung. Meine Freunde Kitty und Henry Weaver, ein älteres Ehepaar, leben in einer alten Villa in einem Vorort von Washington und sind immer froh, wenn sie sowjetische Gäste haben. Zum Dinner hatten sie einen Nachbarn eingeladen. "Es wird Ihnen gefallen, sich mit ihm bekannt zu machen. Er studiert die Sowjetunion seit längerem", sagte Kitty mit verschwörerischem Lächeln. Sie sollte recht behalten.

Harry Rositzke, ehemaliger Chef der "sowjetischen Abteilung" der CIA, ein Professional, hat vom ersten Tag der Gründung dieses Instituts an bis 1970 in Langley gearbeitet, viele Bücher geschrieben und war, wie sich herausstellte, noch nie in der UdSSR.

Services, CIA-Vorläufer, **die Red.**). Danach London, Paris, Deutschland. Aufklärung erschien mir attraktiver als zu unterrichten. Deswegen ging ich auch zur CIA, sobald sie gegründet wurde. Ich stürzte mich gleich auf die sowjetisch-amerikanische Problematik."

"Und was halten Sie von der amerikanischen Politik in Bezug auf die UdSSR?"

"In der Nachkriegsära haben wir unsere Politik auf der Angst vor der militärischen Bedrohung von seiten Moskaus aufgebaut. Eine von Anfang an falsche Prämisse."

"Sie glauben also nicht an die Bedrohung?"

"Wenn uns irgend etwas gefährlich werden könnte, so ist das der sich ausdehnende politisch-ökonomische Einfluß der UdSSR. Anstatt jedoch adäquat darauf zu antworten, haben wir unsere militärische Stärke ausgebaut und - verloren. Wir haben uns eine Aufgabe gestellt, die unsere Kräfte übersteigt, nämlich in einer revolutionären Welt den Status quo aufrechterhalten zu wollen. Wir haben diese Welt zu einem comic strip vereinfacht und sie in Weiße und Rote aufgeteilt."

"Und wie sehen Sie die Zukunft? Wenn wir Sie vom militärischen Standpunkt aus gar nicht bedrohen, könnte man sich doch mal überlegen, wie wir zu einer sichereren Welt, z. B. ohne Atomwaffen, kommen, in der unsere beiden Länder in Wirtschaft und Handel miteinander konkurrieren, wenn Sie so wollen..."

sollten jetzt so schnell wie möglich die militärische Konfrontation herunterschrauben."

"Wie würde für Sie eine vernünftige US-amerikanische Politik aussehen?"

"Darüber habe ich in meinem letzten Buch geschrieben. Was brauchen wir am dringendsten? Wir müssen aufhören, andere zu belehren und statt dessen mit anderen Staaten jedes Thema besprechen, und zwar als Gleiche unter Gleichen. Den Ekel vor Sozialismus und Marxismus hinunterschlucken und mit allen zu handeln anfangen. Nicht das freie Unternehmertum exportieren, sondern seine Früchte. Veränderungen in der Welt als Lebenswirklichkeit akzeptieren. Nicht nur für den freien Handel agitieren, sondern ihn praktizieren. Es ist Zeit, konkrete Verträge auf dem Gebiet der Abrüstung zu vereinbaren und die auf das Wettrüsten verschwendeten Mittel peu a peu auf notwendige Erfordernisse umzuleiten."

Ich gebe zu, daß ich diese Schlußfolgerungen eines Menschen, der sich viele Jahre damit beschäftigt hat, die "sowjetische Gefahr" und die Möglichkeiten des "potentiellen Gegners" einzuschätzen, mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis genommen habe.

Bauchschmerzen

am Potomac

In der sachlich-bürokratischen Atmosphäre der amerikanischen Hauptstadt schien mir noch etwas vom Geruch des letzten politischen Skandals zu hängen, der das Land erschüttert hatte und diesmal "Irangate" hieß. Den starken, selbstsicheren Reagan, den Lieblingskandidaten der Rechten, löste ein anderer Reagan ab, der seinen äußeren Glanz eingebüßt hatte und sich für seine Rolle in der Affäre um Iran und Contras rechtfertigen mußte.

In den letzten Tagen war die Stimme des Präsidenten deutlicher zu vernehmen, besonders, als er von neuem dazu aufrief, die amerikanischen Streitkräfte zu stärken. Im offiziellen Washington hat die Diskussion ihren Höhepunkt erreicht: Soll man seine Politik weiter auf dem Gleichgewicht des Schreckens aufbauen oder eine Abrüstungsvereinbarung schließen? Soll man Wege zur Zusammenarbeit mit der UdSSR finden oder Vorwände für Konfrontationen erfinden? Die deutlichen Aktivitäten rechter Kräfte alarmieren. Von rechts eilte man dem aus dem Tritt gekommenen Präsidenten mit der Pentagon-Broschüre „Die sowjetische Militärmacht“ und einer neuerlich stimulierten Agentenhyrie zu Hilfe. Das Ganze nicht unklug gekoppelt an den Besuch von Staatssekretär Shultz in Moskau. So oder ähnlich hämmert man den Amerikanern ein, daß sie doch bitte sehr die letzten Mißerfolge in der Politik der jetzigen Regierung vergessen und die Hoffnung auf Vereinbarungen und Verständigung mit Moskau aufgeben

"NEUE ZEIT" 17.87



Diese Amerikaner, Teilnehmer des großen USA-Friedensmarsches, bereiten sich schon auf den sowjetisch-amerikanischen Friedensmarsch im Sommer dieses Jahres von Leningrad nach Moskau vor.

Fotos der Verfasserin

"Vor dem Krieg habe ich in Harvard mein Diplom gemacht, in deutscher Philologie. Dann habe ich unterrichtet", erzählt Harry. "Im zweiten Weltkrieg war ich Soldat und geriet an das Amt für strategische Dienste (Office of Strategic

"Atomwaffenfreie Welt? Höchst unwahrscheinlich. Wenigstens jetzt noch. Schließlich kann man nie wissen. Es gibt so viele Varianten, dritte Länder... Und außerdem beruht unsere Sicherheit auf nuklearer Abschreckung. Ich denke, wir

sollten. Scharf Euch im Angesicht der "sowjetischen Bedrohung" um Euren unbeugsamen Präsidenten!

Nicht einmal der Ruf Reagans beunruhigt die Rechten so sehr, obwohl sie selbst im Hinblick auf die nächsten Wahlen keinen geeigneten Ersatzmann haben, als der steigende Druck auf den Kurs der Administration von Anhängern einer vernünftigen Politik gegenüber der UdSSR, deren Stimmen immer lauter im Kapitol zu vernehmen sind, wie auch von Friedenskämpfern und allen anderen potentiellen Teilnehmern einer Basisdiplomatie.

Zwei Informationsströme flossen zusammen und wühlten die amerikanische Öffentlichkeit auf. Von innen her der Kater von Irangate und das schwindende Vertrauen in die Regierung. Von außen die lawinenartig anbrandenden Informationen über Erneuerungen in der UdSSR. Bei all ihrer Widersprüchlichkeit bringt diese Lawine die den Amerikanern gewohnten Vorstellungen über den "hermetischen" und "demokratiefeindlichen" Charakter der sowjetischen Gesellschaft ins Rutschen. Diese Klischees wurden jahrelang von der US-Propaganda geprägt und durch negative Erscheinungen unserer eigenen jüngeren Geschichte zu einem gewissen Grad auch noch zusätzlich bestätigt. Im heutigen Bewußtsein der Amerikaner prallt die "Geheimdiplomatie" des Weißen Hauses und die Fassung wichtigster Beschlüsse hinter dem Rücken der US-Bürger auf die in der Sowjetunion eingeleitete politische Transparenz in innenpolitischen und internationalen Fragen. Viele sind doppelt geschockt.

Natürlich sind die Amerikaner jetzt nicht weniger mit sich selbst und ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt. Viele begreifen aber inzwischen besser, daß unsere gegenseitige Abhängigkeit in der Welt wächst. Ob sie wollen oder nicht, ob wir das wollen oder nicht, beeinflußt das, was bei uns vorgeht, auch bei ihnen den Gang der Ereignisse. Umgekehrt übrigens ebenso.

Die Unterschriftenaktion für den Friedensappell der Völker hat, wie wir erfahren haben, das Herz Amerikas und die Ostküste erfaßt. Am Tag von Hiroshima wird man den obersten sowjetischen und amerikanischen Repräsentanten und dem UNO-Generalsekretär eine Petition mit Unterschriften überreichen. Die Aktion wird in beiden Ländern fortgesetzt. Ihr Sinn besteht darin, am Übergang ins dritte Jahrtausend eine solche Atmosphäre in der öffentlichen Meinung der UdSSR und der USA zu schaffen, die feindliche und provozierende politische Entscheidungen zunehmend ausschließt.

Die Basisdiplomatie wirft der Politik der Unvernunft den Fehdehandschuh hin.

G. SIDOROWA

NZ-Sonderkorrespondentin
Minneapolis--Davenport--Debuque--
Washington--Moskau

"NEUE ZEIT" 17.87

Mit Gott und Fußvolk

Am 19. April 1901 wurde der Präsident der Republik der Philippinen, Emilio Aguinaldo, gezwungen, die Erklärung über die Anerkennung der Souveränität der USA über die Philippinen zu unterzeichnen.

Die dreijährige Geschichte des philippinischen Krieges (1898–1901) wurde in vielen Publikationen behandelt. Die Greueltaten der US-Soldateska wurden angeprangert. Auf jedem Schritt ihres Eroberungsfeldzuges griffen die Kolonialherren auch zu politischen Lügen.

Seit Ende des 16. Jh. waren die Philippinen Besitz Spaniens. 1896 erhob sich das Volk gegen die Kolonialherren, doch die Aufständischen wurden geschlagen und ihre Führer unter General Aguinaldo mußten emigrieren. Die Konsuln der USA in Singapur und Hongkong, S. Pratt und R. Wildman, trafen sich nacheinander im April 1898 mit Aguinaldo und boten ihm im Namen der US-Regierung an, unter dem Schutz der amerikanischen Flotte auf die Philippinen zurückzukehren, um den Kampf gegen die spanischen Kolonialbehörden wiederaufzunehmen. Und Commodore G. Dewey, Befehlshaber des US-Pazifikgeschwaders, gab die Zusage, daß die „Vereinigten Staaten zweifelsohne die Unabhängigkeit der Philippinen anerkennen werden“. Am 2. Mai versenkte Deweys Geschwader die schwache spanische Flotte, doch die schweren Erdkämpfe hatten die Aufständischen zu führen. Sie schlugen fast alle spanischen Garnisonen auf der Inselgruppe. Am 12. Juni 1898 verkündete Aguinaldo die Unabhängigkeitserklärung.

In den Händen der Spanier war zu jener Zeit nur das belagerte Manila geblieben. Das US-Kommando suchte die Philippiner auf jegliche Weise zu überzeugen, den Sturm auf die Hauptstadt nicht zu übereilen: Infanterie aus den USA wurde erwartet, die dann bis Ende Juli eintraf. Da schlug Dewey dem Kommandanten der spanischen Garnison von Manila einen Kuhhandel vor: statt sich auf die für den Hidalgo schändliche Kapitulation vor "schwarzen Wilden" einzulassen, die Hauptstadt an Vertreter einer "zivilisierten" Macht zu übergeben. Am 13. August rückte US-Marineinfanterie in die Stadt ein. Erst jetzt begriffen die philippinischen Führer, wie gemein sie von den Amerikanern betrogen waren.

Im Oktober 1898 wurden in Paris die spanisch-amerikanischen Friedensverhandlungen aufgenommen. Die Frage der Unterstellung der Philippinen unter US-Souveränität stieß unerwartet für den amerikanischen Präsidenten W. McKinley bei einigen Kongreßabgeordneten auf Widerstand. Dann verstieg sich McKinley zu beispielloser Heuchelei:

"Im Grunde wußte ich, als wir die Philippinen wie eine Gabe des Himmels erhielten, nicht, was ich mit ihnen anfangen sollte. Wir dürfen sie nicht sich selbst überlassen, sie sind ja nicht fähig zur Selbstverwaltung und werden schnell



Uncle Sam: "Zugegeben, gar nicht so leicht, sie alle in die Tasche zu stecken."

Aus: "Journal" (Detroit, USA) aus der Zeit des amerikanisch-spanischen Krieges

in Anarchie versinken... Uns bleibt nur, sie ganz an uns zu nehmen, um den Philippinern Aufklärung und Zivilisation zu bringen, sie zu christianisieren... Mit diesem Gedanken legte ich mich zu Bett und schlief fest ein."

Am 10. Dezember 1898 wurde der Pariser Vertrag unterzeichnet, dem zufolge Spanien die Philippinen an die USA abtrat. Die nationale Regierung der Philippinen versuchte zu protestieren, doch erfolglos. Die meisten Senatoren wollten den Pariser Vertrag nicht ratifizieren. Um das durchzusetzen, griff das Weiße Haus zu einer Provokation. Am 4. Februar 1899 eröffnete auf einer Brücke bei Manila, die amerikanische und philippinische Patrouillen trennte, ein US-Soldat plötzlich das Feuer. Es kam zu einem Schußwechsel, und sogleich ging folgendes Telegramm nach Washington ab: „Die philippinische Armee hat Kampfhandlungen gegen die US-Truppen begonnen.“ Die Provokation hatte gefruchtet: Am 6. Februar ratifizierte der Senat den Vertrag.

Gleichzeitig gingen US-Truppen zum Angriff über, begann ein blutiger Kolonialkrieg. Das mobile Hauptquartier von General Aguinaldo blieb für die Philippiner lange Zeit ein Symbol des ungebrochenen Widerstandes. Wie konnte es erobert werden? Wieder griffen die USA zu gemeinem Betrug. Im März 1901 wurde in die Gegend, wo sich der Stab verborgen hielt, ein Trupp von US-Söldnern aus dem Macabebes-Stamm geschickt. Der Kommandeur des Trupps führte ein gefälschtes Schreiben mit, in dem es hieß, der Trupp sei dem General von einem seiner Mitstreiter zu Hilfe geschickt worden. Zusammen mit dem Trupp marschierte, getarnt als Gefangene, eine Gruppe von US-Offizieren unter Oberst Funston. Aguinaldo nahm den Brief für bare Münze und schenkte den Söldnern sein Vertrauen, doch sogleich wurde er von Funston "im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten" festgenommen und nach Manila geschafft. Das Ende ist bekannt.

G. JUMATOW

Eine Schale Reis

Bericht aus dem Mekongdelta

In den Jahren, als die US-Aggression abgewehrt wurde, war die Chaussee Nr. 4 die Hauptstraße des Kampfgebiets. Hier verloren die Truppen der Interventionen viel Militärtechnik. Jetzt ist das eine belebte südvinamesische Verkehrsader. Beiderseits dehnen sich von Kanälen durchschnittenen Felder. In den Dörfern ist der Jahreswechsel die arbeitsreichste Zeit. Die Herbst- und Winterernte muß eingebracht werden. Zu dieser Zeit ist die Chaussee mit gemähtem Reis bedeckt: Die heiße Sonne und der warme Asphalt trocknen ihn, und die Fahrzeuge lockern die goldgelben Körner in den schweren Rispen. Auf den anliegenden Reisfeldern wird gedroschen. Man schlägt kleine Reisgarben gegen Holzböcke oder schräggestellte Bretter.

Durch die Kanäle gleiten aus Bambusfasern geflochtene Boote mit Reis, Ziegeln, Geflügelkörben, quiekenden Ferkeln, langen Bambusstangen, Bananenstauden und Ananas. Die Boote werden von Männern, Frauen oder Kindern gesteuert.

Nach einer Überfahrt auf der Fähre über den größten Arm des Mekong, den Hau Giang, kommen wir in die Stadt Can Tho. In der Stadt sind die Ufer mit Wohnhäusern, Speichern, Werkstätten und Piers bebaut. Ein buntes Bild bietet der Pier Nanh Kieu am rechtsseitigen Ufer dar. Viele Hausboote und Dschunken, Boote in Form von Fischen, Drachen oder Pfeilen in allen Regenbogenfarben. Direkt am Pier verstummt der Lärm lebhaften Feilschens und verzieht sich der Dampf der Garküchen und der Duft exotischer Gerichte keinen Augenblick. Die Boote am Pier sind Cafés, Restaurants, kleine Garküchen oder auch ein Zirkus oder Theater. Man kann Gerichte aus Fischen, Garnelen, Langusten, Muscheln und Aal bestellen. Es wird flink zubereitet, schmeckt köstlich und duftet nach scharfen Würzen und ist außerdem oft mit einem scharfzüngigen Scherzwort gewürzt.

Sorgen der Provinz Hau Giang

Sie hat etwas über 2,5 Millionen Einwohner und ungefähr 400 000 ha

bestellten Bodens. Dank ihren günstigen Natur- und Klimaverhältnissen und ihrem fruchtbaren Boden galt sie von alters her als Kornkammer. Hier wird mehr Reis als in anderen Gebieten angebaut.

Trotzdem sprach Le Thanh Nhan, Sekretär des Provinzkomitees, auf dem VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams größtenteils von akuten Problemen und ersten Mängeln. Obigens war die ganze Atmosphäre auf dem Parteitag so. Da war von einer wirtschaftlichen und sozialen Umstellung und von der Beseitigung von Fehlern die Rede, die zu ersten Schwierigkeiten und zu einer Senkung des Lebensstandards geführt hatten.

"Wir bezeichnen die Landwirtschaft oft als die Hauptfront unserer

Nahrungsmittel des Landes liefert, braucht jährlich mindestens 200 000 t Düngemittel, bekommt aber kaum ein Drittel davon. So steht es auch mit den Maschinen, mit Treibstoff und Ersatzteilen. Wie kann da von einem hohen agrotechnischen Niveau die Rede sein? Auf dem Lande wird noch sehr viel manuelle Arbeit geleistet, mit bloßen Händen erzielt man heutzutage aber keine reichen Ernten."

Le Thanh Nhan ist der Ansicht, daß man dem Bauern, wenn man mehr Agrarprodukte von ihm bekommen will, dafür auch mehr Stoffe, Kleidungsstücke, Schuhe und Baumaterial liefern muß. Er sagt:

"Unsere Einkaufspreise für Agrarprodukte sind sehr niedrig. Die Bauern sind nicht einmal am Anbau herkömmlicher Nutzpflanzen wie Reis und Zuckerrohr interessiert. Für jeden Hektar Zuckerrohr müssen sie 7000 Dong Steuern zahlen. Das belastet sie zu sehr. Außerdem muß die Gemeinde dem Landkreis für die Verarbeitung und den Verkauf von Zuckerrohr an den Staat zusätzliche Steuern zahlen: Warensteuer (25 Prozent), Umsatz- und Einkommensteuer. Das alles macht zusammen 40 Prozent des Werts der Erzeugnisse aus. Für ein



Transport frisch geernteter Bananen

Wirtschaft", sagte Le Thanh Nhan auf dem Parteitag. "Das ist sie ja auch. Wir schenken ihr aber noch zuwenig Aufmerksamkeit. Uns wird wenig mit Düngemitteln und Landmaschinen geholfen. Unsere Provinz, die 10 Prozent aller

Kilo Reis, das der Bauer dem Staat verkauft, bekommt er 2,5 Dong, auf dem Markt aber kostet das Kilo ungeschälter Reis 38 Dong."

Im Mekongdelta liegen neun Provinzen mit mehr als 2,5 Mio ha bestelltem

Boden, davon 2,3 Mio Reisfelder. Wie errechnet worden ist, könnte dieses Agrargebiet 40 von den 60 Millionen Landesbewohnern ernähren, wenn man den ganzen urbaren Deltaboden bestellen, die Be- und Entwässerungsanlagen modernisieren und neue bauen, mehr Düngemittel und Maschinen verwenden, kurz, die Voraussetzungen für zwei oder drei Ernten im Jahr statt wie jetzt einer auf den meisten Feldern schaffen würde.

Jetzt gibt es im Delta, von der Dschunkenniederung bis zum Kap Ca Mau, große Flächen, die im Krieg unbestellt blieben. Infolge der vandallischen Bombenangriffe und des Napalm- und Kampfstoffeinsatzes der Amerikaner ist die Gegend fast ausgestorben. Die Be- und Entwässerungsanlagen sind zerstört. Bleibt in den Tropen ein Feld nur 2 oder 3 Jahre lang unbestellt, dann



Duong Van Hiep, Direktor des Staatsgutes Dong Hai
Fotos des Verfassers

wachsen dort Gras und zähe Büsche. Es kostet viel Arbeit und Geld, den Boden wieder urbar zu machen.

Staatsgut Dong Hai

In der Provinz Minh Hai, der zweitgrößten im Delta, machte ich auf dem Staatsgut Dong Hai, das auf solchem vom Krieg mitgenommenen Land angelegt wurde, interessante Bekanntschaften.

Duong Van Hiep, der Direktor des Staatsguts, ist im Delta eines anderen Stroms, des Roten Flusses, im Landesnorden beheimatet. Er hat in Hanoi Landwirtschaft studiert, war Agronom und Genossenschaftsvorsitzender und ist mit etwa 300 Familien auf dieses verunkrautete Land gekommen. Alle verstehen sich auf den Reisanbau.

"Als ich das hier sah, wäre ich am liebsten umgekehrt. Natürlich hatte ich gehört, daß die Amerikaner auf das Mekongdelta viele Bomben abgeworfen

hatten. Ich habe die von amerikanischen Bomben angerichteten Verheerungen bei uns im Norden gesehen. Wie man aber Grund und Boden so zureichten kann, das hatte ich mir nie vorgestellt", sagte er.

Er reiste zurück in seine Heimatprovinz, um Leute zu holen. Aber er zögerte, denen, die schon zur Übersiedlung bereit waren, zu sagen, was er gesehen hatte. Er ging zum Sekretär des Provinzparteikomitees und trug ihm seinen Zweifel vor. Der Sekretär dachte nach und sagte: "Du mußt ihnen die ungeschminkte Wahrheit sagen. Macht nichts, wenn manche ausscheren. Wer bleibt, wird auf Schwierigkeiten gefaßt sein." Er befolgte den Rat. Nur zwei Familien gaben ihren Entschluß auf.

Anfangs war es schwer. Die Leute lebten sozusagen auf Staatskosten. Im ersten Jahr machten sie 76 ha nutzbar. Diese schwer errungenen Hektare bildeten aber das Sprungbrett für den weiteren Vorstoß. Im zweiten Jahr kamen aus der UdSSR Belarus-Traktoren, zwei Bulldozer, zwei Bagger, Rode- und andere Maschinen.

"Da ergab sich aber ein neues Problem", erzählt der Direktor. "Wo sollten wir die Fahrer hernehmen? Ich schrieb an das Parteikomitee meiner Heimatprovinz. Die dortigen Genossen dachten staatsmännisch, sie ließen einen Aufruf ergehen und stellten eine ganze Brigade auf. Der Kollege hier übernahm die Leitung" — er wies auf einen baumlangen Burschen, der gerade hereinkam. "Etwas Dringendes, Lam!"

"Nichts Besonderes, aber es muß erledigt werden."

"Also bittel!"

"Wir haben drei tüchtige Jungs für einen Maschinenschlosserlehrgang in Can Tho ausgesucht" (er nennt sie beim Namen).

"Das sind wirklich tüchtige Burschen", nickt der Direktor. "Gut, daß sie schon gedient haben. Also reichen wir ihre Papiere ein. Mit eigenen Maschinenschlossern sparen wir Geld und Zeit."

Wir gehen ins Freie. Einige Felderquadrato sind schon abgeerntet, auf manchen ist die Ernte im Gange, und auf anderen steht der Reis noch grün.

"Wir säen Reis mit verschiedenen Reifefristen, sonst schaffen wir's nicht. Fürs Säen und gleichzeitige Ernten haben wir nicht genug Leute", sagt der Direktor. "Bei uns wird ja vorläufig das meiste noch mit der Hand gemacht: das Pflanzen der Setzlinge, die Unkrautbekämpfung und Düngung. Beim Ernten wächst uns die Arbeit über den Kopf. Ich habe bei Ihnen in Krasnodar gesehen, wie die Mähdrescher Reis ernten — flink und gut. Man sagte mir allerdings, daß wegen Unzulänglichkeiten der Maschine Verluste vorkommen. Wir denken immer an das alte Sprichwort, daß eine Schale Reis eine Schale Arbeitsschweiß kostet. Natürlich ist es schade, etwas schwer Erarbeitetes zu verlieren."

Jetzt ist das Staatsgut Dong Hai ein Großbetrieb mit mehr als 500 ha Reisfeldern. Durchschnittlich werden vom Hektar über 50 dt Reis geerntet. Das kann sich sehen lassen. Der Durchschnittsertrag im ganzen Land einschließlich der südlichen Provinzen geht nicht über 25 dt hinaus. Wie hat das Staatsgut dieses glänzende Ergebnis erzielt?

"Die Hauptsache ist die Bewässerung", sagt der Direktor. "Der Boden hier ist fruchtbar, aber das Klima hat seine Nücken. Es gibt nur eine Regen- und eine Trockenzeit. Ohne Entwässerungsanlagen nützen die reichlichen Niederschläge wenig. Wenn der Boden mit Feuchtigkeit gesättigt ist, nimmt er nicht mehr auf, und das Wasser fließt in den Mekong und ins Meer. Danach kommt die Trockenzeit, und die Tropen-sonne entzieht dem Boden nicht nur die Feuchtigkeit, sondern auch alle Säfte. Da braucht man Gewässer, Kanäle und Pumpen. Wir haben über 200 km Kanäle verschiedener Bestimmung gestochen."

Könnten Sie es auf noch reichere Ernten bringen?" frage ich.

"Das haben mich einmal Kolchosbauern in Krasnodar auch gefragt. Ich habe ihnen genauso geantwortet wie jetzt Ihnen: Ja, das könnten wir. Sogar das Doppelte und Dreifache könnten wir erzielen. Auf dem hiesigen Boden und beim hiesigen Klima ist das nicht allzu schwer. Was wir brauchen, sind Düngemittel, Maschinen, eine vernünftige Wirtschaftsführung und eine Verbindung der Interessen des Staates mit denen der Werktätigen. Ich bin fest davon überzeugt, daß das nicht nur in den Deltas des Mekong und des Roten Flusses, sondern auch in den übrigen Provinzen zu schaffen ist."

Im Mekongdelta wird aber nicht nur Reis angebaut. Dort werden auch viele Früchte, besonders Agrumen und Ananas, geerntet. In Ben Tre und Hau Giang nehmen Pflanzungen von Kokospalmen fast 80 000 ha ein. Die Palmen tragen jährlich rund 20 Mio Kokosnüsse, aus denen das wertvolle Kokosöl für Süßwaren, Nahrungsmittel und Kosmetika gewonnen wird. Schon in den nächsten Jahren soll die Zusammenarbeit der UdSSR und Vietnams bei der Ausdehnung der Kokospalmpflanzungen zu größeren Lieferungen dieses wertvollen Erzeugnisses an unser Land führen.

Der VI. Parteitag der KP Vietnams hat diesem Land die gewiß nicht leichte Aufgabe gestellt, am Ende des Planjahres 22–23 Mio t Nahrungsmittel zu produzieren. Das wird viel Mühe, neue Investitionen in der Landwirtschaft sowie Umstellungen im Führungsstil und im Denken kosten. Überall in Vietnam hofft man, schon dieses Jahr mit der Erfüllung dieser Aufgabe voranzukommen.

Michail DOMOGAZKICH

Hanoi

DISKUSSION
MIT DEM LESER



Es diskutiert
der Chefredakteur
von „Rude Pravo“ (Prag).
Zdenek HORENI

Eine wahre Revolution

Neben Ihrem Brief, Herr Grajneder, las ich in der NZ-Redaktion einen Brief Frau Elsa Jors aus der BRD. Sie trauert dem „Prager Frühling“ von 1968 nach, spricht sehnsuchtsvoll von einem „Sozialismus mit offenem Gesicht“ und behauptet, erst jetzt, mit dem Umbau, ziehe die UdSSR Lehren aus dem Jahr 1968 in der CSSR und dem Jahr 1980 in Polen...

Die Briefe sind widersprüchlich, wir wollen deshalb ausführlicher darauf eingehen.

Zunächst zum Wesen des „Sozialismus mit offenem Gesicht“.

Das Leben, der von uns erlebte historische Zeitabschnitt haben klar gezeigt: Das, was 1968 in der Tschechoslowakei, 1956 und 1980 in Polen geschah, ist nicht anders zu bewerten denn als Offensive der Konterrevolution - natürlich nicht, um den Sozialismus zu vervollkommen, sondern um ihn zu beseitigen. Die Konterrevolution hüllte sich damals in sozialistische Gewänder, das stimmt. Doch war sie etwa daran interessiert, Flagge zu zeigen? Die Erfahrungen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ließen bereits Lenin diese Methode des Kampfes klar reaktionär, die innerhalb der sozialistischen Gesellschaft agiert, aufdecken - sich als Anhänger des Sozialismus auszugeben. Der Antikommunismus greift jedesmal zu

dieser Taktik, wenn er mit offenen antisozialistischen Ausfällen nicht auf Erfolg hoffen kann. Dann verwendet die Reaktion ein ganzes Arsenal von Methoden der psychologischen Kriegführung, die das einzige Ziel verfolgen, den Revisionismus wiederzubeleben. So war es in Ungarn und in Polen Mitte der 50er Jahre, in der Tschechoslowakei Ende der 60er Jahre und wieder in Polen - im Jahr 1980.

Ein sehr wesentliches Detail: Die antisozialistischen Kräfte, die sich in sozialistische Gewänder hüllen, versuchen nicht selten die marxistisch-leninistischen Parteien mit der gleichen Methode zu diskreditieren - sie schmätzen an der Kritik von Fehlern und Mängeln, der sich diese Parteien selbst unterzogen!

Ebenso - und das belegen Dokumente

- war es in Ungarn, als im März 1955 das ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen die falschen Methoden bei der Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung seiner Landwirtschaft verurteilte und den richtigen Beschluß faßte, gegen die linken Dogmatiker und diejenigen, die die sozialistische Gesetzlichkeit verletzen, vorzugehen. Leider schafften es die ungarischen Kommunisten damals nicht, diesen Beschluß zu verwirklichen.

Genau so verhielt es sich in Polen, als im Oktober 1956 antisozialistische Kräfte, die die Unzufriedenheit der Werktätigen auszunutzen suchten, Unruhen im Land provozierten. Auch hier nutzten die Feinde des Sozialismus Schlußfolgerungen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, die verlangt hatte, Fehler, von denen das Plenum des ZK bereits im März gesprochen hatte, zu beseitigen.

Die gleiche Lektion wurde in den 60er Jahren auch der Tschechoslowakei erteilt. Auch bei uns war der Weg zum Sozialismus nicht einfach. Probleme tauchten auf und Lösungen wurden gesucht, die Fehler und tragischen Irrtümer aber wurden viel zu langsam korrigiert. Die Diskussion am Vorabend des XIII. Parteitag der KPTsch von 1966 deckte viele unserer Fehleinschätzungen beim sozialistischen Aufbau auf.

Doch die Beschlüsse des Parteitages sollten nicht konsequent verwirklicht werden. Von unserer Langsamkeit machten die Rechten Gebrauch, indem sie dazu aufriefen, die Generallinie der Partei zu revidieren, ihre organisatorischen Prinzipien, die politische und ökonomische Struktur des Sozialismus zu untergraben. Die heuchlerische Lösung vom „Sozialismus mit offenem Gesicht“ diente den Rechtskräften nur als demagogische Tarnung, was bald bei der Treibjagd auf ehrliche Kommunisten und andere Anhänger des Sozialismus deutlich wurde. Die gleiche Situation entstand später in Polen, und noch erschreckendere Beispiele lassen sich in den ungarischen Ereignissen von 1956 finden, als Konterrevolutionäre direkt auf der Straße Kommunisten erschossen...

In das andere Extrem verfallen Herrn Grajneder und einige andere meiner Landsleute, die eine Abkehr der UdSSR von sozialistischen Prinzipien befürchten. Sind solche Bedenken auch nur entfernt berechtigt?

Das Wesen des Umbaus, der sich in der UdSSR vollzieht, besteht in der Aktivierung aller Glieder des politischen Systems und in einer erweiterten Teilnahme der Massen an der Leitung der Gesellschaft, d. h. in der Vervollkommnung der sowjetischen Demokratie, in der umfassenden Realisierung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes auf der Grundlage der realen Teilnahme der Werktätigen, ihrer Kollektive und Organisationen am staatlichen und gesellschaftlichen Leben. Steht das etwa im Widerspruch zum Sozialismus?

Sie fürchten die Folgen der Selbstverwaltung. Doch mit Selbstverwaltungsprozessen (als deren organisierende Kraft die Kommunistische Partei auftritt) ist das Funktionieren des gesamten politischen Systems, vor allem die Tätigkeit der Sowjets der Volksdeputierten, verbunden. Diese Tätigkeit entsprach, wie die sowjetischen Kommunisten eingestanden, in den letzten Jahren nicht den heutigen Anforderungen.

Der Umbau in der UdSSR hat die Rechte der Arbeitskollektive erweitert, zur Erhöhung ihrer Produktions- und politischen Aktivität beigetragen. Konsequenter werden die Prinzipien des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaft verwirklicht, der sozialistische Unternehmungsgeist behauptet sich. Hierbei werden die Rechte der Betriebe

erweitert, einschließlich der Praxis, ihre Leiter zu wählen.

Darin sehen Sie eine Demontage des Sozialismus? Im Gegenteil: Der Sozialismus wird durch die Beseitigung der Schlamperei und der Verantwortungslosigkeit, dadurch, daß in der Produktion für Ordnung gesorgt wird, nur gestärkt. Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Kollektive aber ist von der Vervollkommenheit des gesamten Leitungssystems der Produktion, von einer verbesserten Planung nicht zu trennen.

Und weiter. Neben der Vervollkommenheit der Demokratie in der Produktion ist man in der Sowjetunion an die Vervollkommenheit auch anderer Formen der Demokratie gegangen: Viel aufmerksamer als früher wird die Meinung der Öffentlichkeit berücksichtigt, werden negative Erscheinungen in der Arbeit des Staatsapparats, der Arbeitskollektive und der Massenorganisationen beseitigt. Wo liegt denn da der Widerspruch zu sozialistischen Prinzipien?

Die Partei und nicht irgendjemand sonst leitet die Prozesse des Umbaus, der Festigung und der Entwicklung des politischen Systems des Sozialismus, der Konsolidierung der rechtlichen Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, der Vervollkommenheit des staatlichen und des wirtschaftlichen Mechanismus. Gerade die Partei trägt durch ihr eigenes Beispiel dazu bei, daß die Transparenz größer wird...

Das ist eine wahre Revolution im gesamten System der gesellschaftlichen Beziehungen, im Bewußtsein der Menschen, in ihrer Mentalität und im Verständnis der Aufgaben, die der stürmische wissenschaftlich-technische Fortschritt hervorbringt! Wie kann es da eine Parallele zu den Handlungen der konterrevolutionären Kräfte geben, die in der Tschechoslowakei, in Polen und Ungarn versuchten, den Sozialismus zu beseitigen, um ihn zu „vervollkommen“?

Und noch etwas. Zum Privatbesitz. Weder in der UdSSR noch bei uns in der CSSR besteht die Absicht, die kollektive Leitung der Produktion und der Verteilung des Nationaleinkommens zu beseitigen. Im Gegenteil, wir wollen eine effektivere Leitung der Wirtschaft. Wir sind an der Vervollkommenheit der sozialistischen Prinzipien für die Entwicklung unserer Gesellschaft interessiert. Wer sich der Sache des Sozialismus verbunden fühlt, sollte keine Angst vor den Folgen einer solchen Vervollkommenheit, vor dem Umbau haben.

MEINUNGEN

Toleranz und Respekt lernen

In letzter Zeit wird in meinem Land viel über die italienischen Kriegsgefangenen in Polen in den Jahren 1943–1945 geschrieben. Ich gehöre zu ihnen. Ich war in einigen Konzentrationslagern. Das letzte von ihnen, das ich durchließ, war in Gdansk (Danzig). Sowjetische Soldaten befreiten mich, und ich bin ihnen unendlich dankbar. In jenen schrecklichen Tagen war die Hoffnung auf das baldige Kommen der Russen die einzige Hoffnung für die Häftlinge der Hitlerfaschisten...

Ich schreibe Ihnen heute, weil selten Dank an das

Sowjetvolk dafür, daß es im zweiten Weltkrieg ein so großes Opfer brachte, zu hören ist: Die UdSSR verlor bei der Befreiung Europas vom Nazi-Joch über 20 Millionen ihrer Söhne und Töchter. Bei uns in Italien aber ist nur immer wieder zu vernehmen, die Russen seien ganz schlimm...

Vor einigen Jahren besuchte ich Moskau und Leningrad, und alle, denen ich begegnete, waren sehr freundlich zu uns. Ich selbst sah, wie überall billig in Ihrem Land die Verkehrsmittel sind, erfuhr, daß medizinische Betreuung ebenso wie Bildung kostenlos

sind, daß Arbeit für alle da ist und es folglich keine Arbeitslosigkeit mit ihren unvermeidlichen Tragödien gibt.

So gewann ich den Eindruck, daß die bürgerliche Presse maßlos übertreibt. Und bei Ihnen wäre alles noch besser, wenn Ihr wegen des von den USA entfesselten Wettübens nicht wahnsinnige Summen für die Verteidigung ausgeben müßte.

Ich weiß, daß es gute und schlechte Menschen gibt, doch ich meine, man muß endlich aufhören, jene, die dir nicht gefallen, ständig mit Dreck zu überhäufen. Wenn wir auf unserem Planeten in Frieden leben wollen, müssen wir den Menschen Achtung vor den anderen, Toleranz und Kameradschaftlichkeit beibringen.

Nicola ROSA
Rovereto, Italien

LESER ALS REPORTER

Dieses Foto schickte uns der bundesdeutsche Bildreporter Klaus Rose



Gemeinschaftsunternehmen: neue Wege, viele Fragen



meint der Direktor des Unions-Forschungsinstituts für Außenwirtschaftsbeziehungen beim Staatskomitee für Außenwirtschaft des Ministerrats der UdSSR, Prof. I. FAMINSKI, im Gespräch mit NZ-Korrespondent V. Firssow.

Prof. I. Faminski (links) und Dr. V. Firssow.

V. F. Bei gemeinsamer unternehmerischer Tätigkeit als einer für uns relativ neuen Form der Außenwirtschaftsbeziehungen wird oft die NÖP erwähnt, wodurch sozusagen eine Brücke zu den 20er Jahren geschlagen wird. Wie berechtigt ist ein solcher Vergleich?

I. F. Unsere Partei war, als sie die Neue Ökonomische Politik verkündete, bemüht, die Aufgabe des Wiederaufbaus der vom Krieg zerstörten Wirtschaft zu lösen und Rußland auf den damaligen Stand der kapitalistischen Industrieländer zu heben. Die gemeinsamen Unternehmen, die wir heute aufbauen, sollen hingegen unsere Teilnahme an der internationalen Spezialisierung und Kooperation intensivieren. Folglich unterscheiden sich diese beiden Entwicklungsstadien grundsätzlich voneinander.

V. F. Und doch können die Erfahrungen der NÖP nicht einfach ignoriert werden. Die NÖP zeigte die verborgenen Möglichkeiten, über die wir verfügen. Ihre Erfahrungen helfen auch zu klären, in welchem Maß die Heranziehung von Auslandskapital für uns annehmbar ist und daß sie den Grundprinzipien des Sozialismus nicht widerspricht - zum Beispiel dem staatlichen Außenhandelsmonopol.

I. F. Das Außenhandelsmonopol war 1918 auf Initiative Lenins eingeführt worden. Es besagt, daß der Außenhandel das Vorrecht des Staates ist, der bestimmt, wem und in welchem Umfang er die Außenhandelsoperationen anver-

traut. Doch seine Organisationsformen können sich je nach den Aufgaben, die der Staat in einem bestimmten Zeitraum lösen will, ändern.

Übrigens hatte Lenin als Initiator des Außenhandelsmonopols mit dessen Gegnern selbst in der Partei zu kämpfen, wobei er klarmachte, daß am Außenhandel nicht nur das zuständige Volkskommissariat teilnehmen solle, sondern auch andere staatliche Organisationen, einschließlich jener, die nur mit dem Binnenhandel befaßt sind. Vor allem hielt er die Beteiligung an Aktiengesellschaften - von gemischten Gesellschaften, in denen neben der sowjetischen Seite Auslandskapital vertreten wäre - für möglich. Im Erlaß des Zentralexekutivkomitees der UdSSR „Über den Außenhandel“ vom 13. März 1922 war von der Möglichkeit die Rede, Auslandskapital für die Bereitstellung von Exportgütern, für deren Absatz im Ausland und für die Einfuhr von Waren, die für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft und den Warenumsatz erforderlich waren, heranzuziehen.

V. F. Die unternehmerischen Aktivitäten unter Beteiligung von Auslandskapital waren damals nur begrenzt. Nichtsdestoweniger erlaubte es der verglichen mit heute nicht allzu große Umfang des Außenhandels die verschiedensten Unternehmen dafür zu gewinnen und viele Formen der Zusammenarbeit zu nutzen.

I. F. Trotzdem war bei uns recht lange die Vorstellung verbreitet, das Außenhandelsmonopol sei faktisch ein Mono-

pol allein des Außenhandelsministeriums. Eine solche Rollenverteilung begann sich in den 30er Jahren herauszubilden, als die großen Außenhandelsvereinigungen den Handel mit gewissen Waren für sich behielten. Damals war das erforderlich, da so der Handel - weitgehend mit Rohstoffen - konzentriert werden konnte. Doch jetzt, da wir nicht nur den Export von Industriewaren, Maschinen und Ausrüstungen intensivieren, sondern auch die internationale Zusammenarbeit bei deren Produktion einleiten wollen, kann uns eine solche Organisationsform nicht befriedigen. Deshalb suchen wir jetzt wieder nach neuen Formen. Eine von ihnen sind gemeinsame Unternehmen.

Natürlich sollen sich unsere Geschäftsbeziehungen nicht darauf beschränken. Nicht weniger aussichtsreich sind z. B. auch Direktbeziehungen zwischen Unternehmen. Spezialisierung und Kooperation, wiederum auf der Ebene von Produktionsbetrieben, mit sozialistischen und kapitalistischen Staaten sowie Entwicklungsländern können weiterentwickelt werden. Natürlich ist das für uns etwas Neues, und dabei treten diverse Probleme auf.

V. F. Offenbar decken sich unsere Interessen und die unserer potentiellen Partner weitaus nicht immer.

I. F. Unsere westlichen Partner meinen oft, die Schaffung gemeinsamer Unternehmen werde ihnen ermöglichen, unseren Markt zu erschließen und so ihre Gewinne zu vergrößern. Doch eine

solche einseitige Orientierung gemeinsamer Unternehmen würde unsere Devisenausgaben steigern, was ohne die entsprechende Zunahme des Exports eine negative Zahlungsbilanz nach sich ziehen kann. Damit ein gemeinsames Unternehmen die erforderlichen Rohstoffe und Ausrüstungen nicht nur auf dem Binnenmarkt, sondern auch im Ausland kaufen kann, damit Mittel als Gewinn sowie als Löhne und Gehälter für das ausländische Personal usw. überwiesen werden können, muß also ein Teil der Erzeugnisse von dem gemeinsamen Unternehmen exportiert werden kann.

Der Staat kann und darf sich nicht in die Tätigkeit des gemeinsamen Unternehmens einmischen, doch er ist auch nicht verpflichtet, dessen Devisenausgaben zu decken. Deshalb ist Devisenrentabilität das Hauptprinzip. Die Aufgabe besteht nicht nur darin, mittels dieser Betriebe die Binnennachfrage zu befriedigen, sondern auch durch Hebung des technischen Produktionsstandes konkurrenzfähigere Erzeugnisse, die einen verstärkten Export ermöglichen, zu produzieren.

V. F. Ich meine, bisweilen dürfte es sinnvoller sein, auch solche gemeinsamen Unternehmen, die ihre Devisenausgaben nicht voll decken können, aufzubauen. Dafür erlauben sie, die Einfuhr von Erzeugnissen wesentlich zu verringern, was zu einer Einsparung von Devisen führt.

I. F. Natürlich. Bei Erzeugnissen, die bei uns nicht produziert werden, würden es solche Unternehmen ermöglichen, die Einfuhr zu verringern.

V. F. Unwillkürlich stellt sich die Frage nach der Rentabilität gemeinsamer unternehmerischer Tätigkeit, danach, welche ökonomischen Hebel sie regeln sollen.

I. F. Für die gemeinsamen Unternehmen wird eine Steuer von 30 Prozent auf den Gesamtgewinn und zusätzlich von 20 Prozent, falls der ausländische Partner seine Gewinne ins Ausland transferieren will, festgelegt. Ist das viel oder wenig?

Der Aufbau eines gemischten Unternehmens bei uns ist nur dann sinnvoll, wenn seine Einnahmen zumindest die Durchschnittsrentabilität in der Sowjetunion - etwa 14 bis 15 Prozent - erreichen. Bei einem solchen Rentabilitätsstand macht der Reingewinn des ausländischen Partners bei Auslandstransfer 7 bis 8 Prozent aus. Wenn dieser Gewinn aber in der UdSSR wiederangelegt wird, dann ist er noch höher - ca. 10 Prozent, da die 20prozentige Außenhandelssteuer entfällt. Ist der Reingewinn aber überdurchschnittlich - was durchaus möglich ist, da das gemeinsame Unternehmen effektive Technologie einsetzt -, dann werden die Gewinne der ausländischen Teilnehmer noch höher sein. Ein Reingewinn von 7 bis 8 Prozent, manchmal auch von 5 Prozent, gilt im Westen als durchaus normal und annehmbar.

V. F. Doch wenn wir Auslandsinvestoren gewinnen wollen, müssen wir doch günstigere Bedingungen schaffen als andere Länder?

I. F. Wir meinen, daß unsere Bedingungen günstig genug sind. Überdies ist in den ersten zwei Jahren Steuererlaß vorgesehen. Natürlich ist das kein sonderlich langer Zeitraum angesichts unserer Baufristen. Doch das soll erstens die Beschleunigung der Bauvorhaben und den schnellen Produktionsausstoß stimulieren. Und zweitens können gemischte Unternehmen in kapitalaufwendigen und Hochtechnologiebereichen, die in den ersten Jahren mehr Geld verlangen, zusätzliche Steuervorteile beantragen.

V. F. So werden z. B. solche Unternehmen in einigen Bereichen in Ungarn für fünf Jahre von der Steuer befreit und ab dem sechsten Jahr macht die Steuer nur 20 Prozent aus.

I. F. Vergessen Sie nicht, daß unser Markt Vorzüge besitzt, die andere Länder nicht aufweisen: Er ist sehr groß und besitzt zudem enorme Rohstoffressourcen. Daher auch das Interesse an unseren Angeboten. Wir erhielten schon über 200 Offerten von Firmen, die an gemeinsamer unternehmerischer Tätigkeit interessiert sind.

Anfangs wird offenbar nur eine relativ kleine Zahl gemeinsamer Unternehmen entstehen. Dann wird man sehen, wie eine solche Form der Zusammenarbeit in unserer Wirtschaft funktioniert.

Nicht ausgeschlossen, daß auch einige andere Probleme auftauchen werden, über die wir noch nicht gesprochen haben - so etwa das Problem von Vertragspreisen und deren Abhängigkeit von Schwankungen der Weltkonjunktur.

V. F. Und mögliche politische Schwankungen? Denn die Zusammenarbeit mit dem Westen in Hochtechnologiebereichen wie der Elektronik, dem Roboterbau und der Lasertechnik ist durch die Verbote des COCOM, des Koordinierungsausschusses der NATO für Ost-West-Handelspolitik, gesperrt. Folglich können nur Firmen, die Konsumgüter, Waren für den agroindustriellen Komplex und den Dienstleistungsbereich erzeugen, zuverlässige Partner sein...

I. F. Nicht nur sie. Heute werden Angebote auch für den Aufbau von Unternehmen der Chemie-, der Holzindustrie und des Maschinenbaus erörtert. Natürlich wirken sich die im Westen bestehenden Beschränkungen für den

Hochtechnologietransfer hemmend auf unsere künftigen Partner aus. Viele westliche Firmen fragen die Politiker ihrer Länder, wie sinnvoll eigentlich derartige Beschränkungen sind. Die Unternehmen verpassen nicht nur die Gelegenheit, ihre Gewinne zu steigern, sie verlieren den Zugang zu wissenschaftlich-technischen Entwicklungen in der UdSSR.

V. F. Im Westen ist man sich bewußt, daß die UdSSR ein nicht geringes wissenschaftliches Potential besitzt, und in manchen Gebieten der Grundlagenforschung haben wir das Ausland hinter uns gelassen. Allerdings mangelt es uns, ehrlich gesagt, bisweilen an Erfahrungen, um technische Neuheiten schnell in die Massenproduktion zu überführen und ihren Absatz zu organisieren. Über solche Erfahrungen verfügen gerade ausländische Firmen. Unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse plus ausländische Erfahrungen bei Massenproduktion und Absatz - das ist eine aussichtsreiche Richtung gemeinsamer unternehmerischer Tätigkeit... Gibt es Angebote westlicher Firmen, gemeinsame Unternehmen gerade dieses Typs aufzubauen?

I. F. Die Initiative muß wohl vor allem von uns ausgehen. Wir selbst müssen neue technische Gedanken offerieren und für deren Realisierung ausländische Partner gewinnen. Ich meine, daß dieser Aspekt der Außenwirtschaftstätigkeit von der Industrie und von Forschungseinrichtungen der UdSSR gründlicher geprüft werden muß. Das Staatskomitee für Wissenschaft und Technik der UdSSR könnte sich intensiver damit befassen. Natürlich sollten wir ausländische Erfahrungen übernehmen.

So entstanden im Westen in den letzten Jahren nicht wenige, meist kleinere Einführungs-, Engineering-, Marketing- und Konsulting-Firmen, die dafür gewonnen werden könnten, wissenschaftlich-technischen Neuentwicklungen aus der Sowjetunion den Weg auf den Weltmarkt zu bahnen.

Eine derartige Form der Zusammenarbeit scheint ebenfalls für beide Seiten vielversprechend zu sein. Es gibt einige Bereiche für geschäftliche Zusammenarbeit, bei denen unkonventionelles Denken helfen könnte, beiderseits vorteilhafte Projekte zu verwirklichen. Wir sind seriös und langfristig zu einer solchen Zusammenarbeit bereit.

Diplomatenreffen

Die in Moskau akkreditierten Chefs der diplomatischen Vertretungen und für Wissenschaftsfragen zuständigen Botschaftsräte trafen mit dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Akademiemitglied Guri Martshuk, zusammen. Die Diplomaten besuchten anschließend eine Ausstellung von Publikationen des Verlags Nauka.

Die Protokollabteilung des Außenministeriums der UdSSR hatte das Zusammentreffen organisiert.

Hinter dem Panorama Kabuls glitzern noch die Schneegipfel des Hindukusch, aber der Frühling hat den lang ersehnten Regen schon niedergehen lassen. Straßenhändler bieten noch feuerrote Tulpen aus den Gebirgsausläufern feil, doch man ahnt schon den Glutatem des nahenden Sommers. Am 27. April werden auf dem Platz zwischen der Regierungstribüne und der Kabuler Freitagsmoschee Blaskapellen Märsche spielen, werden Truppen in Gala marschieren und die Städter demonstrieren. Als die wichtigsten Tage in den neun Jahren, die die Demokratische Republik Afghanistan besteht, werden Historiker einst aber die 100 Tage vor dem neunten Jahrestag bezeichnen — die 100 Tage, seitdem die Regierung den Waffenstillstand im Bruderkrieg, der hier acht Jahre lang gefobt hat, ausrief.

Der Wille des Volkes

Aber verlieren wir uns nicht in Zahlen. Der 15. Januar 1987, der Tag, an dem es geschah, war natürlich nur ein Meilenstein auf dem Weg zum nationalen Kompromiß. Die Grundsätze für die Politik der Versöhnung wurden Ende 1985 auf dem 16. Plenum des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans formuliert. Erst die jetzige Parteiführung hat energische Schritte zu ihrer Verwirklichung unternommen.

Der starke Rückhalt, den der Gedanke an beiderseitige Zugeständnisse um des Friedens in Afghanistan willen bei weiten Kreisen gefunden hat, widerlegte die Behauptung westlicher "Afghanologen", die Versöhnungspolitik sei importiert. In diesem Land mit seinen weitverzweigten Familien, deren feste Genealogie das Modell der Gesellschaft gleichsam von selbst reguliert und Muster staatlicher Einrichtungen, angefangen von den wirtschaftlichen bis zu den rechtlichen und politischen, darstellt, können Feinde, die Afghanen von Afghanen ausrotten lassen wollen, auf die Dauer keinen Erfolg erwarten.

Wie aber Afghanen mir gegenüber wiederholt betont haben, bedeutet ein gesamtnationaler Kompromiß um des höchsten Zieles — der Wiederherstellung von Ruhe und Frieden — willen, keineswegs, daß die Revolution drauf und dran ist, die eroberten sozialen Positionen zu räumen. Die Werktätigen wollen keine Rückkehr zu den vorrevolutionären Zuständen, ebensowenig wie ein Fortdauern des Bruderkriegs. Sie fordern, daß die nationaldemokratische Revolution zu Ende geführt, daß ihre Methoden demokratisiert und auf die Lebensinteressen und Bedürfnisse der ganzen afghanischen Gesellschaft eingestellt werden.

Das Ehrenmal der Helden der April-Revolution in Kabul



**Das afghanische Volk begeht
den neunten Jahrestag seiner
Aprilrevolution in schwerem
Kampf um die nationale Versöh-
nung**

Hundert historische Tage

Wadim OKULOW

Die Demokratische Volkspartei trägt diesen Bestrebungen Rechnung. Sie korrigiert frühere Fehler, die es den Feinden der Revolution ermöglichten, die Vorgänge im Land nicht als Folge der Einmischung imperialistischer Kräfte, sondern als Bürgerkrieg hinzustellen. Die Unterschätzung des Islams und der Stamme Traditionen sowie der Rolle des Privatkapitals bei der wirtschaftlichen Entwicklung hat ein Ende, die Prinzipien für die Boden- und Wasserreform werden präzisiert. Im vergangenen Jahr wurden energische Schritte zur Erweiterung des sozialen Rückhalts der Macht unternommen. Die Partei perfektioniert sich selbst, sie festigt ihre Verbindungen mit dem Volk und gibt bürokratische Methoden auf und macht sich, statt endlos Kundgebungen abzuhalten, an die Arbeit. Sie urteilt nüchtern und mit Realitätssinn.

Vor kurzem sagte Najib, der Generalsekretär des ZK der DVPA, auf meine diesbezügliche Frage: "Die Partei stößt bei ihrer Umstellung auf allerlei Hindernisse. Stellenweise ist der Widerstand auf Mißverständnisse, auf das Widerstreben zurückzuführen, auf neue Art zu arbeiten. Wir wollen die Umstellung aber zielbewußt vornehmen, denn sie setzt die Revolution fort."

Friedliche

Offensive

Die Strategie der Partei besteht darin, die Einstellung des Volkes auf den Frieden zu realisieren. Die DVPA hat die Initiative fest in Händen und beabsichtigt die Bildung einer breiten Koalitionsregierung. Unter anderem hat sie die Oppositionellen zu Verhandlungen über die Zusammensetzung der Regierung in Kabul oder in einer beliebigen neutralen Hauptstadt aufgefordert.

Die DVPA setzt ihre friedliche Offensive fort. Anfang April hat Najib die Fertigstellung eines Verfassungsentwurfs für die DRA bekanntgegeben und ihn dem ganzen Volk als Diskussionsgrundlage angeboten. Er hat es zur Kritik und zu eigenen Vorschlägen aufgefordert.

Täglich laufen in Kabul Meldungen darüber ein, daß bewaffnete Gruppen zur demokratischen Republik übergetreten sind. Über 20 000 Rebellen haben die Waffen gestreckt. Banden oder Gruppen mit insgesamt mehr als 1000 Mitgliedern sind für Verhandlungen gewonnen worden. Kleine und mittelgroße Banden zeigen sich zu Kontakten mit den Behörden bereit. Der bewaffnete Kampf wird größtenteils von großen Söldnerbanden fortgesetzt, die von außen, vorwiegend von den USA, ausgerüstet und vorgeschickt werden.

In den ersten Tagen des Waffenstillstands war eine gewisse Euphorie zu beobachten. Viele glaubten, der ersehnte Frieden stehe schon vor der Tür. Sehr bald aber zeigte es sich, daß noch ein langwieriger Kampf um den Frieden bevorsteht und den Kämpfern Beharrlichkeit und Ausdauer abverlangt. Fast überall, wo ich letzthin war, hat sich die Situation zugespitzt. So sieht eben die ernüchternde Dialektik des Kampfes aus. Die zunehmende Einmischung der imperialistischen Kräfte wirkt sich folglich noch immer unmittelbar aus.

Auf Kommando der in Pakistan sitzenden Rädelsführer der Konterrevolution unternehmen große Duschmaneneinheiten alles, um den Waffenstillstand zu stören. In einigen Provinzen werden Standorte der Regierungstruppen oder des sowjetischen Militärkontingents öfter

als bisher beschossen. Selbst vor Überfällen auf sowjetisches Territorium wird nicht haltgemacht. Mitglieder lokaler Sonderausschüsse für die nationale Versöhnung (an die 1300 im Lande) fallen Terrorakten zum Opfer. In der Provinz Nangarhar haben Banditen den 65jährigen Lehrer Inayatullah, Vorsitzenden des Kreisausschusses, gesteinigt. In Kunduz ist Arezbegi, Leiter des Provinzausschusses, ermordet worden. In Kandahar müssen die Mitglieder des Präsidiums des Provinzausschusses praktisch in die Illegalität gehen, denn ein Duschmanengericht hat diese Patrioten zum Tode verurteilt.

Die Duschmanen verfolgen die Taktik, der Bevölkerung wahrheitsgetreue Informationen über die Politik der nationalen Versöhnung vorzuenthalten. Dazu blockieren Banden z. B. die Kreisstädte, in die Dörfler kommen, um zu erfahren, was die Volksmacht für die Einstellung des Blutvergießens tut.

Mit der Zeit aber werden Tatsachen anderer Art häufiger.

Ich spreche mit dem ehemaligen Duschmanen Mohammad Kasim. Er leugnet nicht, was die Bande tat, in der er der zweite Mann war: Sie überfiel Transporte, plünderte Bauernhöfe, scheute vor Gewaltakten nicht zurück und ermordete aktive Parteimitglieder. Dafür waren er und seinesgleichen in einem Lager bei Peshawar von einem pakistanischen Berater gedrillt worden. Man hatte ihn zwar unter Drohungen in die Bande gepreßt, er kam aber 6 Jahre den Befehlen von jenseits der Grenze gehorsam nach. Dort befand sich nämlich seine Familie in einem Flüchtlingslager. Hätte er aufbegehrt, so hätte die Familie darunter zu leiden gehabt.

Mohammad hatte das vogelfreie Leben bis obenhin satt. Als er vom Waffenstillstand hörte, kam er mit 20 Kameraden zu den afghanischen Behörden und streckte die Waffen. Jetzt nimmt er am schonungslosen Kampf gegen seine früheren "Waffenbrüder" teil. Es ist ihm gelungen, die Familie aus Pakistan ins sichere Jalalabad zu holen.

Eins macht seine Erzählungen bemerkenswert: Wenn es gelänge, die Familien sicher in ihre Heimatdörfer zu bringen, dann hätten zahlreiche des Räuberdaseins müde Banden Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen.

Viele meiner afghanischen Freunde sind der Meinung, daß der Erfolg der Versöhnung in erster Linie davon abhängt, wie schnell das Flüchtlingsproblem gelöst wird.

Die konterrevolutionäre Führung verhindert gemeinsam mit den Behörden Pakistans und des Irans jeden Versuch von Lagerinsassen, den Heimweg anzutreten. Sie machen Versprechungen, drohen und berufen sich immer wieder auf den Islam. Einmal ging Gulbuddin Hikmatyar, der Führer der Islamischen

Partei Afghanistans, in eigener Person, den Koran schwenkend, in einem Flüchtlingslager Witwen entgegen, die heimkehren wollten. Gewöhnlich aber werden Heimkehrer mit Schüssen am Weitergehen gehindert. So machten sich am 3. März etwa 100 Afghanen im Lager Parachinar in Pakistan zur afghanischen Grenze auf und suchten mit Gewalt durchzukommen. Bei dem Zusammenstoß mit Leuten Gulbuddins, die ihnen den Weg versperren, fielen auf beiden Seiten 18 Personen und wurden 20 verwundet.

Schwerer Heimweg

Pakistanische Gruppierungen und Duschmanenbanden sperren die Gebirgspässe an der Grenze. Wer

Schmuggler, die es übernehmen, eine Flüchtlingsfamilie auf Geheimpfaden nach Afghanistan hinüberzuschmuggeln, nehmen 20 000 Afghani dafür, genau soviel, wie sie vor einigen Jahren von den durch die Konterrevolution betrogenen Afghanen für das Geleit in umgekehrter Richtung kassierten.

"Diese Rechenexempel spiegeln den kardinalen Umschwung in der politischen Situation und in der Einstellung der Menschen doch sehr genau wider, nicht wahr?" sagt Shark.

Die Sehnsucht nach der Heimat ist stärker als alle Drohungen und Gewaltakte. Die Heimkehrer lassen sich auch durch die unerschwinglichen Preise für Schmugglerdienste nicht aufhalten. In Kabul wurde unlängst mitgeteilt, daß seit



Leute der Bauernwehr. Sie verteidigen ihr Dorf gegen die Duschmanen

Foto: L. Mironow

durchkommt, den versuchen Duschmanen, die im afghanischen Grenzgebiet ihr Unwesen treiben, dort abzufangen. Zahlreiche afghanische Familien werden im Iran festgehalten.

Hasan Shark, Leiter des Flüchtlingsdezernats im Ministerrat der DRA, sagte mir folgendes: "Die jetzige Politik der pakistanischen und iranischen Behörden, mit der sie die Heimkehr der afghanischen Emigranten verhindern, liegt nicht im Interesse einer politischen Regelung."

Bekanntgabe des Waffenstillstandes über 40 000 Afghanen heimgekehrt sind.

Das sind viele, wenn man bedenkt, was für Schwierigkeiten sie haben. Und doch sind es wenige, gemessen an der Zahl der Flüchtlinge in Pakistan allein, die in Kabul auf mindestens anderthalb Millionen geschätzt werden.

Vom Schützenpanzerwagen der afghanischen Armee aus sichtete ich bei Ganikheil, einem Dorf in der Provinz Nangarhar, ein Zeltlager. An den wichtigsten afghanischen Straßen sind

acht solche Auffanglager für Heimkehrer eingerichtet. Da können sie sich 2-3 Tage aufhalten, essen, einen Arzt in Anspruch nehmen, kurz: sich vor dem Weitermarsch bis in die heimatliche Provinz, den Landkreis oder das Dorf ausruhen. Im Lager bei Gankheil besichtigte ich die Kantine, die ärztliche Behandlungsstelle, ein als Moschee eingerichtetes Zelt und ein anderes, wo Filme vorgeführt werden. Für Bedürftige sind Kleidungsstücke, Nahrungsmittel und Medikamente vorrätig. Aber nur sehr wenige Flüchtlinge waren da. Wie man mir sagte, ziehen die relativ wenigen, die jetzt über die Grenze kommen, fast gleich weiter nach Haus. Das Lager wird erst dann seinem Zweck dienen, wenn die massenhafte Heimkehr einsetzt.

Diese massenhafte Heimkehr wird bestimmt kommen. Die Regierung der DRA richtet sich derzeit darauf ein. Sie schafft für die Politik der nationalen Versöhnung eine wirtschaftliche Grundlage. Mit Rücksicht darauf ist der Staatsetat für das vor einem Monat angebrochene Jahr 1365 (nach afghanischem Kalender) aufgestellt worden. Zusätzliche Arbeitsplätze und ein intensiver Wohnungsbau sind geplant. Auch muß den Heimkehrern die Möglichkeit geboten werden, zu lernen und zu studieren, den Gesundheitsdienst in Anspruch zu nehmen und überhaupt die Schwierigkeiten zu bewältigen, die die Neueinrichtung in der alten Heimat mit sich bringt.

Kompromiß und Wirtschaft

Ungeachtet der großen Aufwendungen, die der bewaffnete Kampf gegen die Konterrevolution erforderte, hat sich die Wirtschaft der DRA im vorigen, ersten Jahr des jetzigen Planjahrhüfts, im großen und ganzen zufriedenstellend entwickelt. Das Nationaleinkommen ist um 3,5 und die Investitionen sind um 29 Prozent gestiegen. Rund 100 Objekte der sowjetisch-afghanischen Zusammenarbeit sind im Bau. Vor dem Jahrestag der Aprilrevolution ist die Gießerei im Kabuler Jangalak-Werk ihrer Bestimmung übergeben worden. Zum erstenmal werden in Afghanistan 70 verschiedene Gußerzeugnisse produziert. Im Kabuler Zentrum ist eine Bluttransfusionsstation mit Plasmabank eröffnet worden.

Ein wichtiger Teil des Programms für die nationale Versöhnung ist das umfangreichere Zusammenwirken zwischen dem staatlichen und dem privaten Wirtschaftssektor. Der Privatsektor herrscht vor, er bestreitet bis zu 80 Prozent des Brutto sozialprodukts. Beim Ministerrat der DRA ist ein wirtschaftlicher Beratungsausschuß unter Beteiligung von Privatunternehmern gebildet worden. Er soll ein verfassungsmäßiges Element der Staatsstruktur

werden. Ein für Fabrikanten und Kaufleute günstiges Gesetz über Privatinvestitionen ist verabschiedet worden. Eben ist eine gesamt afghanische Unternehmerkonferenz zum Abschluß gelangt.

Unlängst war eine große Delegation afghanischer Unternehmer in der UdSSR. Sowjetische Kredite an afghanische Fabrikanten und Kaufleute sind für den Bau einiger Objekte der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie in Afghanistan vereinbart worden.

Sayed Amanuddin Amin, Vizevorsitzender des Ministerrats der DRA, sagte mir folgendes: "So schwierig die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Zusammenhang mit der bevorstehenden Heimkehr von Millionen Flüchtlingen auch sind, bin ich überzeugt, daß wir sie zügig lösen werden."

Reifeprüfung

Noch nie hatten Partei und Staat so große und wichtige Aufgaben wie jetzt. Sie werden die positiven Wandlungen, die durch Kompromisse und Dialoge mit der Gegenseite erzielt worden sind, erhärten müssen, und das wird eine sehr schwierige Reifeprüfung für sie sein.

Wie mir afghanische Freunde, die die Situation nüchtern beurteilen, gesagt haben, werden nicht alle sie bestehen. Manche hindert die Gewohnheit daran, sich in allen Stücken auf Weisungen von oben zu verlassen, und in manchen Gebieten zieht man Kundgebungen und Versammlungen der intensiven Massensarbeit vor.

Ich weiß noch, wie entrüstet ein Bekannter von mir, Kuhat Khan, Oberst a. D. der königlichen Armee, jetzt Vorsitzender des Sonderausschusses für nationale Versöhnung in der Provinz Nangarhar, über die Scherereien und das Durcheinander bei der Einräumung nicht rückzahlbarer Unterstützungen war. Er sagte, und er hatte recht:

"Die Feinde machen sich unsere Versäumnisse, unsere Inkompetenz und Langsamkeit zunutze."

Und doch gewinnt die notwendige Verbindung von Festigkeit und Flexibilität jetzt die Oberhand. Meiner Meinung nach besteht das wichtigste politische Ergebnis der 100 Tage seit Erklärung des Waffenstillstands darin, daß weite Kreise die Idee der nationalen Versöhnung als entscheidenden Faktor für die Herstellung des Friedens in ihrem vielgeprüften Land erkannt haben. Aus den Kontakten der lokalen Sonderausschüsse mit Gruppierungen jetziger Gegner des Regimes bilden sich schon die ersten Elemente der kommenden Regierungskoalition.

Das Land steht aber erst am Anfang dieses schwierigen Vorhabens.

Kabul, im April

Li Dazhao wurde kaum 38 Jahre alt. In seinem kurzen, aber von Forschungen und Kämpfen ausgefüllten Leben hat er Großes vollbracht. Er beteiligte sich an der Revolution von 1911-1913. Nach ihrer Niederlage ging er nach Japan und studierte an der Waseda-Universität Ökonomie. Dort machte er sich mit den verschiedenen Richtungen des sozialen Denkens sowie mit den Erfahrungen der sozialistischen Bewegung in Japan, Rußland und Westeuropa bekannt. Der wißbegierige chinesische Student wurde bei der Bildung seiner Anschauungen auch von dem japanischen Sozialisten Hajime Kawakami beeinflusst, der als erster "Das Kapital" von Marx ins Japanische übersetzte.

Die so gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen kamen dem jungen Mann nach seiner Heimkehr gut zustatten, als er an fortschrittlichen Medien mitarbeitete. Der begabte Publizist, der unerschrocken neue, fortschrittliche Ideen verfocht, wurde vom Rektor der Universität Peking, dem bedeutenden im öffentlichen Leben stehenden Wissenschaftler Cai Yuanpei bemerkt. Er machte ihn 1918 erst zum Leiter der Universitätsbibliothek und später zum Professor für politische Ökonomie.

Unter der Wirkung der Oktoberrevolution in Rußland ging Li Dazhao, der revolutionär-demokratische Ansichten vertrat, sehr bald zum wissenschaftlichen Sozialismus über. Er sah in der russischen Revolution das Vorbild, dem China folgen mußte. "Wir müssen die russische Revolution stolz als das Fanal einer neuen weltweiten Volkszivilisation begrüßen", schrieb er. "Wir müssen aufmerksam den Nachrichten aus dem neuen Rußland lauschen, das nach den Grundsätzen der Freiheit und Menschlichkeit aufgebaut wird. Nur dann werden wir mit dem globalen Fortschritt mitkommen."

Sun Yatsen, der Führer der chinesischen revolutionären Demokraten, äußerte sich lobend über Li Dazhaos Artikel "Der Sieg der Bolschewiki" (1918). Ein Jahr später lernten sich die beiden kennen, trafen mehrmals zusammen und standen in einem kameradschaftlichen Verhältnis.

Li Dazhao zählte zu den Organisatoren und Leitern der antiimperialistischen demokratischen "Bewegung des 4. Mai", die 1919 unter den Pekingern Schülern und Studenten entstand, von weiten Kreisen unterstützt wurde und bald auf andere Städte übergriff. Ihre geschichtliche Bedeutung lag darin, daß sie das chinesische Proletariat in den politischen Kampf einbezog.

Im Jahre 1920 bewirkte Li Dazhao gemeinsam mit seinem Schüler und Kampfgefährten Deng Zhongxia, daß die chinesischen Arbeiter den 1. Mai begingen, und im Herbst 1920 gründete Li-

Das Erbe eines Kämpfers

Li Dazhao: ein chinesischer Kommunist der ersten Stunde

Im Frühjahr 1927 drangen Soldaten und Gehelmagenten des in Nordchina hausenden Militaristen Zhang Zuolin auf dem Gelände der sowjetischen Botschaft in Peking ein. Sie entführten Kommunisten und linke Guomindang-Leute, die dort Zuflucht vor dem konterrevolutionären Terror gefunden hatten, darunter Li Dazhao, einen Führer der KP Chinas. Am 28. April wurden er und die anderen Revolutionäre nach schweren Mißhandlungen auf sadistische Weise erdrosselt. Die letzten Worte, die Li Dazhao vor 60 Jahren seinen Mördern ins Gesicht schrie, waren: "Heute erwürgt ihr mich, aber den Kommunismus verdet ihr nie erwürgen. Es lebe die Kommunistische Partei Chinas!"

Dazhao mit Unterstützung einer von dem sowjetischen Kommunisten Grigori Woi-

nas und gehörte von 1922 bis zu seinem tragischen Ende dem ZK an.



Li Dazhao und Sun Yatsen kehren vom 1. Kongreß der Guomindang zurück

tinski geführten Delegation der Komintern in Peking einen marxistischen Zirkel. In heftigem ideologischem Kampf mit bürgerlichen Reformisten und mit Anarchisten verfocht Li Dazhao die revolutionäre Entwicklung Chinas. Aus seiner Feder stammt die erste detaillierte Biographie Lenins in chinesischer Sprache. Er schrieb sie zum Gründungskongreß der KP Chinas, der im Juli 1921 tagte. Li Dazhao wurde Sekretär des nordchinesischen Büros der KP Chi-

Eine große Rolle spielte Li Dazhao auch bei der Organisation des Streiks vom 7. Februar 1923 auf der Peking-Hankou-Bahn, der die Fortentwicklung der proletarischen Bewegung in China weitgehend beeinflusste.

Li Dazhao hat zur Bildung der nationalen revolutionären Einheitsfront der KP Chinas und der Guomindang viel beigetragen. Er beteiligte sich an der Reorganisation der von Sun Yatsen geleiteten Guomindang und an der

Aufstellung ihres neuen Programms. Als erster chinesischer Kommunist wurde er in die Guomindang aufgenommen und auf ihrem Kongreß von 1924 in ihr Zentrales Exekutivkomitee gewählt.

Die Nachricht vom Tode Lenins traf während des Kongresses ein. Li Dazhao schrieb darauf einen Artikel, betitelt: "Lenin ist unsterblich". Darin heißt es: "Lenins Tod ist ein schwerer Verlust für die ganze Menschheit und besonders für uns Chinesen. In seiner Person haben wir einen treuen Freund verloren... Lenin ist tot, aber sein Geist lebt."

Im Sommer 1924 führte Li Dazhao die Delegation der KP Chinas zum V. Kominternkongreß in Moskau. Bei der Teilnahme an dem internationalen Forum der Kommunisten gewann er neue Eindrücke. Das Erlebnis festigte ihn in seiner marxistisch-leninistischen Weltanschauung und seinem proletarischen Internationalismus. Heimgekehrt, tat er sich als eifriger Propagandist der Ideen von Marx und Lenin hervor, ja er unternahm es als erster, diese Ideen den chinesischen Verhältnissen entsprechend kreativ fortzuentwickeln. Die in China herausgegebenen ausgewählten Werke Li Dazhaos umfassen über 420 Aufsätze und Reden. Sie geben Aufschluß über die weltanschauliche Evolution des Verfassers. Aus ihnen spricht ein zündender revolutionärer Elan. Lu Xin schrieb: "Li Dazhaos publizistische Werke werden Jahrhunderte überdauern, denn sie sind die Hinterlassenschaft eines Kämpfers des Fortschritts, Marksteine der Revolution."

Am 1. Mai 1927 gab das Exekutivkomitee der Komintern im Gedenken an die Hinrichtung Li Dazhaos und seiner Genossen einen Aufruf heraus, in dem es ihre Mörder brandmarkte. Darin hieß es: "Heute, am 1. Mai, am Festtag der internationalen Arbeitersolidarität, marschieren die Werktätigen aller Länder auf, um der Welt ihre brüderliche Verbundenheit mit der großen chinesischen Revolution zu bekunden, die sich kämpfend den Weg zu ihrem vollständigen und endgültigen Sieg bahnt."

Die chinesische Revolution hat gesiegt. Heute gedenkt man derer, die im Kampf für die hochsinnigen Ideen ihr Leben gelassen haben. In China erscheinen neben den theoretischen Abhandlungen und politischen Streitschriften Li Dazhaos auch seine Gedichte sowie zahlreiche Erinnerungen und Biographien. Auf einer Steinplatte der Gedenkstätte auf dem Pekingener Wanancheng-Friedhof sind folgende Worte von Deng Xiaoping eingemeißelt: "Ewig währe das Gedenken an den Bahnbrecher der kommunistischen Bewegung, den bedeutenden Marxisten und begeisterten Patrioten Li Dazhao!" Dort werden zu allen Jahreszeiten Blumen niedergelegt.

Boris BORODIN

Zwischen Japan und den USA ist ein neuer Handelskrieg ausgebrochen. Dem Konflikt liegen jedoch nicht nur handelspolitische Gegensätze zugrunde.

Japans neues Selbstbewußtsein

Juri TAWROWSKI

Durch die Gassen des alten Küstenstädtchens Shimoda bewegt sich ein Festzug, voran amerikanische Marineinfanterie in Galauniform. Die Militärkapelle schmettert so laut, als wollte sie die ebenerdigen Häuschen zum Einsturz bringen. Hinter den Amerikanern kommen japanische Mariner, dann Pfadfinder, nach diesen offene Autos mit dem Bürgermeister des Städtchens, der sich andauernd verbeugt, mit dem lässig nickenden US-Botschafter und mit amerikanischen und japanischen Admiralen.

Kommodore Perrys Erbe

Alljährlich wird in Shimoda ein Fest zu Ehren des Kommodores Matthew Perry gefeiert, dessen Geschwader 1853 als erstes die Küste Japans anließ, ursprünglich, um den japanischen Behörden ins Gewissen zu reden, sie sollten Matrosen und Wallfänger gestrandeter US-Schiffe nicht länger umbringen lassen. Fast drei Jahrhunderte lang hatte sich Japan von der übrigen Welt abgekapselt. Als Perry sah, welchen Eindruck die mit Ferngeschützen bestückten US-Schiffe machten, kreuzte er ein Jahr später wieder auf und zwang die Regierung Japans zum Abschluß eines Vertrags, der nicht nur US-Schiffen die Häfen Shimoda und Hakodate, sondern ganz Japan der übrigen Welt öffnete.

Ausländer sehen in der Ehrung des Kommodores in Japan, der dieses Land mit Kanonenrohren "entdeckte", eine Art Masochismus. Merkwürdig wirkte es auch, als der Kaiser General Curtis Le May, dessen B-29-Bomber im Frühjahr 1945 Tokio, Yokohama, Osaka, Nagoya und andere japanische Städte in Flammen aufgehen ließen, den Orden der Aufgehenden Sonne verlieh.

In Japan sind die Kränkungen natürlich weder vergeben noch vergessen: die unmenschliche Behandlung, die japanischen Einwanderern in den USA Ende des 19. Jahrhunderts zuteil wurde; die Internierung von 120 000 Amerikanern

japanischer Herkunft im zweiten Weltkrieg; Hiroshima und Nagasaki sowie andere tragische Kapitel aus der Geschichte der japanisch-amerikanischen Beziehungen.

Woran liegt es also? An den gezielten, reichlich finanzierten und geschickten Bemühungen, in den Augen der Japaner ein günstiges Image der USA, ihrer Politik und der dortigen Lebensweise zu schaffen. Das begann in den Jahren der US-Besatzung, als den Opfern amerikanischer Bomben keine Grabsteine gesetzt und über Hiroshima und Nagasaki weder Filme gedreht noch Bücher geschrieben werden durften. Schon damals stellten die Väter der US-Politik die Nachsicht mit den Kriegsverbrechern als Barmherzigkeit und die Unterbringung von Aufträgen für den Koreakrieg bei japanischen Betrieben als Großzügigkeit hin. Japan wurde von Wahrzeichen des „american way of life“ wie Coca Cola, Kaugummi und Western förmlich überschwemmt. Die Japaner übernahmen Mitte des 20. Jahrhunderts die Kultur von der Stange ebenso bereitwillig wie Mitte vorigen Jahrhunderts, als Japan "entdeckt" wurde, Kleidung, Frisuren und Manieren aus Übersee. Damals und neuerdings erklärte sich diese Bereitschaft mit dem zur nationalen Strategie gewordenen Bestreben, "den Westen einzuholen" und ebenso stark wie die Sieger zu sein. Eine simple Logik: Wenn die Piloten der fliegenden Festungen Baseball spielen und Kaugummi kauen, dann müßten diejenigen, die aus den Nachkriegsrüinen auferstehen wollten, das auch tun.

Während all der Jahre, die die USA Japan wirtschaftlich, finanziell und technisch weit überlegen waren, konnte man das nachahmenswerte Image verhältnismäßig leicht aufrechterhalten.

Die zu "ökonomischem Denken" erzogenen Japaner beurteilen eine Nation nach ihrem Bruttosozialprodukt. Sie verfolgten ehrfurchtsvoll die Statistiken aus Übersee. Japanische Ingenieure und Wissenschaftler reisten in die USA und notierten sich jedes Wort ihrer dortigen Kollegen.

Der Gedanke an die "amerikanische Überlegenheit" war den Massen etwas Selbstverständliches. Der Besitz eines protzigen Cadillac war noch immer das geschäftliche Erfolgssymbol. Von den Wissenschaftlern und Künstlern wurde unbedingt verlangt, daß sie die neuesten Konzeptionen der US-Professoren und die neuesten Aufführungen der Broadway-Bühnen kannten. Das Englische, besonders seine amerikanische Spielart, griff wie noch nie um sich. Fehlerhafte und oft zweideutige Aufschriften auf Kleidungsstücken für die Jugend warfen ihren Erzeugern Riesengewinne ab. Sehr beliebt waren die Programme des Senders für die US-Truppen in Japan, ebenso "Reader's Digest", "Playboy", "Fortune" und andere US-Zeitschriften.

Aber schon in den 60er Jahren fing dieses Image allmählich zu verblassen an. Den ersten Riß bekam es, als die Golddeckung des Dollars aufgehoben wurde. Seit 1965 schlossen japanische Gesellschaften erfreut die Bilanz ihres Handels mit den USA nicht mehr in den roten Zahlen, also mit Gewinn ab. Die Niederlage in Vietnam hatte für das Ansehen der USA nachhaltige Folgen.

Noch vor fünf Jahren, als ich als Reporter nach Japan kam, waren meine Kollegen ebenso wie Geschäftsleute und Wissenschaftler von Amerika begeistert. Deshalb überraschten mich eines Tages folgende Worte eines Geschichtsprofessors von einer ziemlich konservativen Universität:

"Über Amerikas Zukunft bestehen keine Zweifel, sie wurde schon vor 200 Jahren von dem berühmten Edward Gibbon in seinem klassischen Werk 'Die Geschichte vom Niedergang und Fall des Römischen Reiches' geschildert. Wir kennen diese Geschichte, ja wir sind auf eine sehr heikle und gefährliche Zeit des Zusammenbruchs der 'amerikanischen Weltordnung' gefaßt."

„Uncle Sam“ wankt

Der Vergleich mit dem Niedergang des Römischen und des Britischen Reiches war Anfang der 80er Jahre für viele Artikel und öffentliche Reden typisch.

Die Kenntnis des klassischen Werks von Gibbon verrät auch ein Beitrag des Schriftstellers Masateru Tachibana in der "Japan Times". Er schreibt: "Als die einst abhängigen Gebiete erstarkten, selbständiger wurden und sich schließlich weigerten, Roms Lieferanten zu sein und mit Soldaten zu dienen, besaß das Reich weder die Kraft noch die Möglichkeit, diesen Prozeß und den darauf folgenden Fall aufzuhalten. Rom konnte noch immer den Eindruck der Größe erwecken, das war aber nur die von verschiedenen Zerfallserscheinungen ausgehöhlte politische und militärische Hülle." Um dem Leser jeden Zweifel zu nehmen, wen er meint, fügt er hinzu: "Japan hat sich eine

technologische Basis geschaffen, die fest genug ist, ihm die Entwicklung als Industrienation zu sichern. Die USA dagegen machen ihre industrielle Basis seit zehn Jahren zur leeren Hülle... Die Stahlindustrie ist quantitativ und qualitativ hinter der japanischen zurückgeblieben. Das nächste Opfer ist der Kraftwagenbau... Die Aufforderung der Regierung Reagan an Japan, Großbritannien, die BRD, Israel und sogar Südkorea, sich am SDI-Projekt zu beteiligen, ist nur durch den Niedergang der USA verständlich."

Japan konnte 1986 für 59 Mrd. Dollar mehr Waren in die USA, als diese nach Japan exportieren. Insgesamt aber ist der japanische Export in die USA während der letzten 5 Jahre um rd. 130 Prozent, der amerikanische nach Japan aber nur um 10 Prozent gestiegen. Vermutlich wird Japan die USA bei Anbruch des nächsten Jahrhunderts mit seinem Brutto-sozialprodukt überflügeln und an die Spitze der stärksten kapitalistischen Mächte aufrücken.

Der bekannte Wirtschaftsexperte Kenjiro Hayashi schreibt in der Zeitschrift "Chuo Koron" über die Ursachen des "amerikanischen Niedergangs": "Die Tendenz zur Schwächung der Industrie greift von den extraktiven allmählich auf die verarbeitenden Branchen, von der gewöhnlichen auf die komplizierte Technologie und von der Industrie auf



Wer bestimmt die Spielregeln!

Foto: "Japan Echo"

die Landwirtschaft über. Die Degeneration frißt an lebenswichtigen Organen der US-Wirtschaft. Sie macht das Land zum Schuldner und läßt Einkünfte des Binnenmarktes ins Ausland abfließen. Selbst abgesehen vom klassischen Beispiel des Bankrotts ganzer Branchen (Textilien, Stahl) erkennen wir das Anwachsen des Handelsdefizits in Industrien wie dem Kraftwagenbau und der Haushaltselektronik. Japanische Waren haben sich in amerikanischen Haushalten hässlich niedergelassen, sie ha-

ben den größten Teil des Marktes für Videorekorder, Fotokameras, Stereocanals, Plattenspieler und Videokassetten. Selbst berühmte Branchen mit Hochtechnologie erleben ein Schrumpfen ihrer aktiven Handelsbilanz, und die Produzenten elektrischer Anlagen und Forschungsapparate sehen sich einem Defizit gegenüber. Die meisten Bestandteile der amerikanischen Personalcomputer sind in Japan oder anderen Ländern hergestellt. Das bedeutet, daß Auslandserzeugnisse bis ins Herz der US-Industrie vordringen. Bald wird von dieser nur noch die leere Hülle übrig sein."

Masanori Moritani, ein Wissenschaftler vom Nomura-Institut, dem Hirntrutz des großen Business, erblickt die zweite Ursache des Niedergangs der US-Wirtschaft in ihrer Militarisierung. Er schrieb in der Zeitschrift "Voice": "Amerika hat enorme Ressourcen in der Rüstungs- sowie in der Luft- und Raumfahrtindustrie investiert, während die Zivilbranchen in ihrer Entwicklung zurückbleiben. Deshalb kann es so schwer gegen Japan aufkommen. Die Privatindustrie der USA hat viel zu wenig Wissenschaftler und Ingenieure, weil die Rüstungs- sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie beim Nachwuchs an jungen Fachkräften den Rahm abschöpft... Diese sehr hoch entwickelten Industrien haben fast keinen Einfluß auf die Zivilwirtschaft, und in den kommenden 10 Jahren werden sich auch die Grundlagenforschungen für diese Branchen nur sehr gering auf die Zivilindustrie auswirken. Japan dagegen konzentriert sich auf die Massenproduktion von Gebrauchsgütern und Industrieartikeln. Dieser geballte Ansturm richtet sich gegen den 'weichen Unterleib' Amerikas und ist selbstverständlich schmerzhaft."

Und weiter: "Der Westen reagiert auf den Erfolg Japans etwas anders als früher. Die anfängliche Verwunderung wich dem Wunsch, dem Beispiel Japans zu folgen, dann der Enttäuschung über die mißlungenen Versuche, Japan einzuholen, und schließlich Furcht vor Japan. Sollte die jetzige Tendenz anhalten, so haben wir einen Wutanfall zu gewärtigen."

Dieser hat schon eingesetzt. Die Wut ist sinnlos und deshalb manchmal grotesk und erbärmlich. Arbeitslose begraben japanische Autos, pfeifen Käufer japanischer Waren aus, weigern sich, Japanern und anderen aus dem Fernen Osten Dienste zu leisten. Viel gelesen werden die zahlreichen Bücher und Artikel über das "japanische Komplott gegen Amerika". Ein großer Kassenerfolg war der rassistische Film "Das Jahr des Drachens", dessen Held, ein Veteran des Vietnamkriegs, in New York die Errichtung eines "Reichs der Gelben" verhindert.

Vom Überhandnehmen der japanfeindlichen Stimmungen zeugen auch Meinungsforschungen. Im März v.J. antworteten etwa 29 Prozent der vom

Gallup-Institut befragten "Intellektuellen und anderen wohlinformierten Amerikaner": "Japan bedroht die amerikanischen Interessen durch seine Entwicklung zur wirtschaftlichen Supermacht." 70 Prozent der vom "Wall Street Journal" befragten Geschäftsleute nahmen für eine Einschränkung des Imports aus Japan Stellung. Umfragen der "Business Week" unter den Managern von 600 US-Großkonzernen haben ergeben, daß über 70 Prozent die japanischen Konkurrenten als "unfair" ansehen und meinen, daß sie "gegen die Regeln des Welthandels verstoßen". Edwin Reischauer, ehemaliger US-Botschafter in Japan, konstatierte: "Japans wirtschaftlicher Erfolg hat das weltwirtschaftliche Gleichgewicht derart gestört, daß dem ganzen freien Handel der Zusammenbruch droht."

„Nur für Japaner“

Über die empfindlichen Reaktionen der USA auf Japans Oberlegenheit und über die Drohungen aus Washington ist man in Japan verärgert. Die Zeitung "Asahi" zitiert Beamte des Außenministeriums: "Wir müssen den verwunschenen Kreislauf amerikanischer Forderungen, japanischer Zugeständnisse, amerikanischer Anschuldigungen, die Zugeständnisse seien unzureichend, und neuerlicher Forderungen sprengen."

Osamu Shimomura, Verfasser einiger Bücher über Finanzfragen, schreibt entsetzt in der Zeitschrift "Next": "40 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg zucken wir vor Angst zusammen, wenn uns Amerika anbrüllt. Amerika hat inzwischen aber die Fähigkeit eingebüßt, die Vorgänge vernünftig zu beurteilen, und stellt absurde Forderungen. Es wäre höchste Zeit, den USA klarzumachen, wie die Dinge wirklich liegen." Der Ärger über die ständige amerikanische Druckausübung in Handel, Finanzwesen, auf militärischem und auf anderen Gebieten verschmilzt mit Chauvinismus und Rassismus gegen alle Völker "weißer Rasse". Es gibt bereits Gaststätten mit Aushängen: "Nur für Japaner".

Robert Keatley, Chefredakteur der Zeitung "Asian Wall Street Journal" (Hongkong), beruft sich auf einen ungenannten japanischen Autor, wenn er folgendes über die Rollenverteilung bei der künftigen Weltordnung schreibt: "Manche Japaner sehen Europa als Modeatelier, Amerika als Farm oder Getreidespeicher und Australien als Tagebau von Bodenschätzen an. Sie dienen alle Japan, der einzigen prosperierenden Gesellschaft der Welt. Die übrige Welt ist ein angenehmes Spaziergebiet. Europa bietet z. B. Denkwürdigkeiten der Kultur, gute Geschäfte und exotischen Sex zu gemäßigten Preisen bei eleganter Dekadenz."

Ich selbst habe von einem ähnlichen Szenario gehört, in dem Amerika allerdings die Rolle eines Lieferanten nicht nur von Nahrungsmitteln, sondern auch

von Söldnern angewiesen war. Ein der Führung der Regierungspartei nahestehender Politologe sagte: "Die Amerikaner haben wiederholt gesagt, daß sie sich entweder bis an die Zähne neu bewaffnen oder Russisch lernen müssen. Sie haben ihre Wahl getroffen. Sollen sie es jetzt damit bezahlen, daß sie vor dem japanischen Haus Wache stehen und die Sprache seiner Bewohner erlernen."

Während die japanische Elite die Landesstrategie für das 21. Jahrhundert erarbeitet, den Grad des "Niedergangs Amerikas" bestimmt und Methoden

sucht, ihn für sich auszunutzen, wird das Gros der Bevölkerung seiner Vorstellung von den USA infolge Tatsachen aus dem Alltag untreu. Zum Protzen benutzen reiche Japaner nicht mehr kostspielige und unzuverlässige amerikanische, sondern westeuropäische Autos. Erzeugnisse mit dem Sternenbanner als Aufkleber sind in den Supermärkten nicht mehr gefragt. Bei der Jugend läßt das Interesse für die amerikanische Kultur nach. Aus Mangel an Lesern ist die japanische Ausgabe von "Reader's Digest" nach 40jährigem Bestehen eingestellt worden.

Rückkehrer von Touren in die USA schreiben an Zeitungen über die auffallenden Kontraste zwischen Arm und Reich, über die Unfreundlichkeit der Amerikaner und den minderwertigen Service. Presse und TV-Sender berichten regelmäßig von Morden, Vergewaltigungen und Mißhandlungen, denen japanische Touristen und Studenten in den USA zum Opfer fallen. Zur Enthüllung des american way of life trägt auch das Verhalten der auf den zahlreichen US-Stützpunkten in Japan stationierten US-Soldaten und ihrer Familien bei.

AFRIKA

Pressemeldungen über Ereignisse in der Westsahara unterscheiden sich zu meist nicht von gewöhnlichen Militärberichten. In den ersten Monaten dieses Jahres ist die Rede von intensiven Kampfhandlungen zwischen bewaffneten Einheiten der POLISARIO, der führenden politischen Organisation der Arabischen Demokratischen Republik Sahara (ADRS) und marokkanischen Streitkräften. Diese bewaffneten Zusammenstöße sind gemessen am Umfang und ihrer Grausamkeit beispiellos für die letzten beiden Jahre.

Das Informationsministerium der ADRS veröffentlicht in seinen Kommuniqués Einzelheiten über Operationen der Westsahara-Soldaten und daß marokkanische Soldaten außer Gefecht gesetzt wurden. Aus der marokkanischen Hauptstadt Rabat werden gleichzeitig erfolgreiche Kampfhandlungen gegen POLISARIO-Einheiten gemeldet.

Den Krieg in der Westsahara kann man zu den sogenannten lokalen Konflikten zählen. Sogenannt deshalb, weil heutzutage die Grenzen zwischen den Begriffen lokal und regional leicht verwischt werden und imperialistische Mächte jede Region unseres Planeten zu ihrer Interessenzone erklären. Es sieht ganz danach aus, als stünde auch die westliche Sahara im Schnittpunkt fremder Interessen.

Rekapitulieren wir, wie der Konflikt entstand. Bereits 1966 beschloß die 21. UNO-Vollversammlung ein Referendum in der der Entkolonialisierung unterliegenden Spanischen Sahara durchzuführen. Damit sollte den annähernd 100 000 Einheimischen die Möglichkeit gegeben werden, über ihr weiteres Schicksal zu bestimmen und ihr Recht auf Selbstbestimmung auszuüben. Die nachfolgenden UNO-Tagungen verabschiedeten gleichlautende Resolutionen. Anfangs waren Marokko und Mauretanien einverstanden, besannen sich aber 1975 auf ihre "historischen Rechte" und forderten, dieses Territorium unter sich aufzuteilen. Seinerzeit wurde die "Volksfront für die Befreiung

von Saguia al-Hamra y Rio de Oro", abgekürzt POLISARIO gegründet, die einflußreichste Kraft in der Westsahara. Es handelt sich hierbei um eine 1973 gegründete patriotische Organisation.

Im November 1975 wurde in Madrid ein spanisch-marokkanisch-mauretanischer Vertrag unterzeichnet. Er sah vor, die Westsahara nach dem Abzug der Spanier ohne jedes Referendum unter Marokko und Mauretanien aufzuteilen. Ende 1975 rückten marokkanische und mauretanische Truppen in die entsprechenden Zonen ein. Die von der Bevölkerung unterstützte POLISARIO, die zuvor gegen die spanische Kolonialmacht gekämpft hatte, setzte ihren Kampf für nationale Unabhängigkeit fort und organisierte den Widerstand gegen die neuen Eindringlinge.

Am 27. Februar 1976 riefen der Provisorische Nationalrat der Sahara und die POLISARIO die Arabische Demokratische Republik Sahara aus. Eine Verfassung wurde verabschiedet, die Staatsorgane und ein Präsident gewählt. Obwohl die Staatsorgane der Republik ihre Funktionen illegal wahrnehmen und die Regierung ihre Tätigkeit überwiegend in der Emigration ausübt, haben bis jetzt 69 Staaten die ADRS anerkannt. Zu ihnen gehören auch die meisten jungen Nationalstaaten Afrikas. Mit ihren Stimmen wurde die Republik 1982 in die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) aufgenommen.

Die POLISARIO gründete die Nationale Befreiungsarmee Westsahara (SNLA), deren Truppenstärke verschie-

denen Angaben zufolge 15 000 Mann übersteigt. Diese, wie auch die ADRS insgesamt, wird von Algerien unterstützt, wie bis 1983 übrigens auch von Libyen, bis der Bündnisvertrag zwischen Libyen und Marokko geschlossen wurde. 1986 wurde er annulliert.

Nach dem Putsch von 1978 verzichtete Mauretanien auf alle Ansprüche auf den Südtteil der Westsahara und Marokko annektierte das gesamte Territorium. Seitdem schwelt der Konflikt.

Marokko unterhält in der Westsahara eine 70 000-Mann-Armee, ein Drittel der gesamten marokkanischen Streitkräfte. Rabat verfolgt eine eifrige Marokkanisierungspolitik. Die Wüste der westlichen Sahara birgt beachtliche Bodenschätze: Phosphor, Eisen- und Kupfererz, Mangan, Kali, Uran usw. In den letzten Jahren konnte Marokko mit westlicher Hilfe in den entscheidenden Regionen der Westsahara ein befestigtes Verteidigungssystem von insgesamt 2000 km Länge mit Funkmeßstationen errichten. Fünf dieser Mauern stehen bereits, an der sechsten wird gerade gearbeitet. Die SNLA antwortete entsprechend und rief zum Zermürbungskrieg auf. Sie führt Kommandoaktionen gegen die marokkanischen Truppen durch.

Der jahrelange bewaffnete Konflikt hat schon Tausende Menschenleben gefordert. Er wirkt sich zunehmend negativ auf die sozialökonomische Lage der beteiligten Völker aus. Die Militärausgaben Marokkos machen zwischen 30 und 40% des Haushalts aus und führten das Land in eine akute finanzielle und

Knoten Westsahara

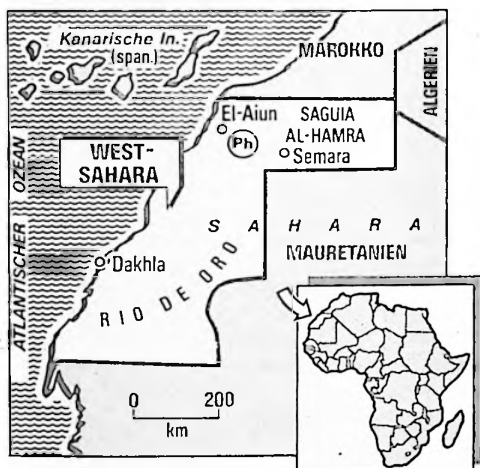
Zur Verstärkung des ungünstigen Eindrucks von Amerika trägt objektiv auch die seit einigen Jahren merklich intensivere ideologische Bearbeitung des Volkes im Sinne einer "japanischen Exklusivität", einer "Rückkehr zu den traditionellen ethischen Werten" und der "Wiedergeburt des gesunden Nationalismus" bei. Diese Tendenzen werden von der Tokioter Spitzenschicht gefördert, ebenso der nach dem Krieg fast verschwundene Ausländerhaß. Es mehren sich die Publikationen und Fernsehprogramme über die Vorzüge

nicht nur der "japanischen Produktionsweise", sondern auch des "japanischen Lebensstils".

Die japanisch-amerikanischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, auf militärischem und auf anderen Gebieten sind insgesamt aber noch bedeutend und werden es höchstwahrscheinlich in absehbarer Zeit bleiben, da sich ja die strategischen Klasseninteressen der herrschenden Klassen beider Länder decken und Japan wirtschaftlich von den USA abhängt.

Die US-Marineinfanteristen in frischge-

bügelten Uniformen werden Touristen in den Gassen Shimodas, des schweigenden Zeugen der "ersten Entdeckung Japans", noch so manches Jahr Zerstreuung bieten. Die US-Stützpunkte in Japan bestehen weiter und erinnern an die "zweite Entdeckung", die im August 1945 einsetzte. Doch vollziehen sich in diesem Land, das sein vor mehr als einem Jahrhundert gestecktes Ziel, "den Westen einzuholen", erreicht hat und ihn zu überrunden gedenkt, höchst komplizierte Wandlungen. Tokio-Moskau



soziale Krise. Die Auslandsverschuldung des Landes erreicht 18 Md. Dollar, Arbeitslosigkeit und Inflation nehmen zu. Es wird immer schwieriger, die anwachsenden sozialen Spannungen zu ersticken. Appelle, die "innere Front" zu stärken, helfen immer weniger.

Imperialistische Kräfte, überwiegend die USA, nutzen den Westsahara-Konflikt, um die arabischen und afrikanischen Völker zu spalten und um Marokko und andere Staaten in ihre aggressiven Strategien hineinzuziehen. Bereits im Mai 1982 sicherte sich die Reagan-Administration, die Abhängigkeit Rabats von amerikanischer Militär- und anderweitiger Hilfe nutzend, die Zusage König Hassans II., marokkanisches Territorium für Stützpunkte der schnellen Eingreiftruppen bereitzustellen. Im November 1986 fanden an der südlichen Atlantikküste des Königreichs gemeinsame amerikanisch-marokkanische Manöver unter Beteiligung des Flugzeugträgers "John F. Kennedy" und von Landungstruppen statt. Im Dezember 1986 reiste C. Weinberger zu einer ordentlichen Sitzung der gemeinsamen marokkanisch-amerikanischen Militärkommission nach Rabat. Die Wochenschrift

"Al-Anwal" machte auf die Gefahr aufmerksam, daß die Vorteile, die das Pentagon in Marokko erlangt hat, gegen die Interessen der arabischen Völker genutzt werden könnten.

Die Weltöffentlichkeit, hier besonders die afrikanischen Länder, versuchten mehrfach, das Problem Westsahara aus der politischen Sackgasse zu führen. Als etwa König Hassan II. sich mit einem Referendum einverstanden erklärte, beauftragte 1981 die 18. Assemblée der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) eine Sonderkommission, die Durchführungsbedingungen auszuarbeiten. Sie wurden erarbeitet. Im Jahre 1983 beschloß die 19. Tagung des höchsten OAU-Forums, Verhandlungen zwischen Rabat und der POLISARIO-Front durchzuführen, um das Feuer einzustellen und unter internationaler Kontrolle die Volksbefragung durchzuführen. Rabat weigerte sich, diese Bedingungen zu akzeptieren. Als gar 1984 die 20. Assemblée der OAU sich für die Aufnahme der Arabischen Demokratischen Republik Sahara in die Organisation der Afrikanischen Einheit aussprach, trat Marokko aus der OAU aus. Damit waren die Möglichkeiten dieser maßgeblichen Organisation, auf Rabat einzuwirken, blockiert.

Durch Vermittlung des UNO-Generalsekretärs kamen im Frühjahr 1986 in New York indirekte Gespräche zwischen Delegierten Marokkos und der POLISARIO zustande. Repräsentanten Algeriens und Mauretaniens waren als Beobachter zugegen. Es gelang nicht, die Positionen der Seiten einander anzunähern. Marokko weigert sich kategorisch, während des Referendums marokkanische Truppen und Verwaltung aus der Westsahara abziehen. Darauf bestehen jedoch die Bewohner der Westsahara. Mehr noch, 1986 gab Rabat bekannt, daß marokkanische Delegierte nicht mehr gewillt seien, an Verhandlungen der Westsaharafrage in der UNO teilzunehmen.

Das Westsaharaproblem ist wieder in der Sackgasse. Mit Jahresbeginn haben

die Partisanen der Nationalen Befreiungsarmee von Westsahara ihre Schläge gegen Garnisonen und Posten der marokkanischen Armee verstärkt. Die Beziehungen zwischen Algerien und Marokko sind gespannt.

In der Sowjetunion verfolgt man die Wendung der Ereignisse mit Sorge und Verärgerung. Der UdSSR ist daran gelegen, gute Beziehungen zu allen Staaten der Region zu unterhalten. Das bestimmt unsere abgewogene und prinzipielle Position. Die Sowjetunion setzt sich für die vollständige Entkolonialisierung der Westsahara ein, unterstützt das Recht ihres Volkes, frei seinen Willen zu äußern und sein Schicksal selbst zu bestimmen. Entsprechend stimmte die UdSSR in der UNO für alle Resolutionen, die dieses Recht bekräftigten. Gleichzeitig erkennen wir die ADRS solange nicht offiziell an, wie sie keine reale Rechtsprechung für das Territorium und die Bevölkerung der Westsahara anordnet.

Die Sowjetunion ist der Auffassung, daß die Westsaharafrage unverzüglich mit friedlichen politischen Mitteln unter Berücksichtigung aller in den Konflikt involvierten Seiten zu lösen ist. Selbstverständlich ohne jede äußere, erst recht militärische Einmischung. Die UdSSR hat nicht vor, Öl ins Feuer des Westsaharakonflikts zu gießen. Das ist allen gut bekannt, auch in Rabat, wo man trotzdem von Zeit zu Zeit versucht, das Westsaharaproblem zu mißbrauchen, um die traditionell freundschaftlichen sowjetisch-marokkanischen Beziehungen zu belasten.

Das Leben selbst macht es zwingend erforderlich, die gefährliche Lage in Nordwestafrika so schnell wie möglich zu entspannen. Der anhaltende Brudermord in der Westsahara spielt nur imperialistischen Kreisen in die Hände. Indem sie die Völker des Maghreb aufeinanderhetzen, versuchen diese Kreise, die strategisch wichtige Region Ostafrik--Nordafrika--Mittelmeer unter Kontrolle zu nehmen.

K. ANDREJEV

ERDBEBEN UND IHRE PROGNOSE

Wie das Gesetz der Seismotektonik dem Menschen im Kampf gegen Katastrophen hilft

In all jenen Teilen der Erde, wo eine intensive Gebirgsbildung im Gange ist, kommt es praktisch ständig zu Erdbeben verursachenden Verwerfungen der Erdrinde. In der UdSSR sind der ganze Süden von den Karpaten bis Transbaikalien und der Ferne Osten seismisch aktive Zonen. Die Zahl schwacher, für den Menschen unmerklicher und nur von Seismografen registrierbarer unterirdischer Stöße, die jährlich vorkommen, ist endlos. Stöße mittlerer Stärke sind viel seltener, und verheerende, katastrophale Erdbeben passieren im Durchschnitt einmal in 3 bis 4 Jahren.

Dr. sc. Igor Gubin, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR, studiert seit mehr als einem halben Jahrhundert geologische Strukturen und ihre seismogenen Bewegungen an den Verwerfungen in verschiedenen Regionen, u. a. auch in Tadshikistan. Er stellte eine numerische gesetzmäßige Abhängigkeit zwischen der Erdbebenstärke und den Ausmaßen und Typen seismogener Strukturen (Erdrindenblöcke) fest. Diese universale Abhängigkeit wurde seismotektonisches Gubin-Gesetz genannt. Auf seiner Basis konnten grundsätzlich neue Prognosemethoden für verschiedene Bebenbestandteile entwickelt sowie völlig neuartige Erdbebenkarten für bestimmte Gebiete mit den Zonen möglicher Herde gezeichnet werden. Sie sind von großem Nutzen für die Volkswirtschaft und finden bei Fachleuten in verschiedenen Ländern große Anerkennung, weil man mit Hilfe solcher Karten die relativ schmale Erdbebenzone und den Ort des nächsten Erdbebens, die Größe seines Herds, die Stärke, die Wiederholbarkeit und Ausbreitung der Stöße feststellen kann. Das Gubin-Gesetz wurde am 25. April 1985 vom Staatlichen Komitee der UdSSR für Erfindungen und Entdeckungen als außerordentlich wichtige wissenschaftliche Entdeckung registriert.

Unser Korrespondent bat Akademiemitglied Igor Gubin, den heutigen Stand der modernen Erdbebenforschung und ihre Möglichkeiten zu erläutern.

Neue Zeit. Welche Möglichkeiten bestehen zur Erforschung von Erdbeben?

Igor Gubin. Vor allem die Registrierung unterirdischer Stöße auf Erdbebenwarten, vermittelt Seismografen. Damit beschäftigen sich die Instrumentalisten unter den Seismikern. Sie zeichnen die Karten mit Epizentren und stellen anhand von Seismogrammen den Mechanismus des Bebenherds fest.

Die Seismogramme registrierter Erdstöße allein ergeben keine Prognose, weil sich die meisten potentiellen Katastrophenherde bisher noch nicht bemerkbar gemacht haben. Eine andere Methode der Erdbebenforschung besteht darin, daß die Makroseismiker die

verheerenden Auswirkungen eines Erdbebens an verschiedenen Punkten erforschen und daran die Stärke der Erschütterungen nach der in der UdSSR üblichen 12-Stufen-Erdbebenskale bestimmen. Anhand der erhaltenen Angaben tragen sie in Karten Linien gleicher Bebenstärken, die Isoseisten, auf. Solche Karten taugen, wenn einzeln genommen, ebenfalls nicht für eine vollständige Bebenprognose. Die Tektoniker unter den Seismikern (ich gehöre zu dieser Gruppe) zeichnen Karten aktiver geologischer Strukturen und seismogener Verwerfungen, ergänzen sie durch Angaben über Erdbeben und bestimmen die geologischen Entstehungsbedingun-

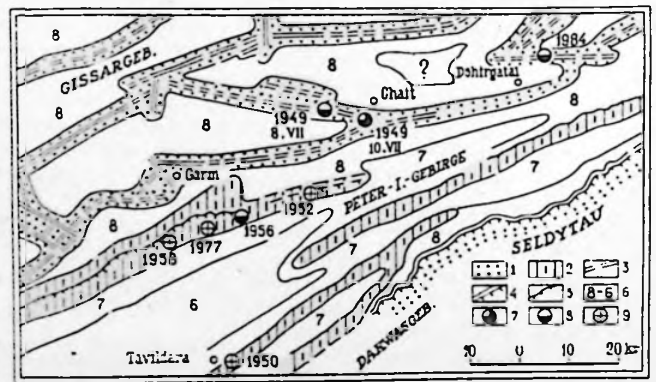
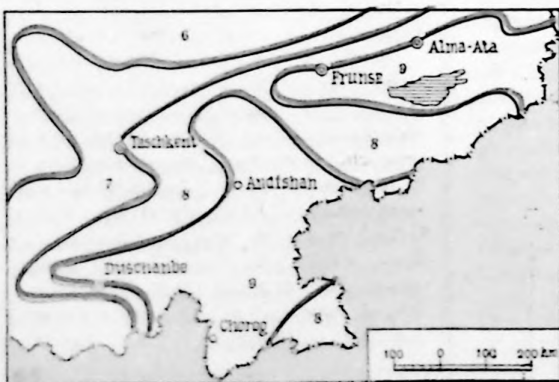
gen von Erdbeben in einem Gebiet; ferner stellen sie die Zonen möglicher, durch aktive Verschiebungen bedingter Herde fest. Solche Zonen schließen sowohl registrierte als auch potentielle Herde ein.

NZ. Wozu sind Erdbebenkarten notwendig?

I. G. Beispielsweise um erdbebenfeste Bauten zu planen und zu projektieren und letztendlich das Leben der Menschen abzusichern sowie Gebäude und Anlagen zu schonen. Noch vor kurzem lieferten die Instrumentalisten normative Karten, die nur über registrierte Epizentren Aufschluß gaben. Ihre Karten weisen nur ein Element auf: ausgedehnte Räume von Erdbeben bestimmter Stärke (Zeichn. 1). Solche Karten sind wenig informativ und haben sich nicht bewährt, weil sich herausgestellt hat, daß die nächsten starken Erdbeben vorwiegend dort entstanden, wo man sie nicht erwartet hatte. Zudem waren viele andere Gebiete auf solchen Karten fälschlicherweise als gefährlich angegeben, weil man von der Annahme ausging, es genüge, die Erdbeben, die schon gewesen waren, sowie die Möglichkeiten breiter und zahlreicher starker Erdstöße in seismischen Gebieten zu registrieren.

NZ. Sie sind Verdienter Wissenschaftler der Tadshikischen SSR. Wie kommt ein gebürtiger Leningrader zu diesem Titel?

I. G. Als Student der Leningrader Bergakademie schloß ich mich 1931 der Tadshikischen komplexen Expedition der AdW der UdSSR an, die der bedeutende Staatsmann und Wissenschaftler Nikolai Gorbunow (zu Lenins Zeiten verwaltete er die Angelegenheiten des Rates der Volkskommissare) organisiert hatte. In dieser Expedition blieb ich bis 1937, und



1938 organisierte ich im Auftrag Wladimir Komarows, des damaligen Präsidenten der AdW der UdSSR, die Abteilung Geologie der Tadshikischen Filiale der AdW der UdSSR. Meine Forschungen im tadshikischen Gebirge setzte ich bis 1956 fort. In dieser Zeit wurden staatliche geologische Karten vieler Erdbebengebiete des südlichen Mittelasiens zusammengestellt, die wichtigsten Zonen aktiver tiefer Verwerfungen erkundet, die Folgen von 25 starken Erdbeben erforscht, die Karten ihrer Isoseisten gezeichnet und die geologischen Entstehungsbedingungen geklärt.

All dieses Material, darunter auch für andere Länder, gab die Möglichkeit, wenn nur den von den berühmten Geologen des 19. Jahrhunderts E. Suess und I. Muschketow geäußerten Gedanken an die Verbindung zwischen Erdbeben und Verschiebungen zu bekräftigen, sondern auch, Gesetzmäßigkeiten solcher Zusammenhänge abzuleiten. Wichtig ist, daß sie für die Prognose künftiger Erdbeben und für die seismische Beschreibung von Gebieten angewandt werden.

NZ. Worin besteht das Neue in dieser Erdbebenforschung?

I. G. Zweckmäßige und wirksame Schutzmaßnahmen sind nur zu treffen, wenn zuerst die konkreten Gründe verheerender Erdbeben und seismotektonische Gesetzmäßigkeiten ihrer Entstehung festgestellt worden sind.

Die registrierten Erdbeben geben keine Vorstellung von der ganzen Vielfalt seismogener tektonischer Prozesse und können nicht zur seismischen Prognostizierung in bestimmten Gebieten dienen. Der Erdbebenherd ist nicht, wie viele Instrumentalisten annehmen, ein Hypozentrum, ein Punkt, sondern ein Abschnitt einer Verwerfung, an dem es zu einer neuen Verschiebung von Gesteinsmassen kommt. Dieser Abschnitt hat seine Länge, Tiefe und Neigung. Die Herde starker Beben entstehen nicht überall und nicht chaotisch, sondern nur in den seismogenen Verwerfungszone, die eine Länge von mehreren Dutzend bis zu Tausenden Kilometern haben und sowohl schon wirksam gewordene als auch potentielle Herde einschließen können. Starke Erdbeben migrieren längs einer solchen Verwerfung, sie geschehen

nicht an der ganzen Länge der seismogenen Verwerfungszone zugleich, sondern zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Abschnitten dieser Zone, am häufigsten dort, wo sie noch nicht registriert wurden, in sogenannten „seismischen Lücken“ (Zeichn. 3). Die Häufigkeit starker Erdbeben in einer Zone hängt von der Geschwindigkeit der Blockbewegung an den Verwerfungen ab. Je größer die Geschwindigkeit ist, desto häufiger sind die Erdstöße. Und das Wichtigste: Laut dem seismotektonischen Gesetz hängen die Länge und Tiefe der Herde in einer Zone möglicher maximaler Erdbeben sowie deren Energie von den Ausmaßen und Typen der geologischen Strukturen ab, die sich an den Bruchstellen stark verschieben.

NZ. Wie läßt sich das neue Gesetz praktisch anwenden?

I. G. Kennt man die Ausmaße seismogener geologischer Strukturen, so kann man anhand des Gesetzes die Parameter für in einer Zone mögliche maximale Erdbeben und deren Aufeinanderfolge bestimmen. Die erste seismische Mehrelementenkarte zeichnete ich 1948, und zwar für das Gebiet Garm in Tadshikistan (Zeichn. 2). Dann entstanden ähnliche Karten für Süd- und Mitteltadshikistan, Südwestturkmenien und mehrere Regionen Indiens. Meine Kollegen gaben ebenfalls solche Karten für 18 weitere südliche und fernöstliche Gebiete heraus, von der Krim bis Kamtschatka. In den fast 40 Jahren kam es auf den von den Karten erfaßten Gebieten - im sowjetischen Mittelasien und in Indien - zu 23 starken Erdbeben, jedesmal in vorausgesagten Zonen und mit vorausgesehenen Parametern. Solch einzigartige Prognosen sind deshalb möglich, weil wir seismogene geologische Prozesse berücksichtigen.

NZ. Wie weit sind die Angaben, von denen Sie erzählen, in der wissenschaftlichen Welt verbreitet?

I. G. In der UdSSR wurden sieben individuelle Monographien und Dutzende Artikel veröffentlicht. Auf Einladung japanischer Organisationen las ich in Tokio einen Jahreskurs. Die Lektionen erschienen in Japan in Buchform, betitelt „Grundfragen der Seismotektonik“. Mein weiteres Buch, „Erdbeben und die seismische Beschreibung der indischen Halbinsel“, erschien in Delhi. In Peking brachte man mein Buch „Probleme der

seismotektonischen Methode der seismischen Beschreibung“ in chinesischer Sprache heraus. In Vietnam wurde eine Erdbebenkarte des Landes mit vorausgesagten Bebenzonen fertiggestellt; in einer davon kam es zu einem weiteren starken Erdbeben. Sowjetische, amerikanische und japanische Wissenschaftler stellen seit 1965 in den Randgebieten des Pazifik die Zonen möglicher Bebenherde fest und prognostizieren unter Nutzung unserer theoretischen Arbeiten die Stellen von Erdstößen bestimmter Stärke.

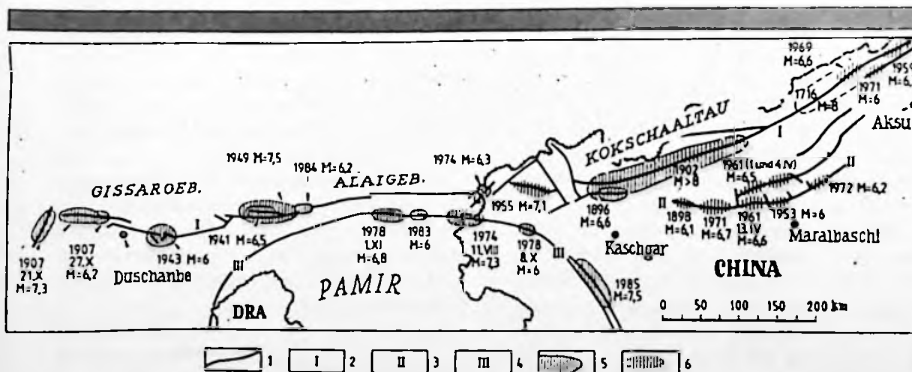
1951 beurteilte das Präsidium der AdW der UdSSR die seismotektonische (genetische) Methode als einen großen Schritt vorwärts bei der Bestimmung von Erdbebenbedingungen und empfahl sie für die Praxis anstatt der seismischen Instrumentalmethode zur Aufstellung staatlicher Karten, die sich für Gebiete, wo starke Stöße noch nicht verzeichnet wurden, als ungenügend und nicht anwendbar erwies.

NZ. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung der Erdbebenforschung?

I. G. Ich will mich hier auf die seismische Beschreibung beschränken. Es gibt nur einen Weg: die Erdbebenzonen weiterhin zu erforschen. Das seismotektonische Gesetz macht es möglich, andere unbekannte Gesetzmäßigkeiten, die für eine genauere Erdbebenprognose nötig sind, festzustellen. Schon kann man z. B. auf Baustellen die Parameter zu erwartender maximaler seismischer Erschütterungen nach der Entfernung von der seismogenen Verschiebung und nach ihrem Typ bestimmen. Das ist für erdbebensicheres Bauen äußerst wichtig.

Kurzfristige Verbote von Erdbeben sind nicht überall zu suchen, wie das viele Instrumentalisten seit langem tun, sondern in seismogenen Zonen, vor allem in den „seismischen Lücken“. Chinesische Wissenschaftler zogen das in Betracht und stellten in der Provinz Liaoning eine Zone von seismogenen Verwerfungen fest, in der nach mehreren Anzeichen ein starkes Erdbeben zu erwarten war. In der Tat wurde am 4. Februar 1975 an einem konkreten Ort und 7 Stunden im voraus das verheerende Erdbeben von Haicheng vorausgesagt (Stärkestufe 7,3).

Nur noch folgendes zum Schluß. Die Redaktion hat die Worte „Erdbeben nach Plan“ auf das Titelbild dieses Heftes gebracht. Der Wunsch der Menschen, die Naturkräfte zu lenken und Naturkatastrophen vorzusagen, ist begreiflich. Aber noch hat die moderne Wissenschaft diesen Genauigkeitsgrad nicht erlangt. Heute geht es darum, Erdbeben, wenn nicht in der Zeit, so doch wenigstens im Raum möglichst genau zu prognostizieren, damit ihre Folgen nicht jenen Schaden anrichten, den wir vorläufig hinnehmen müssen.



PARTNERSTÄDTE

Ein Korrespondent des BRD-Fernsehens führte bei einem Besuch in Tbilissi ein Experiment durch. Auf dem Rustaweli-Prospekt fragte er Passanten, was sie von Saarbrücken wissen. Wie sich herausstellte, wissen die Einwohner der georgischen Hauptstadt sehr wohl, daß Saarbrücken die Hauptstadt des Saarlandes ist. Ihnen sind viele Sehenswürdigkeiten der Stadt bekannt, sie nannten die Namen dort lebender Schriftsteller und Künstler. Der Korrespondent fragte so lange, bis er ein Mädchen fand, das ihm keine Antwort geben konnte. Doch, wie sich herausstellte, war dieses Mädchen selbst zu Besuch in Tbilissi.

Ich meine, auch unter den Einwohnern von Saarbrücken findet man kaum jemanden, der nichts von der Hauptstadt Georgiens gehört hätte. Ein Platz im Stadtzentrum trägt den Namen Tbilissi, die Aufschriften auf den Straßenschildern sind in Deutsch, Georgisch und Russisch. Und auf allen Zufahrtsstraßen sieht man ein Schild, das neben dem Wappenbild von Saarbrücken die Wappen seiner Partnerstädte Tbilissi und Nantes (Frankreich) zeigt.

Saarbrücken und Tbilissi waren die ersten Städte unserer beiden Länder, die vor 13 Jahren einen Partnerschaftsvertrag schlossen. Seitdem sind ihre Verbindungen stabiler und vielfältiger Natur. Wochen Georgiens in Saarbrücken und saarländische Wochen in Tbilissi wurden zu einer Tradition. Doch auch außerhalb dieser Wochen treten auf den Bühnen von Saarbrücken georgische Künstler und in Tbilissi Künstler aus dem Saarland auf. Ein Austausch von Rundfunksendungen wurde eingeleitet. In Saarbrücken erschien eine Anthologie neuer georgischer Poesie, und georgische Dichter arbeiten an Übersetzungen von Werken ihrer deutschen Kollegen. Die Verbindungen zwischen den Universitäten entwickeln sich — Professoren aus Tbilissi werden Vorlesungen über georgische Philologie an der Saar-Universität halten. Dazu kommen sportliche Begegnungen und Touristenreisen.

Dem Beispiel Saarbrückens und Tbilissis folgten Hamburg und Leningrad, Bremen und Riga, Osnabrück und Kalinin, Mainz und Baku, Kiel und Tallinn, Dortmund und Rostow am Don. Je 13 Partnerstädte aus der BRD und der UdSSR haben interessante Erfahrungen gesammelt. Unlängst fand in Saarbrücken ein Erfahrungsaustausch von Vertretern der Partnerstädte statt. Daran



Gäste aus dem Saarland in Tbilissi
Foto: TASS

nahmen auch Vertreter jener Städte teil, die erst beabsichtigen, Partnerschaftsbeziehungen herzustellen — Kassel und Jaroslawl, Wiesbaden und Jerewan, Salzgitter und Sary Oskol, Rotenburg und Susdal...

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine hatte seinerzeit als Oberbürgermeister von Saarbrücken einen Vertrag mit Tbilissi geschlossen. Bei der Eröffnung des jetzigen Treffens erinnerte er daran, daß Partnerschaftsbeziehungen UdSSR-BRD erst nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages von 1970 möglich wurden. Die Entspannungspolitik von oben sei durch Initiativen von unten ergänzt worden. Und diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von Städten gehört neben den Wirtschaftsverbindungen und dem Kulturaustausch, wie sich Lafontaine ausdrückte, zur Infrastruktur der Entspannung.

Der Gedanke, daß Städtepartnerschaften zum Frieden beitragen, klang in vielen Reden an. Sie bringen die Menschen einander näher, tragen dazu bei, Vorurteile und Mißtrauen zu beseitigen. Nicht von ungefähr heißt es im gemeinsamen Abschlußkommunique nicht nur, daß das Treffen der höchsten Repräsentanten der UdSSR und der USA in Reykjavik die Sache der nuklearen Abrüstung auf eine qualitativ neue Höhe gehoben hat, sondern es wird auch die Hoffnung geäußert, daß die beharrlichen Anstrengungen zur radikalen Reduzierung und völligen Beseitigung der Kernwaffen letztendlich zu positiven Ergebnissen führen.

Natürlich wurde in Saarbrücken viel von der Offenheit und dem Umbau in der Sowjetunion gesprochen. Der Oberbürgermeister von Biberach, Claus-Wilhelm Hoffman (CDU), hielt eine temperamentvolle Rede:

Bei uns sagen manche Leute, der

Umbau sei nur in Szene gesetzt worden, um dem Westen Sand in die Augen zu streuen. Doch ich bin von der Aufrichtigkeit dieser Politik überzeugt. Gorbatschow tut das, was er denkt, zur Festigung des Vertrauens gibt es keine Alternative.

Nicht allen in der BRD gefielen die Reden, die in der Kongreßhalle von Saarbrücken gehalten wurden. Besonders gereizt reagierte die Rechtspresse auf das gemeinsame Abschlußkommunique. So behauptete die "Frankfurter Allgemeine", vom Wunschdenken geleitet, die sowjetischen und die bundesdeutschen Teilnehmer verfolgten "verschiedene Ziele". Für die ersten sei es wichtig gewesen, Unterstützung für die sowjetischen Abrüstungsvorschläge zu erhalten, um "Druck" auf die Bundesregierung auszuüben und über die Partnerschaftsverbindungen Zugang zu bundesdeutscher Technologie zu erhalten. Die letzteren aber seien nur an der "Herstellung von Kontakten zwischen den Menschen" interessiert gewesen.

In Wirklichkeit gab es keinerlei Interessenkollision. Niemand konstruierte einen Gegensatz zwischen dem Engagement für Abrüstung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Im Gegenteil, der Zusammenhang zwischen beiden Aufgaben wurde betont.

Entgegen den Behauptungen der FAZ zeigten die bundesdeutschen Teilnehmer kein geringeres Interesse an der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Partnerstädte als die Gäste aus der Sowjetunion. Dafür werden günstige Voraussetzungen geschaffen.

Nach dem Treffen fragte ich den Hauptorganisator, den Oberbürgermeister von Saarbrücken, Hans-Jürgen Köbnick, ob er mit den Ergebnissen zufrieden sei. Herr Köbnick antwortete, er sei schon deshalb zufrieden, weil es erstmals gelang, Vertreter aller Partnerstädte aus der UdSSR und der BRD zusammenzuführen und Erfahrungen auszutauschen. Nützlich war seiner Meinung nach die Diskussion über Fragen der Kommunalpolitik — sie zeigte, daß die Probleme der Industriestädte einander in vielem ähnlich sind. Vor allem aber — Zusammenarbeit ist eine Voraussetzung für dauerhaften Frieden. Je mehr Menschen zusammenarbeiten, sagte Herr Köbnick, desto weniger Anlaß haben sie, aufeinander zu schießen.

Es wurde vereinbart, daß Begegnungen von Vertretern der Partnerstädte aus der UdSSR und der BRD regelmäßig stattfinden werden. Gastgeber des nächsten Treffens wird in zwei Jahren die Sowjetunion sein.

A. TOLPEGIN,
NZ-Korrespondent

Saarbrücken-Bonn

Weltoffene Festung

Die Hauptstadt wirkt schlicht und gemütlich, alles liegt nah beieinander. Die Häuser der Ministerien haben nichts Prunkhaftes an sich. Der großherzogliche Palast ist von herber Eleganz, hebt sich aber nicht allzu sehr von den anderen Gebäuden ab. Wie mir schien, wird der Palast von einem einzigen Soldaten bewacht, dessen Gewehrschultern und Paradeschritt nur für Touristen da zu sein scheinen. Beinahe unter den Fenstern des Palastes spannen sich die bunten Sonnenschirme des Marktes, auf dem sich ein geruhvoller Handel mit Obst und Blumen abwickelt. Das Publikum im Cafe am Paradeplatz hört dem Blasorchester zu und beguckt die malerischen Musiker in ihren dunklen Uniformen und hohen Bärenmützen.

Der Zankapfel

Infolge seiner strategischen Lage war Luxemburg jahrhundertlang ein Zankapfel der Großmächte. Mehr als 20mal in seiner Geschichte mußte das kleine Land Invasionen von außen erleben. Um Luxemburg und auf seinem Boden kämpften Burgunder, Spanier, Franzosen, Österreicher und Preußen. Kriege, Belagerungen, Brände und Pestseuchen zehrten an Land und Volk. Friedliche Jahre waren selten.

Am Nationalen Solidaritätsmonument werden Blumen niedergelegt. Das kleine, aber mutige Volk Luxemburgs ließ sich von den deutschen Faschisten nicht unterwerfen. Am 31. August 1942 kam es in Luxemburg zu einem Generalstreik gegen die Naziokkupanten. Er stand unter der Losung „Wir wollen bleiben, was wir sind.“ Diese Worte sind jetzt die nationale Devise.

Es heißt, die Hauptstadt des Landes stehe auf Felsen. Genauer betrachtet steht sie auf unterirdischen Kasematten und ist von Befestigungen, Türmen und Wällen umgeben. Marschall Vauban, Ludwigs XIV. unübertrefflicher Meister der Befestigungskunst, machte aus der Stadt eine uneinnehmbare Zitadelle. Heute spielen Kinder im Schatten der Festungsmauern. Um die Ruinen der alttümlichen Festung „Drei Eichen“ ergehen sich ältere Paare. An einem Wachturm an hoher Felsenwand werden Pommes frites verkauft.

Das 20. Jahrhundert malte seine Striche ins Bild der Stadt: Bank- und Firmenneubauten, die gläsernen Würfel der EG-Gebäude am Kirschberg, neue Brücken über die Petruß, der in einer tiefen Schlucht fließt. Alles in allem aber

hat Luxemburg sein einmaliges alttümliches Aussehen bewahrt.

Trümpfe im Geschäft

Die äußere Geruhlichkeit, die wohl-eingerichtete und patriarchalische Lebensweise täuschen jedoch. Luxemburg macht sich Gedanken, wie es im Konkurrenzkampf gegen seine unvergleichlich größeren Nachbarn bestehen, einen dynamischen Export abwickeln, den relativ hohen Lebensstandard aufrechterhalten kann. Das Land ist in viel höherem Maße als seine Nachbarn von Faktoren

wird allmählich zu einem I-Träger von fast 100 m Länge geformt. Später wird er im Laderaum eines Schiffes den Atlantik überqueren, um ins Gerüst eines Wolkenkratzers in New York, Chicago oder Dallas eingebaut zu werden.

Wir sind in einem Betrieb von ARBED, eines der größten Stahlkonzerne Europas. Lange Zeit laborierte das Unternehmen an der Rezession, die Kapazitäten gingen in den letzten 10 Jahren um 25 Prozent zurück, jeder zweite Beschäftigte verlor seine Arbeit. Nur langsam und qualvoll wird die Produktion wiederhergestellt. Die Regierung hat in dieser Firma einen hohen Betrag aus einer Sondersteuer für das Hüttenwesen investiert. Vorläufig scheint jedoch die Wende zum Besseren nicht so sicher. Das liegt nicht daran, daß das Unterneh-



Luxemburger Silhouetten

abhängig, die sich seiner Kontrolle entziehen. Der Außenhandel sorgt für 80 Prozent des Bruttosozialprodukts. Dabei ist die Situation auf den Weltmärkten immer schwieriger, ein Handelskrieg folgt auf den anderen.

Luxemburgs Trümpfe sind vor allem eine moderne Industrie und ein hochleistungsfähiger Agrarsektor. Im Lande werden etwa 4 Mio t Stahl und beinahe 3 Mio t Walzgut - alles von bester Qualität - erzeugt.

... Eisentatzen stoßen einen gigantischen glühenden Barren auf die Rollgänge, langsam kriecht er weiter und

men mehr liefert, als das Land selbst verbrauchen kann. Nach wie vor entstehen überall überschüssige Kapazitäten, machen sich der Preissturz und der Protektionismus der USA bemerkbar. Auch das laufende Jahr läßt sich nicht gerade rosig an. Etwa 2000 Metaller sollen entlassen werden. Aber ARBED hält sich über Wasser, und zwar wegen der höchsten Arbeitsproduktivität Europas und der unübertroffenen Qualität.

Man lud uns nach dem landwirtschaftlich entwickelten Mersch ein. Ein Großsilo im Agrarzentrum verkörpert ein neues Modell der Landwirtschaft. Es kauft den Bauern Milch und Vieh ab und versorgt sie seinerseits mit Futter. Jeder Bauer hat in diesem Zentrum seine Container mit Getreide, bei dessen Aufbewahrung



Temperatur und Feuchtigkeitsgrad automatisch geregelt werden. Die Fleischverarbeitung erfolgt lediglich maschinell. Die Betriebshallen sind blitzsauber, die Arbeitsproduktivität ist sehr hoch. Nur deshalb hat die ausländische Konkurrenz die Bauernwirtschaften Luxemburgs noch nicht überrollt.

Die Regierung stimuliert die Diversifizierung in der Wirtschaft und zieht ausländische Firmen heran, die technisch aufwendige Erzeugnisse produzieren. Die geographische Lage des Großherzogtums mitten in Europa, die günstigen Finanz- und Steuerbedingungen fördern den Kapitalzufluß aus dem Ausland.

Die Zahl der Metallarbeiter geht zurück. Aber das Gleichgewicht wird durch Ausbau des Dienstleistungswesens, besonders in den Banken und Versicherungsanstalten, aufrechterhalten. Die günstige Besteuerung, das Bankgeheimnis und der Umstand, daß es keine Doppelbesteuerung gibt, ziehen ausländische Firmen an. Zudem gehört Luxemburg zur Zone des freien Umtausches aller europäischen Währungen und ist ein aufnahmefähiger Goldmarkt. Von Goldgeschäften wird keine Mehrerwerbssteuer erhoben. Zu 15 Prozent kommen die Einkünfte des Staates von den 122 Banken. Dieser neue Sektor floriert, ist jedoch angesichts der weltweiten Instabilität des kapitalistischen Finanzsystems ständig verwundbar. Jeden Augenblick kann der Kapitalexodus einsetzen. Dann wächst sich das Ganze zu einem erdrutschartigen Bankrott und zur Krise aus.

Luxemburg ist stolz auf seine politische und wirtschaftliche Stabilität. Die Arbeitslosigkeit ist minimal, die Inflation erträglich, das Finanzsystem geregelt. Ein Politiker bemerkte, als er seine Theorie eines „Luxemburger Modells“ darlegte: „Es ist von Vorteil, ein Kleinstland zu sein.“ Während der Krise hätten Vertreter von ARBED, Regierung und Gewerkschaften Fragen der Produktionsmodernisierung und des Personalabbaus gemeinsam beigelegt. Gewiß, das Land hat schon Möglichkeiten für soziales Manöver. Aber bis zu einer Idylle ist

ARBED ist einer der größten Stahlkonzerne Europas. Banken auf dem Boulevard Royal.

Fotos: „Süddeutsche Zeitung“ (BRD)



es doch recht weit. Selbst nach amtlichen Angaben verdient jeder fünfte Luxemburger ungenügend. Das Arbeitslosengeld wird nur anderthalb Jahre gezahlt, und die Arbeitslosigkeit ist zwar nicht groß, dafür aber beständig.

„Wir sind ein friedliches Volk“

Luxemburg hat eine Fläche von 2586 Quadratkilometern und rd. 370 000 Einwohner, spielt aber eine merkwürdige Rolle im internationalen Leben, namentlich im System der westlichen Bündnisse, und beteiligt sich aktiv an der Festigung der NATO-Infrastruktur. Immer häufiger werden Militärübungen auf seinem Territorium durchgeführt. Der hiesigen Presse zufolge ist der Flughafen Findel so modernisiert worden, daß dort schwere Transporter, wie sie für die Verlegung von US-Truppen nach Europa benutzt werden, landen können.

Das Großherzogtum neigt unverkennbar dazu, seine Außenpolitik durch Erweiterung und Festigung der Beziehungen zur UdSSR „auszugleichen“. Leon Bollendorff, Präsident der Abgeordnetenversammlung, sagte uns: Die Luxemburger wüßten die freundschaftlichen Gefühle der Sowjetbürger zu schätzen und empfänden auch ihrerseits Sympathien für das Sowjetvolk. In Luxemburg unterstütze man alle Maßnahmen zum Schutz des Friedens und sei bereit, alles nur Mögliche für seine Erhaltung zu tun. Man lehne den Krieg als Mittel der Politik kategorisch ab. „Wir sind ein friedliches Volk“, sagte Bollendorff, und das Volk meine, daß heute ein neues Denken nötig sei.

Die guten Beziehungen zwischen der UdSSR und Luxemburg reichen in der Tat

weit zurück. In seinem Kampf für Unabhängigkeit und Souveränität stützte sich Luxemburg auf Rußlands Hilfe. Die Niederlage von Napoleons Armeen 1812 und der Befreiungsfeldzug der russischen Truppen in Westeuropa schufen Voraussetzungen für die Wiederherstellung von Luxemburgs Unabhängigkeit. Die russische Diplomatie spielte eine wichtige Rolle bei Vorbereitung und Abschluß des Londoner Vertrages von 1867, dem zufolge Luxemburg zu einem souveränen und neutralen Staat proklamiert wurde. Im gleichen Jahr übernahm Rußland die Verpflichtung, Luxemburgs Interessen im Ausland zu schützen.

Zwischen unseren beiden Völkern bestehen keine Streiffragen oder ungeklärte Probleme, die die Beziehungen auf der Basis der Gleichheit und gleichberechtigten Zusammenarbeit stören könnten. Die seit einem halben Jahrhundert bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Luxemburg haben gute Resultate gezeitigt, sowohl was die politischen Kontakte als auch was den Handel betrifft. Die Parlamente tauschen regelmäßig ihre Delegationen aus. Die UdSSR liefert Luxemburg Eisenlegierungen, Nutzholz u. a. und bezieht von dort Ausrüstungen für das Hüttenwesen, den Automobilbau und die Chemie, ferner Kordgewebe, LKW-Reifen und Kupferfolie. Unsere Zusammenarbeit mit ARBED verläuft erfolgreich.

Die von altertümlichen Mauern und Türmen umgebene Stadt wirkt wie ein unnahbarer Adlerhorst. Dabei sperrt sich Luxemburg keineswegs gegen die Welt ab. Sein Volk weiß die frische Luft friedlicher Kontakte zu schätzen. Diese Zitadelle ist weltoffen.

A. GRIGORJANZ

Luxemburg - Moskau

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung „Trud“ • Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache • Gedruckt in der Druckerei „Moskowskaja prawda“



Ewige Werte

Komponisten und Choreographen nahmen oft Elemente des Volkstanzes und der Musik Spaniens in das klassische Ballett auf — denken wir nur an Bizet, Tschaikowski, Rimski-Korsakow und Merce. Doch klassisches Ballett ganz auf spanischem Volkstanz beruhen lassen?

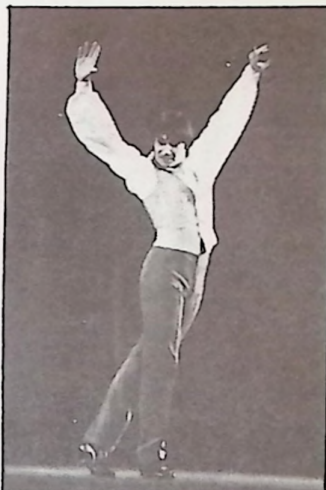
Dazu entschloß sich erst die Truppe des 1978 gegründeten spanischen Königlichen Nationalballetts. Die ganze einmalige Schönheit der Volkskultur, die Tänze der verschiedenen Provinzen des Landes wurden auf die Bühne gebracht: die aus-

gelassene Jota, der kühne und mutige Zapateado, der spannungsgeladene und emotionale Flamen-co...

In den letzten Jahren wechselten mehrmals die künstlerischen Leiter der Truppe: Antonio Gades, Antonio Ruiz Soler, Maria de Avila (unter ihrer Führung gastierte das Ballett 1985 in der UdSSR) und schließlich Jose Antonio. Der heute 35jährige begann schon mit vier Jahren Ballett zu tanzen.

Allmählich steigt die Spannung... „Rhythmen“, „Erwachen“ und „Flamenco“ aus dem ersten Akt bereiten uns auf die Tragödie in „Medea“ vor. Senecas Tragödie, getanzt als lauter Zapateado? Doch sogleich lassen die expressive Kraft der Bewegungen und der tiefe Symbolgehalt des Tanzes Ausdrucksformen wie die Kostüme und die Dekorationen vergessen. Es bleibt nur das Drama menschlicher Schicksale, das Drama der Liebe...

Jose Antonio sagt: „Stets gab und gibt es ewige und nur vorübergehende Dinge. Die Volkskunst gehört für mich natürlich zu den ewigen Dingen.“

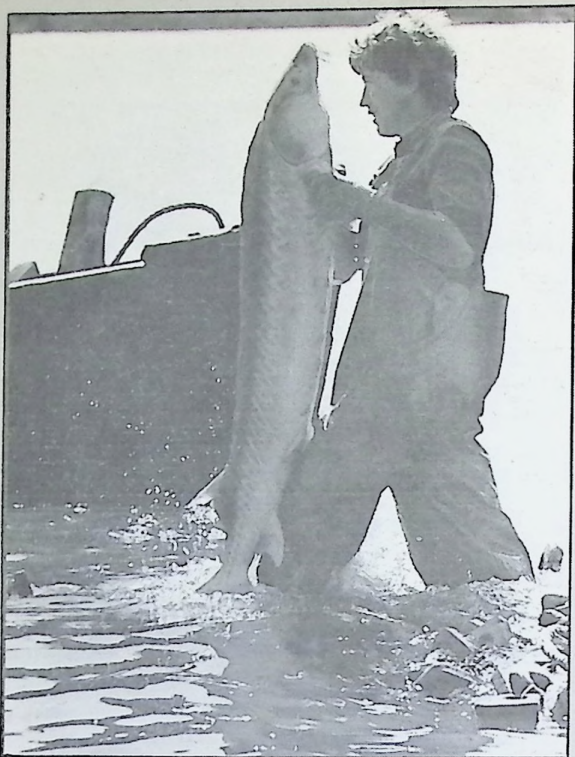


14159 17 136 304 550

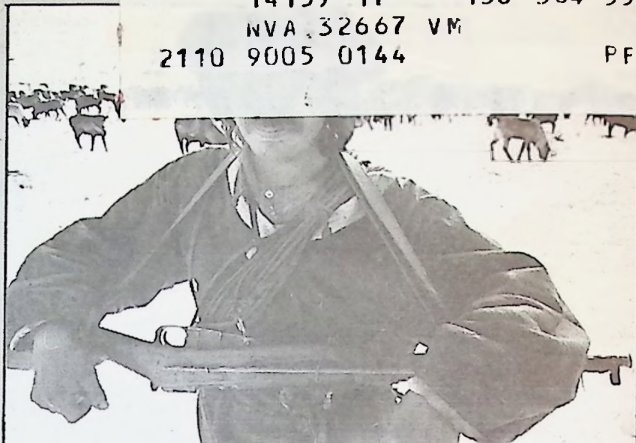
NVA 32667 VM

2110 9005 0144

PF



Petri Heill



Renzüchter



„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“

INTERNATIONALER WETTBEWERB

Alexander Gustschin (UdSSR)

„Jahrmarkt von Sorotschinzj“

